

Bayern

SPD

68.

Ordentlicher
Parteitag

Zeit für
GERECHTIGKEIT.

ANTRAGSBUCH

Antragsbuch

68. ordentlicher Landesparteitag der BayernSPD in Schweinfurt

am 20./21. Mai 2017

Version nach Ablauf der Antragsfrist und Behandlung durch Antragskommission

(12.04.2017)

Inhaltsverzeichnis

Leitantrag Zeit für mehr Gerechtigkeit!		1
	Landesvorstand	
Zeit für mehr Gerechtigkeit!		
<i>Annahme</i>		1
A Arbeit		9
A1	OV Olympiadorf	
30-Stunden-Woche		
<i>Erledigt</i>		9
A2	UB Erlangen	
Für eine gesellschaftliche Qualifizierungsoffensive		
<i>Annahme</i>		10
A3	OV Olympiadorf	
Anpassung der Minijobgrenze bei Erhöhung des Mindestlohns		
<i>Ablehnung</i>		11
A4	Bezirk Mittelfranken	
Dokumentierte Aufklärungspflicht von Arbeitgeber*innen beim Einstellungsverfahren über die Folgen von Minijobs		
<i>Annahme</i>		11
A5	AG 60plus Bayern	
Seniorinnen- und Seniorenarbeit als Pflichtaufgabe der Kommunen in der Bayerischen Gemeindeordnung festschreiben		
<i>Annahme</i>		13
A6	Bezirk Mittelfranken	
„Verlorene“ gesetzliche Feiertage nachholen		
.		14
A7	AfA Bayern	
Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung für Referentinnen und Referenten in Bildungsmaßnahmen		
<i>Annahme</i>		15
A8	AfA Bayern	
Arbeitsmarktpolitik		
<i>Annahme</i>		16
C Wohnen		18

C1	UB Erlangen	
Die Entwicklung von bezahlbarem Wohnraum ermöglichen		
<i>Erledigt</i>		18
C2	Bezirk Mittelfranken	
Förderung und Unterstützung von Genossenschaften		
<i>Annahme</i>		19
C3	Bezirk Mittelfranken	
Förderung Generationenwohnen		
<i>Erledigt</i>		19
F Familie		21
F1	Bezirk Mittelfranken	
Gerechte Familienpolitik 2017 – Kindergrundsicherung zur Gleichwertigkeit aller Kinder		
<i>Annahme</i>		21
F2	UB Nürnberg, Mittelfranken	
Umsetzung der Europaratsentschließung 2079 für Eltern nach Trennung		
<i>Annahme</i>		22
G Gleichstellung		24
G1	Jusos Bayern	
Keine Diskriminierung an der Kasse! Menstruation ist kein Luxus!		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i>		24
G2	Jusos Bayern	
Beratungsstellen für junge LGBTIQ*-Menschen		
<i>Annahme</i>		27
P Partei		29
P1	Bezirk Oberbayern	
Vorschläge zur Verbesserung der innerparteilichen Mitwirkung durch Veränderung der Re- gie des Parteivorstandes bei Parteitag und Konventen		
.		29
P2	Bezirk Oberbayern	
§15 Parteitag, Zusammensetzung		
.		31
P3	Bezirk Oberbayern	
§18 Einberufung des ordentlichen Parteitages		
.		32

P4	Bezirk Oberbayern	
§28 Zusammensetzung und Einberufung des Parteikonvents		32
.....		
P5	Bezirk Mittelfranken	
Gestaltung von Parteitag		33
.....		
P6	Bezirk Mittelfranken	
Frauenförderung in der Partei konsequent umsetzen!		34
.....		
P7	Bezirk Mittelfranken	
Besetzung der Antragskommissionen durch Mitglieder aller Gliederungsebenen der SPD		35
.....		
P8	UB Nürnberg	
Erhöhung des Stundenkontingents für Endstation Rechts Bayern		36
.....		
P9	UB Nürnberg	
Mehr Mitgliederentscheide durchführen		36
.....		
P10	Bezirk Mittelfranken	
Das digitale Antragsarchiv für eine (noch) effizientere Konferenzarbeit		38
.....		
P11	Bezirk Mittelfranken	
Einführung einer Gleichstellungsbeauftragten innerhalb der Partei zuständig für alle Mitglieder		40
.....		
P12	UB Nürnberg	
Einführung einer Gleichstellungsbeauftragten / Diversity-Beauftragten innerhalb der Partei zuständig für alle Mitglieder		41
.....		
P13	Bezirk Mittelfranken	
Frauenförderung in der Partei konsequent umsetzen!		43
.....		

S Soziales und Gesundheit	44
----------------------------------	-----------

S1	AfA Bayern	
Für mehr Personal in unseren Krankenhäusern		
<i>Annahme</i>		44

S2	UB München-Stadt	
Kommunale Krankenhäuser besser finanzieren: Für eine humane Medizin in einem am Wohl der Menschen ausgerichteten Krankenhauswesen		
.....		45
S3	AfA Bayern	
Zahnersatz und Brillen – Regelversorgung für alle kostenlos		
<i>Annahme</i>		46
S4	Bezirk Mittelfranken	
Altersarmut bekämpfen – Weiterentwicklung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung		
<i>Annahme</i>		47
S5	Bezirk Mittelfranken	
Prävention gegen Spielsucht und Schutz von Spielsüchtigen		
<i>Ablehnung</i>		48
S6	Bezirk Mittelfranken	
Kranken- und Pflegeversicherung als Bürgerversicherung		
<i>Ablehnung</i>		49
S7	Bezirk Mittelfranken	
Altersrente als Erwerbstätigenversicherung		
<i>Erledigt</i>		49
S8	AG 60plus Bayern	
Solidarische Rente – „Lebensstandardsichernde Rente für alle“		
<i>Erledigt</i>		50
S9	UB Nürnberg	
Besserer Schutz von Betreuten		
<i>Annahme</i>		52
S10	UB Nürnberg	
SGB V-Reform, damit Selbständige und Freiberufler sich freiwillig und ohne Mindestbeitrag im Verhältnis zu ihren Einkünften in der GKV krankenversichern können		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i>		53
S11	UB Nürnberg	
Mehr Gerechtigkeit wagen: Rentenformel ändern		
.....		55
S12	Bezirk Mittelfranken	
Gewinnung von Pflegekräften mit ausländischen Abschlüssen und Auszubildenden mit Migrationshintergrund		
<i>Annahme</i>		58

S13	Bezirk Mittelfranken	
Einrichtung eines steuerfinanzierten Ausgleichsfonds durch die Bundesländer zur Sicherung der Finanzierung der beruflichen Ausbildung in der Pflege bei Einführung des Pflegeberufereformgesetzes durch die Bundesregierung		
<i>Ablehnung</i>		59
S14	Bezirk Mittelfranken	
Sofortige Aufhebung der Aussetzung der Förderung (SGB III) für die Ausbildung zum/zur Pflegefachhelfer/in (Altenpflege)		
<i>Annahme</i>		60
S15	Bezirk Mittelfranken	
Pilotprojekt – Drogenkonsumräume für Bayern		
<i>Annahme</i>		61
S16	Bezirk Mittelfranken	
SGB V-Reform, damit Selbstständige und Freiberufler sich freiwillig und ohne Mindestbeitrag im Verhältnis zu ihren Einkünften in der GKV krankenversichern können		
		62
S17	AfA Bayern	
Gerechtigkeitsmanifest Profil schärfen – sozialdemokratischen Aufbruch gestalten		
<i>Erledigt</i>		64

M Migration & Integration 74

M1	Jusos Bayern	
Migration is A Human Right – Für ein progressives Einwanderungsgesetz		
		74
M2	UB Nürnberg	
Keine kalte Kommunalisierung der Integrationskosten – Bundesmittel an bayerische Kommunen weiterleiten!		
<i>Annahme</i>		81

E Europa und Internationales 84

E1	UB Miesbach	
Stopp aller Waffenlieferungen an Saudi-Arabien		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i>		84
E2	AfA Bayern	
Wachstum stärken – Ungleichgewichte abbauen – Wirtschaftspolitik europaweit koordinieren		
<i>Annahme</i>		85

E3	ASF Bayern	
Keine minderjährigen Zweitfrauen aus Syrien für türkische Männer. Kein Sklavenhandel oder Zwangsverheiratung von Flüchtlingsfrauen und Mädchen		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i>		103
E4	UB Nürnberg	
Grundsätze einer SPD-Friedenspolitik		
<i>Annahme</i>		104
N Netzpolitik und Digitales		106
N1	UB Nürnberg	
Stopp der Webserie „Die Rekruten“		
<i>Annahme</i>		106
N2	Bezirk Mittelfranken	
Keine Verherrlichung der Bundeswehr als Arbeitgeber für Jugendliche		
		107
I Innenpolitik		109
I1	UB Nürnberg	
Teilnahme am bayerischen Pilotprojekt zur Erprobung von Bodycams		
<i>Annahme</i>		109
B Bildung		111
B1	Jusos Bayern	
Zukunftsfähige Schulpolitik		
		111
B2	Jusos Bayern	
Bessere staatliche Finanzierung statt Privatisierung des Bildungssystems!		
		114
B3	Jusos Bayern	
„Europabildung an der Schule“ endlich umsetzen		
<i>Annahme</i>		117
B4	Bezirk Mittelfranken	
Weitere Verbesserung der Situation von Schulabgängern ohne Abschluss		
<i>Annahme</i>		118
B5	Bezirk Oberfranken	
Erlass eines Bayerischen Bildungszeitgesetzes analog dem Bildungszeitgesetz (BzG BW) von Baden-Württemberg vom 11.03.2015		
<i>Ablehnung</i>		119

B6	Bezirk Mittelfranken	
Weitere finanzielle Unterstützung der sozialen Kinder- und Jugendhilfe zur Verbesserung der Situation an unseren Schulen		
.....		120
B7	Bezirk Schwaben	
Mehr individuelle Förderung in der Schule – weniger Nachhilfe daheim		
<i>Erledigt</i>		122
B8	Bezirk Schwaben	
Verbesserung der Einstellungssituation in allen bayerischen Schulen		
<i>Annahme</i>		123

V Verkehr und Infrastruktur **126**

V1	Bezirk Oberpfalz	
Keine weitere Privatisierung unserer Gesellschaft – Wehret den Anfängen!		
<i>Annahme</i>		126
V2	UB Weiden-Neustadt-Tirschenreuth	
Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern		
<i>Annahme</i>		127
V3	UB Mühldorf am Inn	
Gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern		
.....		131
V4	UB Nürnberg	
Kostenfreier ÖPNV für SchülerInnen und Azubis		
<i>Annahme</i>		138
V5	UB Nürnberg	
Stärkung der Schiene		
<i>Annahme</i>		139

W Wirtschaft und Finanzen **142**

W1	OV Olympiadorf	
Abgabepflicht – als quasi Steuerzuschuss zum System der Sozialversicherung – für Roboter, vergleichbare Maschinen und digitale Techniken im Produktions und Dienstleistungssektor		
<i>Annahme</i>		142
W2	OV Olympiadorf	
Erhöhung des Quellensteuerabzugs auf 30%		
<i>Ablehnung</i>		142

W3	OV Olympiadorf	
Erhöhung des Sparerfreibetrags		
<i>Annahme</i>		143
W4	OV Olching	
Wiedereinführung der Grundsteuer C		
<i>Erledigt</i>		144
W5	UB Erlangen	
Änderung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes		
<i>Annahme</i>		145
W6	UB Erlangen, AGS Bayern	
Gute Arbeit auch in der Selbständigkeit!		
<i>Annahme</i>		146
W7	Jusos Bayern	
Keine Doppelmoral bei Handelsabkommen – nicht nur TTIP sondern auch EPAs überdenken! Die EU darf nicht zu wirtschaftlichen Fluchtgründen beitragen!		
<i>Annahme</i>		148
W8	UB München-Stadt	
Bodenspekulation wirksam bekämpfen!		
.		153
W9	Bezirk Mittelfranken	
Reform des Ehegattensplittings mit Einführung der Individualbesteuerung mit Freibeträgen		
<i>Erledigt</i>		154
W10	Bezirk Mittelfranken	
Steuerpolitik gegen die soziale Ungleichheit		
<i>Erledigt</i>		156
W11	AG 60plus Bayern	
Anhebung des Spitzensteuersatzes		
<i>Erledigt</i>		157
W12	ASF Bayern	
Demokratisch entscheiden – Ceta nicht vorläufig in Kraft treten lassen		
<i>Erledigt</i>		157
W13	UB Nürnberg	
Reform des Ehegattensplittings mit Einführung der Individualbesteuerung mit Freibeträgen		
.		158

W14

Bezirk Schwaben

Für ein gerechtes Steuersystem und einen umfassenden Steuervollzug

..... 160

W15

UB Nürnberg

Vermögensumverteilung als Ziel der sozialdemokratischen Politik

Erledigt 164

Leitantrag Zeit für mehr Gerechtigkeit!

Antragsbereich Leitantrag / Antrag

Antragsteller: Landesvorstand

Empfänger: Landesparteitag

Zeit für mehr Gerechtigkeit!

Die Menschen wünschen sich mehr Gerechtigkeit. Das gilt für Deutschland, das gilt für Bayern.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten an, diesen Wunsch nach mehr Gerechtigkeit zu erfüllen. Wir stellen in diesem Antrag beispielhaft an drei wichtigen Themenfeldern, gute Arbeit im digitalen Zeitalter, Wohnen und Familien dar, wie wir mehr Gerechtigkeit erreichen wollen. Natürlich ist klar: In vielen weiteren Themenfeldern, seien es Bildung, Rente und Alter, Gesundheit, gesellschaftliche Integration oder auch demokratische Teilhabe und Partizipation, ist eine Politik für mehr Gerechtigkeit notwendig.

Deutschland wie auch Bayern geht es gut. Die ökonomischen Kennzahlen weisen ein relativ starkes Wirtschaftswachstum, eine hohe Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung, wieder steigende Reallöhne, und eine sinkende Arbeitslosigkeit auf. Auch andere Wohlstandsindikatoren sind grundsätzlich positiv, zum Beispiel Gesundheit, Bildungsniveau, auch Freiheit, ein funktionierender Rechtsstaat und Demokratie.

Gleichzeitig ist dieser Wohlstand aber ungleich verteilt. Das hohe Einkommen in unserem Land fließt in großen Teilen nur einigen wenigen zu: zehn Prozent der Haushalte besitzen rund 60 Prozent des Netto-Vermögens, während sich die untere Hälfte mit 2,5 Prozent zufriedengeben muss. In armutsgefährdeten Haushalten lebt rund jeder Sechste in Deutschland. Es gibt viele arme Kinder und viel verschämte Armut bei älteren Menschen, besonders bei Frauen. Ein Fünftel der Erwerbstätigen ist im Niedriglohntor beschäftigt, gleichzeitig haben wir in Teilen Deutschlands eine nach wie vor hartnäckige Langzeitarbeitslosigkeit.

Auch bei der Bildung – gerade in Bayern –, bei Gesundheit, beim Wohnen und vielem anderen gibt es Ungerechtigkeit. Während in Bayern die großen

ANNAHME

Zentren und die Hochschulstädte boomen, gibt es Regionen, die von Abwanderung betroffen sind, in denen Infrastruktur und Jobs fehlen, die im Wettbewerb immer weniger Chancen haben. Dort mangelt es etwa am
35 Ausbau von Straße, Schiene und Datenleitungen, während sich anderswo alles auf engstem Raum zusammenballt.

Bayerns SchülerInnen fallen öfter durch, es gibt viel zu viele, die ohne Abschluss abbrechen. Wer da nicht gegensteuert, raubt den jungen Leuten
40 Chancen. Das Gezerre um das „richtige“ Gymnasium ist zwischen unfähig und peinlich anzusehen. Es fehlen tausende Lehrkräfte, obwohl der Bedarf an Personal lange bekannt ist.

Deutlich mehr als die Hälfte der Menschen in Bayern finden, dass Einkommen und Vermögen ungerecht verteilt sind. Diese Ungerechtigkeit wirkt auf
45 die Menschen. Um die soziale Gerechtigkeit ist es schlecht bestellt!

Viele Menschen haben Angst vor sozialem Abstieg. Obwohl es ihnen selbst gut geht, haben sie Angst davor, zum Beispiel durch Arbeitslosigkeit
50 oder Krankheit abzurutschen. Viele fürchten, dass es ihren Kindern einmal schlechter gehen könnte als ihnen selbst. Zunehmend fühlen sich Menschen ausgeschlossen aus Gesellschaft und Demokratie.

Auch deshalb haben politische Gruppen Zulauf, die die Demokratie als
55 „das System“ verantwortlich machen und vermeintlich einfache, wirksame Lösungen anbieten. Benachteiligten Gruppen, vor allem Zuwanderinnen und Zuwanderer, wird hierbei die Verantwortung für die Ursachen sozialer Ungleichheit zugeschoben. So werden Bedrohungsängste geschürt. RechtspopulistInnen und Rechtsextreme nutzen vor allem soziale Netzwerke und
60 zielen direkt auf die Demokratie, ihre Institutionen und Repräsentanten.

Auch deshalb, so meinen wir SozialdemokratInnen, ist es Zeit für mehr Gerechtigkeit bei der Einkommens- und Vermögensverteilung ebenso wie für Generationen-, Geschlechter- und Bildungsgerechtigkeit.
65

Nicht nur, weil wir uns den Zielen der Solidarität und Gerechtigkeit verpflichtet fühlen, sondern auch, weil wir glauben, dass wir mit einer Politik, die alle mitnimmt, den UdemokratInnen den Boden entziehen können. Maßstab dürfen nicht die spitzesten und härtesten Ellbogen sein, sondern
70 eine Vorstellung von der Lebensqualität in einer solidarischen Gesellschaft.

Denn: Zeit für mehr Gerechtigkeit ist auch

Zeit für mehr Demokratie.

75

Gute Arbeit im digitalen Zeitalter

Die Arbeitswelt ist in Bewegung. Digital vernetzt, global verteilt und flexibel verändert sich unsere Arbeit mit hoher Geschwindigkeit. Deshalb müssen wir fragen: „Wo bleibt der Mensch?“ Unsere Antwort lautet: „Arbeit muss *gute* Arbeit sein.“

Die veränderte Arbeitswelt bietet viele Chancen, birgt aber auch Risiken. Positiv zu sehen sind etwa die erweiterten Spielräume für kreatives Arbeiten. Es wird möglich, die eigenen Arbeitsbedingungen stärker mitzugestalten. Hierzu gehören gute Tarifverträge und Mitbestimmung. Arbeit dient der beruflichen und persönlichen Entwicklung. Sie fördert Gesundheit und Wohlbefinden. Familie und Beruf werden leichter vereinbar. Negativ wirkt sich die veränderte Arbeitswelt durch Verfügbarkeit rund um die Uhr, eine lückenlose Kontrolle und einen ständigen Wettlauf zur Erreichung von Zielen aus. Der Niedriglohnsektor wächst und Scheinselbständigkeit steigt. Tarifverträge und Mitbestimmung werden ausgehöhlt. Hohe Arbeitsbelastung schädigt Gesundheit und Wohlbefinden. Negative Auswirkungen treffen junge Menschen in besonderer Weise. Befristungen oder prekäre Arbeitsverhältnisse prägen vielfach die Beschäftigungsbedingungen junger Menschen. Eine gesicherte Lebensplanung wird dadurch unmöglich. Demgegenüber werden Ältere überdurchschnittlich häufig in die Arbeitslosigkeit gedrängt und bleiben dort ohne Chance auf einen Arbeitsplatz.

Wir sagen: Gute Arbeit ist möglich. Sie kommt allerdings nicht von allein.

Deshalb brauchen wir

- eine gute Bildung und Qualifizierung für die digitale Kompetenz unserer Kinder
- gute Tarifverträge und Mitbestimmung für alle ArbeitnehmerInnen
- Flexibilität und angepasste Arbeitszeiten für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- ein Recht auf Weiterbildung für alle
- die Zurückdrängung von Niedriglöhnen und Scheinselbständigkeit
- weitere gesetzliche Maßnahmen gegen den Missbrauch von Leiharbeit

und Werkverträgen

- die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung
- Schulen, die dank ihrer guten personellen und sachlichen Ausstattung digitale Kompetenz vermitteln
- ein Landesweiterbildungsgesetz für alle ArbeitnehmerInnen
- ein Tariftreuegesetz

120

Wohnen – bezahlbar für alle

Neben guter Arbeit entwickelt sich das gute Wohnen immer deutlicher zu einer entscheidenden sozialen Frage. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum hat in vielen bayerischen Städten und Gemeinden ein unerträgliches Ausmaß erreicht. Die Nachfrage nach Wohnungen steigt unverändert. Menschen in unterschiedlichsten Lebenssituationen, z. B. bei der Familiengründung, im Alter, beim beruflich oder privat bedingten Umzug, sind dringend auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen. Bereits jetzt befürchten 60 Prozent der Menschen in Bayern, dass es in Zukunft nicht genug bezahlbaren Wohnraum gibt. Diese Entwicklung ist kein Schicksal, sondern die Folge der bayerischen Wohnungspolitik. Die Anzahl der geförderten Wohnungen in Bayern hat sich in 15 Jahren nahezu halbiert und der Freistaat hat mit der GBW 33.000 preiswerte Wohnungen verkauft. Vor diesem Hintergrund fordern wir ein strategisches Umdenken in der Wohnungspolitik:

Um bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen, brauchen wir den geförderten Bau von 100.000 bezahlbaren Wohnungen. Außerdem soll auch der Freistaat wieder selbst Wohnungen in ganz Bayern bauen. Dazu brauchen wir eine staatliche Wohnungsbaugesellschaft, die gezielt baut, wo es notwendig ist und diese Wohnungen zu niedrigen Mieten anbietet. Das ist der Königsweg für eine langfristige Wohnungspolitik, die unabhängig von privaten Investoren und einem unsozialen Wohnungsmarkt funktioniert.

Für uns gilt: Eigentum verpflichtet. GrundstückseigentümerInnen, die mit baureifem Land lieber spekulieren als eine Bebauung zuzulassen, sind hoch zu besteuern. Wenn Grundstücke zu Bauland werden, entstehen oft hohe Wertzuwächse. Diese Gewinne entstehen durch kommunale Planung und ohne Leistung der EigentümerInnen. Sie sind daher für die Errichtung von öffentlichen Infrastrukturen heranzuziehen.

Außerdem gilt es, MieterInnen zu schützen und ihre Rechte zu stärken. Der Staat darf nicht wegschauen, wenn Wohnungen in einem untragbaren Zustand an Bedürftige vermietet werden. Zu viele Menschen leiden an
155 überteuerten Mieten oder müssen wegen Luxussanierungen ihr zuhause und ihre Stadt verlassen. Wir fordern einen Staat, der sich für gutes Wohnen stark macht!

Gutes Wohnen ist neben guter Arbeit für die Lebensqualität unabdingbare
160 Voraussetzung.

Deshalb brauchen wir

- eine höhere Besteuerung mit einer Grundsteuer C, die Grundstücksspekulation verhindert
165
- 100.000 neue, staatlich geförderte, bezahlbare Wohnungen
- den Aufbau einer staatlichen Wohnungsbaugesellschaft für ganz Bayern
- die Stärkung der Mietrechte
- 170 • wirksame Instrumente, um Baulücken bebauen zu können
- Maßnahmen zur Reduzierung der Baukosten von Neubauten
- eine einfachere Erhebung des Mietspiegels und ein Einbeziehen auch der Bestandsmieten
- einen Ausbau der Städtebauförderung vor allem auch für präventive
175 Maßnahmen

Familien stärken

180 Familie ist vielfältig. In Familien übernehmen Menschen über Generationengrenzen hinweg füreinander Verantwortung. Dafür brauchen sie mehr Zeit, Geld und Infrastruktur. Wir fordern darum einen Rechtsanspruch auf Familienarbeitszeit (26-36 Wochenstunden) zur besseren Vereinbarkeit von
185 familiärer Sorge und Erwerbstätigkeit.

Bislang betreuen vor allem Frauen die Kinder oder pflegen Angehörige: Frauen mit Kindern leisten 80 Prozent mehr unbezahlte Arbeit als ihre Partner. Das hat starke Auswirkungen auf die Erwerbstätigkeit und damit
190 auf die Rentenansprüche. Andererseits wollen sich immer mehr Väter aktiv an der Erziehung ihrer Kinder beteiligen. Darum wollen wir, dass Eltern

sich Erwerbsarbeit und Erziehung, aber auch die Pflege von Angehörigen, partnerschaftlich teilen können. Mit steuerfinanziertem Familiengeld soll ausgeglichen werden, wenn beide Partner für die Kinder oder die Pflege von Angehörigen ihre Arbeitszeit reduzieren. Denn wer Kinder erzieht und sich um seine pflegebedürftigen Angehörigen kümmert, hat Anspruch auf unsere Solidarität.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf funktioniert nur, wenn eine hochwertige Infrastruktur zur Betreuung und Bildung von Kindern flächendeckend zur Verfügung steht. Kinder gehören in den Mittelpunkt unserer Gesellschaft – und der Zugang zu Bildung muss beitragsfrei sein! Das gilt für Bildung ein Leben lang. Deshalb muss in einem ersten Schritt neben der Schule auch die Kita beitragsfrei werden! Derzeit profitieren nicht alle Kinder in Bayern gleich gut von frühkindlicher Bildung: Kinder unter drei Jahren mit Migrationshintergrund gehen deutlich seltener in Kitas (19 Prozent) als Kinder ohne (31 Prozent), ebenso Kinder aus Familien mit weniger Geld.

Einer der Gründe: Elternbeiträge, die für manche einfach zu hoch sind. Für uns ist klar: Jedes Kind muss Anspruch auf den Zugang zur Kita haben – unabhängig von der Herkunft oder dem Geldbeutel der Eltern! Unser Ziel: Beitragsfreiheit ab dem ersten Lebensjahr. So profitieren rund 400.000 Kinder von echter Bildungs- und Chancengerechtigkeit von Anfang an und die Eltern werden pro Jahr um durchschnittlich fast 2.000 Euro entlastet. Eltern und Kinder verdienen unsere Solidarität.

Erziehung ist Bildung – Betreuung ist mehr wert!

Deshalb brauchen wir

- einen Rechtsanspruch auf Familienarbeitszeit
- Beitragsfreiheit für jede Art von (Weiter-)Bildung, beginnend mit der Kita

225

Zeit für gesellschaftlichen Zusammenhalt

Gesellschaftlicher Zusammenhalt gelingt, wenn wir die Menschen in den Blick nehmen. Bayern und Deutschland profitieren von der Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Menschen, wenn alle ihr Leben auf unseren de-

mokratischen Grundwerten gestalten. Das gilt auch für Zuwanderer. Sie alle bereichern unsere Gesellschaft, machen sie vielfältig und innovativ. Menschen, die sich hier einbringen, arbeiten und leben, stärken auch unsere
235 Sozialsysteme und sichern so unseren Wohlstand. Trotzdem lösen Migration und Geflüchtete bei vielen Menschen Ängste und Verunsicherung aus.

Damit Ängste und Verunsicherung keine Chance bekommen unsere Gesellschaft zu spalten, treten wir ein für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt.
240 Niemand soll Angst haben aus dem Arbeitsmarkt verdrängt zu werden. Niemand soll Angst haben, dass er demnächst keine Wohnung mehr findet, weil dort Geflüchtete eingezogen sind. Wir wollen, dass diejenigen, die die Schwachen gegen die Schwächsten ausspielen wollen, keine Chance haben. Deshalb setzen wir uns ein für mehr bezahlbaren Wohnraum – für alle
245 Menschen. Die, die hier schon lange leben, und die, die hier neu sind. Wir setzen uns ein für mehr Kita-Plätze, damit alle Kinder die gleichen Chancen haben – von Anfang an und unabhängig davon, wo ihre Eltern herkommen. Und wir sorgen dafür, dass Integration vom ersten Tag an gelingt. Durch ausreichende Integrationsangebote und vor allem durch Teilhabe am
250 Arbeitsmarkt, ohne dass andere hierdurch ein Nachsehen haben.

Es gibt viele, die keine offene Gesellschaft wollen. Menschen, die Geflüchteten mit Hass und Ausgrenzung begegnen, müssen wir konsequent entgegnetreten. Bei uns ist willkommen, wer Schutz sucht. Bei uns ist
255 willkommen, wer sich in dieser Gesellschaft einbringen will. Daher werden wir Programme gegen Rassismus und für Demokratie fördern und ausbauen.

Deshalb steht für uns fest:

260 Durch gesellschaftlichen Zusammenhalt und Integration können alle gewinnen.

265 **Zeit für mehr Gerechtigkeit**

Unser Ziel ist, das Leben für die Menschen besser und gerechter zu machen. Gleiche Lebensbedingungen schaffen, finanzielle und kulturelle Ressourcen gerecht verteilen, allen die gleichen Chancen ermöglichen – das sind unsere
270 zentralen Anliegen. Wir sind fest davon überzeugt: Soziale Herkunft und Ungleichheit dürfen niemals zum sozialen Schicksal werden. Mit guten

Arbeitsbedingungen, bezahlbarem Wohnraum und einer starken Unterstützung für Familien sorgen wir deshalb dafür, dass es in unserer Gesellschaft endlich gerechter zugeht.

275

Perspektivlosigkeit am unteren Rand der Gesellschaft, ein Ausspielen der Schwachen gegen die Schwächsten, das Erstarren des Rechtspopulismus, all das sind ernsthafte Gefahren für unsere Demokratie. Deswegen geht es in unserem Kampf um mehr Gerechtigkeit im Kern auch um den Kampf für

280 unsere Demokratie.

Als BayernSPD wollen wir diesen Kampf gemeinsam aufnehmen. Wir wollen, dass nicht nur einige wenige, sondern alle Menschen, die in Bayern leben, vom Wohlstand profitieren. Wir wollen, dass niemand Angst vor

285 sozialem Abstieg haben muss. Wir wollen, dass Chancen und Vermögen endlich gerechter verteilt sind.

Kurzum: Wir finden, es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit!

A Arbeit

Antragsbereich A / Antrag 1

Antragsteller: OV Olympiadorf

Empfänger: Bundesparteitag, Landesparteitag

A1: 30-Stunden-Woche

- Fast einmütig wird in Wirtschaft und Politik prognostiziert, dass der technische Fortschritt in absehbarer Zeit viele Arbeitsplätze überflüssig machen wird. Damit dies nicht zu einer hohen Arbeitslosigkeit führt, sollte auf gesetzgeberischem Weg umgehend eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit
- 5 auf 30 Stunden vorgenommen werden. Die Durchsetzung des Mindestlohns hat gezeigt, dass die Politik maßgebliche Veränderungen erreichen kann, bei denen die Tarifpartner allein nicht weiterkommen.

Begründung

- 10 Im Zusammenhang mit der durch den immensen, technischen Fortschritt zu erwartenden Freisetzung von Arbeitskräften werden verschiedenste Lösungsmodelle bis hin zum sog. bedingungslosem Grundeinkommen diskutiert. Bisher war es für eine funktionierende Gesellschaft vorteilhaft, möglichst Vielen die Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen. Eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 30 Stunden – in unterschiedlichsten
- 15 Zeitmodellen – ermöglicht darüber hinaus Freiräume für gesellschaftlichen Wandel zu erhalten: Arbeits- und Familienleben können besser vereinbart werden – mehr Zeit für Kinder aber auch für andere Familienangehörige. Kümmern um die eigene Gesundheit lässt auch ein längeres Arbeitsle-
- 20 ben zu. Die freie Zeit kann für Fortbildung im weitesten Sinne und für ehrenamtliches Engagement genutzt werden.

ERLEDIGT

Antragsbereich A / Antrag 2

Antragsteller: UB Erlangen

Empfänger: Bundesparteitag, Landesparteitag

A2: Für eine gesellschaftliche Qualifizierungsoffensive

Die Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt hat sich sichtbar erhöht. So erzielt ein Teil der Beschäftigten relativ gute Einkommen und profitiert von der insgesamt positiven wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre, während andere von Arbeitslosigkeit und Armut bedroht sind oder nur prekäre Beschäftigung finden. Nach einer Phase wachsender Chancengleichheit trotz ungleicher sozialer Ausgangslage nimmt die Abhängigkeit der beruflichen Perspektive von der sozialen Lage des Elternhauses wieder zu. „Wer unten ist bleibt unten“ findet längst wieder wachsende Bestätigung. Einen großen Einfluss auf die Arbeitsmarktchancen hat die berufliche Qualifikation. Veränderte Anforderungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Stichworte: Digitalisierung, Industrialisierung 4.0) verschärfen das Problem wachsender bildungspolitischer Polarisierung und die Entwicklung eines drohenden Fachkräftemangels. Wachsende Teile der Bevölkerung verfügen über eine berufliche Qualifizierung weit unterhalb des Durchschnitts. Ohne bildungspolitisches Gegensteuern wird auch die notwendige Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt das Ungleichgewicht weiter zu vergrößern.

Wir fordern deshalb

1. eine gesellschaftliche Qualifizierungsoffensive, die von der frühkindlichen Bildung bis zur beruflichen Weiterbildung reicht und Bildung mit den Zielgruppen gestaltet und umsetzt.
2. anstelle einer kurzfristig orientierten, mit Sanktionen durchgesetzten Qualifizierungspolitik sind wieder mittel- und langfristige Orientierungen anzustreben. Neben der Weiterentwicklung der klassischen Qualifizierungsinstrumenten sind neue Anreizsysteme für Erst- und vor allem die Weiterbildung zu entwickeln (Ermöglichung von Transfergesellschaften auch für Klein- und Mittelbetrieb; Stärkung des Rechtsanspruchs von ArbeitnehmerInnen über die unmittelbare Anpassungsqualifizierung am Arbeitsplatz hinaus, Verbesserung der Einkommenslage in Phasen der (Weiter)Bildung, Schaffung ökonomischer Anreizsysteme insbesondere in den unteren bei (Langzeit)Arbeitslosen.).

ANNAHME

35

3. einen zusätzlichen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt mit Qualifizierungselementen.

Antragsbereich A / Antrag 3

Antragsteller: OV Olympiadorf

Empfänger: Bundesparteitag, Landesparteitag

A3: Anpassung der Minijobgrenze bei Erhöhung des Mindestlohns

Grundsätzlich sollten die sog. Minijob-Regelungen wieder abgeschafft werden – solange diese aber noch bestehen sollte bei Anhebungen des Mindestlohns, die Grenze für die Minijobs im gleichen Prozentsatz angehoben werden.

ABLEHNUNG

5

Begründung

Wichtig ist, dass der eingeführte Mindest-Arbeitslohn der entsprechenden Lohn- und Preisentwicklung angepasst und entsprechend erhöht wird. Dieser monetäre Nutzen sollte aber gerade auch bei denjenigen ankommen, die lediglich in sog. Minijobs Zugang zur Arbeitswelt haben. Das starre 450-EURO-Limit führt dazu, dass diese derzeit bei Erhöhung des Mindest-Lohns eine zeitliche Reduzierung des Arbeitsumfangs vornehmen müssen um nicht in die Sozialversicherungspflicht zu geraten

Antragsbereich A / Antrag 4

Antragsteller: Bezirk Mittelfranken

Empfänger: Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Bundesvorstand, Landesparteitag

A4: Dokumentierte Aufklärungspflicht von Arbeitgeber*innen beim Einstellungsverfahren über die Folgen von Minijobs

Bis zur Sozialversicherungspflicht ab dem 1. Euro bzw. Abschaffung von Minijobs, sollen weitere Hürden für den Einsatz und Abruf solcher prekären Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden.

ANNAHME

5 Wir fordern, dass Arbeitgeber*innen beim Bewerbungs- bzw. Einstellungs-
verfahren über die Folgen dokumentiert aufklären. Zwingend in der
Dokumentation müssen die Negativfolgen von Minijobs, wie beispielsweise
geringes Einkommen, fehlende Weiterbildungs- und Karriereperspektiven,
sowie geringfügiger Rentenanspruch enthalten sein, ggf. auch in einfacher
10 Sprache. Arbeitnehmer*innen müssen diese schriftlich zur Kenntnis neh-
men.

Nichtsdestoweniger halten wir fest an der Sozialversicherungspflicht ab
dem ersten Euro.

15

Begründung

Minijob und geringfügige Teilzeit waren ursprünglich insbesondere im
Kontext Wiedereinstieg nach familienbedingten (Kinderbetreuung/Pflege)
Erwerbsunterbrechungen als arbeitsmarktpolitische Maßnahme mit dem
20 Ziel der Brücke in den Arbeitsmarkt etabliert. Tatsächlich nehmen mehr
Frauen insgesamt und auch zu einem früheren Zeitpunkt nach der El-
ternzeit ihre Berufstätigkeit auf – das jedoch bei fast gleichbleibendem
Arbeitsvolumen. Ein Ausbau und Wiedereinstieg im Sinne Aufstieg aus
solchen Arbeitsverhältnissen ist in den seltensten Fällen möglich, ist doch
25 in Deutschland die Präsenzkultur anstelle Effizienzkultur nach wie vor
vorherrschend im Kontext Karrierewege.

Vielen Frauen sind die langfristigen Konsequenzen von Arbeitsverhältnissen
wie Minijob bzw. geringfügiger Teilzeit mit dem aktuellen Familienein-
30 kommen getragen durch den Haupternährer für sich selbst nicht bewusst,
solange die Paarbeziehung anhält bzw. der Haupternährer weder durch
Arbeitslosigkeit noch Krankheit oder Trennung / Scheidung als Familien-
haupteinkommensquelle wegfällt.

35 Ziel muss sein, Minijob & Co langfristig auf dem Arbeitsmarkt zu verban-
nen und zwingend Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro zu fordern.
Dennoch – auf dem Weg dahin, gilt den Einsatz und Abruf von Minijob & co
auf beiden Seiten – Arbeitnehmer_innen – sowie Arbeitgeber_innenseits –
möglichst unattraktiv zu gestalten und Missbrauch zu vermeiden durch zu-
40 sätzliche Hürden für Arbeitgeber_innen einerseits und Bewusstseinschär-
fung der mittel- und langfristigen Konsequenzen dieser Beschäftigungsver-
hältnisse für Arbeitnehmer_innen andererseits.

Antragsbereich A / Antrag 5

Antragsteller: AG 60plus Bayern

Empfänger: Landesparteitag

A5: Seniorinnen- und Seniorenarbeit als Pflichtaufgabe der Kommunen in der Bayerischen Gemeindeordnung festschreiben

Wir fordern die SPD Landtagsfraktion auf, auf die Bayerische Staatsregierung einzuwirken, dass der Artikel 57 der Bayerischen Gemeindeordnung dahingehend ergänzt wird, dass die Seniorenarbeit, analog der Jugendarbeit, als Pflichtaufgabe der Gemeinden verankert wird.

5

Begründung

Eine Seniorenvertretung kann zwar jetzt schon in jeder Kommune gebildet werden. Aus der Bayerischen Gemeindeordnung ergibt sich aber für die Einrichtung und Förderung von Seniorenvertretungen keine Verpflichtung.

10 Die Förderung der Arbeit ist in die Freiwilligkeit der Kommune gestellt. Entstehung und Entwicklung von Seniorenvertretungen richten sich ausschließlich nach den örtlichen Gegebenheiten, insbesondere des politischen Willens dazu.

15 Die Seniorenarbeit ist künftig als Pflichtaufgabe in der Bayerischen Gemeindeordnung zu verankern. Den Seniorenvertretungen ist in den Kommunalparlamenten, einschließlich der jeweiligen Ausschüssen, ein Anhörungs- und Rederecht zu seniorenpolitischen Themen einzuräumen.

20 Daraus folgend sind in den Geschäftsordnungen der Kommunalparlamente entsprechende verbindliche Regelungen aufzunehmen.

Im Einzelnen müssen Form und Art der Gründung von Seniorenvertretungen festgelegt, sowie Aufgaben, Rechte und Pflichten, usw. abgesichert werden.

25 Dabei ist auch eine personelle Begleitung und Unterstützung durch die Verwaltung sicherzustellen.

Seniorenvertretungen arbeiten nach wie vor ehrenamtlich. Sie benötigen jedoch für ihre Arbeit eine gesicherte Sach- und Finanzausstattung.

30

Dies kann im Einzelnen die Bereitstellung von geeigneten Räumen, Versicherungsschutz und finanzielle Mittel für Organisationsbedarf, Information,

ANNAHME

Reisekosten, Projekte und Veranstaltungen sein.

- 35 Die (Mit)Benutzung von Schreib-, Druck- und Kopiermöglichkeiten sowie Telefon-, Fax und E-Mail-Anschlüssen sollte selbstverständlich sein.

Antragsbereich A / Antrag 6

Antragsteller: Bezirk Mittelfranken

Empfänger: Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Landesparteitag

A6: „Verlorene“ gesetzliche Feiertage nachholen

- Wenn kalendarisch unbewegliche gesetzliche Feiertage auf Samstag oder Sonntag fallen, stehen ArbeitnehmerInnen in diesem Jahr effektiv weniger arbeitsfreie Tage zur Verfügung. Unabhängig vom jeweiligen Anlass oder dem dahinterstehenden geschichtlichen oder weltanschaulichen
- 5 Hintergrund sind diese freien Tage in der Praxis vor allem ein kollektiver Besitzstand. Gerade auch bei Begehung dieser Feiertage an einem Tag des für die Mehrheit der Beschäftigten arbeitsfreien Wochenendes entfielen damit ein anderweitig nutzbarer Tag des Wochenendes. Eine Regelung, nach der unbewegliche, also auf ein fixes Datum festgelegte Feiertage am nächst-
- 10 möglichen Arbeitstag nachzuholen sind, wenn sie auf einen Samstag oder Sonntag fallen, wird demzufolge angebracht und wird genauso auch schon in Belgien, Spanien und Großbritannien praktiziert. Eine derartige Regelung würde auch ihrer Definition laut Grundgesetz als „Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung“ (Art. 140 GG) entsprechen, zumal das GG Feiertage
- 15 und Sonntage dabei voneinander unterscheidet und beide gleichermaßen unter gesetzlichen Schutz stellt. Für die sich aus der christlichen Liturgie ergebenden variablen religiösen Feiertage soll dies keine Anwendung finden, wenn diese Feiertage nach Art und ihrer Festlegung immer auf den gleichen Wochenendtag fallen (gegenwärtig Ostersonntag und Pfingstsonntag). Je
- 20 nach Bundesland unterscheidet sich die Anzahl der betroffenen Feiertage, für Bayern geht es dabei um acht auf ein fixes Datum bezogene Feiertage (plus Feiertage, die nur regional aufgrund konfessioneller Prägung gelten). Da diese Feiertage im langfristigen Mittel mit einer durchschnittlichen Wahrscheinlichkeit von 14,28% auf jeden Wochentag fallen, entspricht dies
- 25 im Mittel rund 2,3 zusätzlichen Arbeitstagen pro Jahr.

Wir fordern daher das Nachholen der „verlorenen Feiertage!“

Antragsbereich A / Antrag 7

Antragsteller: AfA Bayern

Empfänger: Landesparteitag

A7: Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung für Referentinnen und Referenten in Bildungsmaßnahmen**ANNAHME**

Wir fordern, dass Referentinnen und Referenten in staatlich geförderten und/ oder staatlich anerkannten Bildungsmaßnahmen armutssicher und
5 Lebensstandard sichernd beschäftigt werden. Die Bildungsträger schaffen derzeit staatlich subventionierte akademische Armutsjobs und bewirken so langfristig die Zunahme massiver Altersarmut.

Der Netto-Stundenlohn von Referentinnen und Referentinnen liegt derzeit zum
10 Teil unter 6,50 €.

Wir fordern:

- 15 1. Die Referentinnen und Referenten sind sozialversicherungspflichtig zu beschäftigen mit Einzahlungen auch des Arbeitgeberanteils in die Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung
- 20 2. Alternativ kann für die (ohnehin vorgegebene) Stundenzahl der Maßnahme ein Rahmenvertrag über diese Anzahl der Stunden geschlossen werden. Für diese durch die Maßnahme vorgegebene Stundenzahl sind die Arbeitgeber verpflichtet in die Sozialversicherung für die Beschäftigten einzuzahlen (Arbeitgeberanteil). Der Referent/ die Referentin hat einen Anspruch auf Bezahlung der im Rahmenvertrag festgelegten Stunden.
- 25 3. Der Brutto-Stundenlohn muss mindestens dem Tarifvertrag entsprechen.

Dies ist deshalb erforderlich, weil nicht davon auszugehen ist, dass die Beschäftigten dauerhaft beschäftigt werden, da dies ja von der Zuweisung von Maßnahmen abhängt.

30

Es ist genau zu prüfen, ob es sich bei der Beschäftigung um eine Scheinselbstständigkeit handelt.

35

Dies sollte immer dann der Fall sein, wenn der Referent/ die Referentin ausschließlich bei einem Träger beschäftigt ist.

40

In derartigen Fällen ist der Arbeitnehmer/die Arbeitnehmerin zwar mit allen Risiken und Nachteilen einer selbständigen Tätigkeit belastet; die Freiheit der freien Gestaltung des Arbeitsverhältnisses besteht jedoch durch die Vorgaben in der Maßnahme nicht.

Die Nichteinhaltung soll als Ordnungswidrigkeit strafbewährt sein.

Antragsbereich A / Antrag 8

Antragsteller: AfA Bayern

Empfänger: Landesparteitag, Landesvorstand

A8: Arbeitsmarktpolitik

Wir fordern im Regierungsprogramm der SPD für die nächste Wahlperiode klare Festlegungen für Reformen in der Arbeitsmarktpolitik und bei der Grundsicherung für Arbeitslose (Hartz 4) zu treffen. Dazu muss gehören:

- 5
- eine realistische Bedarfsermittlung für die Leistungen der Grundsicherung und ein Abgehen von Pauschalisierungsregelungen für nachweisbar anfallende Kosten
 - eine Abschaffung des aktuellen Sanktionssystems, weil Kürzungen des Existenzminimums der Zielsetzung der Grundsicherung widersprechen
- 10
- eine bessere Personalausstattung der Jobcenter (qualitativ und quantitativ) um Fördermöglichkeiten besser nutzen zu können.

15 **Begründung**

Die Arbeitsmarktreformen haben ihre Ziele nicht erreicht. Weder hat sich die Vermittlung beschleunigt noch ist es gelungen, Langzeitarbeitslosigkeit zu

ANNAHME

vermeiden. Demgegenüber erweisen sich viele Regelungen der Grundsicherung als ungeeignet, Verarmung zu verhindern oder erschweren gar einen
20 Weg aus der Armut (auch durch Leistungskürzungen des Sanktionssystems). Das Arbeitsmarktregime erscheint so zunehmend als Kontrollsystem gegenüber den ALG-II-Beziehern, ohne dass die Förderinstrumente wirklich greifen – was auch an ungenügender Personalausstattung in der Vermittlung liegt und an einer Politik, der es vor allem um Leistungsvereinfachung
25 (Pauschalisierung von Leistungen, Wegfall von rückwirkenden Ansprüchen) statt um angemessene Unterstützungsleistungen geht.

C Wohnen

Antragsbereich C / Antrag 1

Antragsteller: UB Erlangen

Empfänger: Landesparteitag

C1: Die Entwicklung von bezahlbarem Wohnraum ermöglichen

Die Schaffung von ausreichendem bezahlbarem Wohnraum gehört zu den zentralen Herausforderungen. Neben einer ausreichenden Förderung von sozialem Wohnungsbau sind dafür auch folgende Maßnahmen wichtig:

- 5 – Bauen und Bewirtschaften von Immobilien muss wieder attraktiver werden. Dazu gehört die Anhebung des steuerlichen Abschreibungssatzes in Gebieten mit erhöhtem Wohnbedarf von 2 auf 4 Prozent.
- Die Kommunen brauchen mehr Möglichkeiten, die Nutzung von Bau-
- 10 grundstücken durchzusetzen. Dazu sind entsprechende Instrumentarien im Baugesetzbuch (Erleichterungen
- bei städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen bei bestehenden Bebauungsplänen) zu schaffen. Auch eine erhöhte Grundsteuer auf ungenutzte
- 15 Baugrundstücke ist einzuführen.
- Baurechtliche Vorschriften z.B. bei maximal zulässiger Bebauungsdichte, Lärmschutz (insbesondere Lärmstandards bei geöffnetem Fenster), Brandschutz, müssen kritisch überprüft werden. Bei den Energiestandards sollte
- 20 stärker auf die Energiebilanz eines gesamten Quartiers abgestellt werden statt auf den Energieverbrauch eines einzelnen Gebäudes.

ERLEDIGT

Antragsbereich C / Antrag 2*Antragsteller: Bezirk Mittelfranken**Empfänger: Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Landesparteitag, Landtagsfraktion***C2: Förderung und Unterstützung von Genossenschaften**

Die SPD setzt sich dafür ein, dass Genossenschaften Bauland zur Verfügung gestellt wird. Genossenschaften können den Kommunen beim Aufbau sozialen und bezahlbaren Wohnraums helfen. Dadurch werden Wohnungen der Spekulation entzogen und können wichtige gesellschaftspolitische Funktionen wie soziale und kulturelle Integration und Stärkung der Zivilgesellschaft erfüllen.

Begründung

Eine bezahlbare Wohnung zu finden ist heute für sehr viele Menschen eine große Herausforderung. Wohnraum ist in deutschen Städten knapp. Eine aktive

Wohnungsbauförderung durch die öffentliche Hand ist nachhaltig und verhindert hohe Sozialausgaben. Wohnungsbaugenossenschaften bieten moderne Wohnungen zu fairen Preisen in attraktiven Stadtteilen und sind eine Investition in die Zukunft.

ANNAHMEAntragsbereich C / Antrag 3*Antragsteller: Bezirk Mittelfranken**Empfänger: Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Landesparteitag, Landtagsfraktion, S&D-Fraktion im EP***C3: Förderung Generationenwohnen**

Wir fordern, dass die adressierten SPD-Fraktionen Rahmenbedingungen für Generationenwohnen schaffen und Fördermöglichkeiten ausmachen.

Begründung

Noch immer erziehen und pflegen hauptsächlich Frauen – und wir alle müssen vielleicht später gepflegt werden. Wir leben immer länger, die Berufswelt fordert die Arbeitskraft der Frauen und die Mobilität aller Arbeitnehmer, die Großfamilie gibt es nur noch selten. Das führt dazu, dass

ERLEDIGT

sowohl Kinder als auch Ältere und Kranke oft fremdbetreut werden müssen.
10 Das kostet viel Geld und führt z. B. Senioren in Einrichtungen, in denen zu einem großen Anteil Frauen im gleichen Alter mit den gleichen Nöten zusammenleben.

Für viele Menschen erscheint jedoch das Zusammenleben von Jung und Alt,
15 Männern und Frauen, Kindern und Jugendlichen lebenswerter.

Die geeignete und erprobte Trägerschaft für eine derartige Wohn- und Lebensform ist die Genossenschaft (hier Verbrauchergenossenschaft), die die Gewähr bietet für das Funktionieren und den Bestand der generationen-
20 übergreifenden Strukturen.

Dieses soziale Netz nutzt auf freiwilliger Basis die Ressourcen des Einzelnen und unterstützt und trägt bei Bedarf die Bewohnerinnen und Bewohner. Das Geben und Nehmen des Einzelnen prägt diese Lebensform. Die informellen Hilfestellungen der Nachbarschaftshilfe können durch formelle,
25 professionelle Hilfsangebote ergänzt werden.

Das Ziel ist ein dem Alter entsprechendes möglichst autonomes Wohnen und Leben sowie den Erhalt der Selbstständigkeit und die Wahrung der
30 Selbstverantwortung unter Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der Mitmenschen. Das heißt auch, nach Wunsch allein sein zu können, aber doch nicht einsam sein zu müssen.

F Familie

Antragsbereich F / Antrag 1

Antragsteller: Bezirk Mittelfranken

Empfänger: Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Bundesvorstand, Landesparteitag

F1: Gerechte Familienpolitik 2017 – Kindergrundsicherung zur Gleichwertigkeit aller Kinder

<p>Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, in Anlehnung zum Modell des Bündnisses Kindergrundsicherung ein Gesetz zur Einführung einer eigenständigen Kinder-Grundsicherung zu entwickeln und in den Bundestag einzubringen</p> <p>5</p> <p>Jedes Kind muss auf die Grundsicherung einen Rechtsanspruch haben, kontrolliert durch das jeweilige für das Kind zuständige Jugendamt.</p> <p>Mit der Umsetzung einer Kindergrundsicherung leisten wir einen Beitrag zur Chancengleichheit von Anfang an, da die Erfüllung der Grundbedürfnisse aller Kinder zumindest unter wirtschaftlichen Aspekten gesichert ist. Die Kindergrundsicherung ist ein wichtiges Instrument, um Kinder losgelöst vom Familienkontext aus der akuten Kinderarmut zu holen.</p> <p>10</p> <p>15 Begründung</p> <p>Die bisherige Familienförderung führt nicht dazu, dass alle Kinder gleiche Chancen haben. Die Verwaltung ist aufwändig und vor allem von ärmeren bzw. bildungsfernen Eltern werden nicht alle ihren Kindern zustehenden Leistungen in Anspruch genommen. Aktuell werden Kinder je nach Erwerbssituation ihrer Eltern durch steuerliche Kinderfreibeträge ungleich gefördert.</p> <p>20</p> <p>Eine Kindergrundsicherung ermöglicht bessere Startchancen und ist darüber hinaus ein wichtiger Beitrag zu mehr Verteilungsgerechtigkeit. Die Forderung nach einer Kindergrundsicherung wird in einem breiten Bündnis (Bündnis Kindergrundsicherung, mehr Infos unter www.kinderarmut-hatfolgen.de) unter anderem vom Deutschen Kinderschutzbund, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Arbeiterwohlfahrt, von Pro Familia und den Familienverbänden unterstützt.</p> <p>25</p>	<p>ANNAHME</p>
--	-----------------------

Antragsbereich F / Antrag 2

Antragsteller: UB Nürnberg, Mittelfranken

Empfänger: Bundesparteitag, Landesparteitag

F2: Umsetzung der Europaratsentschließung 2079 für Eltern nach Trennung

Einführung der (steuer-)rechtlichen Grundlage für eine Gleichbehandlung von Elternteilen nach Trennung als Paar auf Grundlage der einstimmig beschlossenen Europaratsentschließung 2079 vom Oktober 2015. Darin ist die Mediation von getrennten Elternteilen vorgesehen, sowie die Einbeziehung beider Elternteile mit aktiver Alltagszeit in Form des Wechselmodells welches bedeutet, dass Kinder zu

50 % beim Vater und zu 50 % bei der Mutter leben können.

10 Ziel ist die partnerschaftliche Aufgabenteilung beider Elternteile. Familie für die Kinder soll es sowohl beim Vater als auch bei der Mutter geben.

Daraus ergibt sich gleichzeitig eine Verbesserung der Rahmenbedingungen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch Entlastung bei der 15 Betreuungs- und Bildungsarbeit.

Begründung

Die Europaratsentschließung 2079 aus Oktober 2015 wurde einstimmig, also auch mit den Stimmen der SPD beschlossen.

20

Vor dem Hintergrund, dass die SPD maßgeblich, nicht nur in der amtierenden Amtszeit mit dem SPD-besetzten Familien- und Arbeitsministerium echte Instrumente für Gleichstellung von Frauen und Männern nicht nur einfordert, sondern auch geschaffen hat, wie beispielsweise Mindestlohn, das ElterngeldPlus, Frauen in Führungspositionen, sowie das angestrebte Rückkehrrecht von Teilzeit auf vorherige Arbeitszeit bzw. Vollzeit, das Entgeltgleichheitsgesetz sowie die Familienarbeitszeit mit dem Familiengeld, sollte die Linie der Instrumente zur partnerschaftlichen Aufgabenteilung in Familien, Haushalt und Erwerbstätigkeit konsequent weiterverfolgt werden und nicht 25 Halt machen mit der Rolle rückwärts bei Trennung der Eltern als Paar hin zum Alleinerziehendenmodell. Heutige Männer und Väter fordern aktive Familienarbeit mit Zeit für ihre Kinder ein – zu Recht! Heutige Mütter fordern mehr Karriereoptionen, Einkommen, Posten ein – zu Recht! Und vor den aktuellen 30

ANNAHME

35 Herausforderungen brauchen unsere Kinder mehr denn je beide Elternteile
als vollwertige Bezugspersonen – von Anfang an und in der gesamten Lebensverlaufsperspektive.

G Gleichstellung

Antragsbereich G / Antrag 1

Antragsteller: Jusos Bayern

Empfänger: Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Landesparteitag

G1: Keine Diskriminierung an der Kasse! Menstruation ist kein Luxus!

ANNAHME IN DER FASSUNG DER ANTRAGSKOMMISSION

Frauen* verdienen weniger als Männer*. Der Equal Pay Day macht jedes Jahr im März darauf aufmerksam. Doch zusätzlich zum statistisch magereren Geldbeutel müssen

5 Frauen* für viele alltägliche Produkte und Dienstleistungen deutlich mehr bezahlen als Männer*. Kosmetika, Rasierer, Reinigung, Friseur*in – all dies kostet durchschnittlich 17 –

10 Recherche der Verbraucherzentrale Hamburg von 2015 ergab. Dieser Aufschlag wird auch „pink tax“ genannt, auch wenn es sich hierbei um keine Steuer im eigentlichen Sinn handelt, sondern um reine Willkür der Produ-

15 zent*innen. In vielen Fällen ist kein plausibler Grund für den erhöhten Preis erkennbar, außer einer anderen Farbgestaltung. Durch den Kauf von „Männerprodukten“ lässt sich dies zum Teil umgehen. Geschlechtsneutrale

20 Produkte hingegen werden meist aber nur in teuren, anti-allergenen Varianten verkauft, und die meisten in unserer Gesellschaft sozialisierten Frauen* möchten nicht gerne nach mit Männern* assoziierten Duftstoffen

25 riechen, weshalb Frau* kaum um den Griff nach dem teureren „Frauenprodukt“ herumkommt.

Streiche in der letzten Zeile „zumindest“

Ein formales Verbot voneinander abwei-
30 chender Preise widerspricht dabei auch
für essentiell identische Produkte in unter-
schiedlicher Aufmachung prinzipiell den
Grundregeln unserer Wirtschaftsordnung.
Dies kann allerdings nicht mehr gelten, wo
35 ein entsprechend gestaltetes Branding zu
einer Verbraucher*innentäuschung hinsicht-
lich der Nützlichkeit oder Verwendbarkeit
des im Wesentlichen identischen Produk-
tes führt. Da der dadurch hervorgerufene
40 Schaden bei Konsument*Innen durch diese
Geschäftspraktiken in jedem einzelnen Fall
unerheblich, in der Gesamtbetrachtung
für die Produzent*innen jedoch hochgradig
lukrativ ist und gleichzeitig keine staatliche
45 Instanz eine „Genehmigung“ der Ver-
kaufspreise in Zwischen- und Einzelhandel
vornehmen kann, fordern wir die Einführung
eines Verbandsklagerechts der anerkannten
Verbraucher*innenschutzorganisationen zur
50 Bekämpfung dieser Art von Verbrauchertäu-
schung.

Hinzu kommt die schwer durchschaubare
Gesetzgebung bei der Mehrwertsteuer. Als
55 diese in ihrer heutigen Form 1968 einge-
führt wurde, schuf man den ermäßigten
Steuersatz, um die Grundversorgung für Ge-
ringverdiener*innen am Existenzminimum
erschwinglich bleiben zu lassen.

60 Dieser sollte für „bestimmte Güter des
lebensnotwendigen Bedarfs“ gelten, was
aber auch Sport, Kultur und öffentlichen
Nahverkehr einschloss. „Mehrwertsteuer
65 – auf Tampons, Binden, Toilettenpapier
und alle anderen Hygieneartikel dagegen
19%. Diese Güter zählen nach Ansicht des
Gesetzgebers bisher nicht zu den Vorausset-

70 zungen einer dem Elend enthobenen Existenz

Eine Frau*, insbesondere eine geringverdienende, wird also ihr Leben lang mehr Ausgaben haben als ein Mann* in derselben Situation, denn selbst wenn sie bei den Rasierern noch zwischen blau und pink wählen kann, am Kauf von Hygieneartikeln für die Menstruation, beispielsweise Binden, Tampons und Menstruationstassen, kommt sie nicht vorbei. Für diese Produkte arbeitet eine Frau* in ihrem Leben laut einer britischen Studie im Schnitt 38 Tage.

85 Der Zyklus von Frauen* ist nicht immer vorhersehbar. Eine Frau* im öffentlichen Raum kann daher davon überrascht werden und wenn sie* währenddessen nicht genügend Geld hat, um sich die passenden Hygieneartikel zu kaufen, so führt das unweigerlich bei sehr vielen Frauen* zu Scham. Auf öffentlichen Toiletten gehört das Toilettenpapier zum natürlichen Bedarf jedes Menschen. Eine Frau* hat eben auch den natürlichen Bedarf zu genau diesen Hygieneartikeln, daher sollten zumindest Binden bzw. Tampons 95 kostenlos angeboten werden.

Wir fordern deshalb:

- 100 • die Schaffung eines Verbandsklagerechts für Verbraucher*innenschutzorganisationen zur Eindämmung ungerechtfertigter Preisaufschläge für inhaltlich im Wesentlichen identische, aber unterschiedlich
- 105 „gegenderte“ Produkte des/der gleichen Hersteller*in.
- ein Verbot von nicht begründbaren Preisaufschlägen auf Produkte für Frauen*, für

- 110 die es ein ähnliches Männerprodukt gibt
- das Herabsetzen der Mehrwertsteuer für Hygieneartikel für die Menstruation, damit Frauen* nicht durch die Mehrwertsteuer einer Mehrbelastung ausgesetzt sind. Damenhygieneartikel sind Waren
- 115 des täglichen Bedarfs und kein Luxusgut, deshalb dürfen sie nicht steuerlich wie ein solches behandelt werden
- zumindest kostenlose Binden oder Tampons in öffentlichen Toiletten.
- 120

Antragsbereich G / Antrag 2

Antragsteller: Jusos Bayern

Empfänger: Landesparteitag, Landtagsfraktion

G2: Beratungsstellen für junge LGBTIQ*-Menschen

Die Jusos Bayern und die BayernSPD setzen sich dafür ein, dass landesweit Beratungsstellen für junge LGBTIQ*-Menschen eingerichtet werden.

ANNAHME

5 Jeder Landkreis und jede kreisfreie Stadt soll dafür eine sozialpädagogische Halbtagsstelle im Landratsamt einrichten, die aus Landesmitteln finanziert werden soll. Die Beratungsstelle verfolgt im Landkreis zwei zentrale Aufgaben:

- 10 • Referieren an Schulen über sexuelle Vielfalt und Orientierungen um Aufklärungsarbeit zu leisten und Vorurteile abzubauen
- Persönliche Beratungsstunden mit jungen LGBTIQ*, um sich deren Probleme anzunehmen und Lösungsansätze zu finden

15 In Großstädten (über 100.000 Einwohner) soll die Halbtagsstelle auf eine Ganztagsstelle erweitert werden. Sollte es bereits vergleichbare Strukturen geben, wie zum Beispiel in München oder Nürnberg, sollen diese gefördert werden und die Kosten vom Freistaat übernommen werden.

|

P Partei

Antragsbereich P / Antrag 1

Antragsteller: Bezirk Oberbayern

Empfänger: Bezirksvorstände, Bundesparteikonvent, Bundesparteitag, Landesparteitag

P1: Vorschläge zur Verbesserung der innerparteilichen Mitwirkung durch Veränderung der Regie des Parteivorstandes bei Parteitag und Konventen

Um den Willen der Parteimitglieder und der sie vertretenden Delegierten wieder mehr Gewicht zu geben muss der Spielraum des PV und der Antragskommission über die Geschäftsordnung eingegrenzt werden.

- 5 Der Landesverband Bayern beantragt die Änderung der Geschäftsordnung wie folgt:
- Die Redezeit für die Einführung eines Themenkomplexes / Leitantrags, sowie die Redezeit für den einführenden Bericht der Antragskommission
 - 10 beträgt maximal 5 Minuten.
 - Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt maximal 3 Minuten.
 - Die Rednerinnen werden in der Reihenfolge der abgegebenen Wortmeldungen aufgerufen. Die transparente Redeliste muss weiterhin für die Delegierten einsehbar bleiben.
 - 15 • Berichterstatter /innen und Mitglieder des Parteivorstandes können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten, sind aber an die Redezeit von maximal 3 Minuten gebunden.
 - Die Berichterstatter/innen der Antragskommission haben die Stellungnahme der Antragskommission zu begründen. Auch hierfür beträgt die
 - 20 Redezeit jeweils 3 Minuten.
 - Das Präsidium hat darauf zu achten dass die Redezeit der Delegierten insgesamt den doppelten Anteil hat wie die gesamte Redezeit des Parteivorsitzenden, der Mitglieder des Parteivorstandes und der Sprecher/innen der Antragskommission. Bei Vorliegen einer entsprechenden
 - 25 Zahl von Wortmeldungen ist ein „Schluss der Debatte“ bzw. ein „Schluss der Redeliste“ erst dann möglich, wenn mindestens dieses Verhältnis hergestellt ist. Nimmt die Antragskommission nach Schluss der Debatte nochmals inhaltlich Stellung, so ist die Aussprache wieder eröffnet.
 - Der Satz: “Der Parteivorstand hat eigenes Initiativrecht.“ ist aus der Geschäftsordnung zu streichen.
 - 30

Begründung35 *Organisationsstatut*

- 8 (1) Die SPD gliedert sich in Ortsvereine, Unterbezirke und Bezirke. In dieser Gliederung vollzieht sich die politische Willensbildung der Partei von unten nach oben.

- 40 • 20 Zu den Aufgaben des Parteitages gehören: 3. die Beschlussfassung über die Berichte nach Ziffer 1. über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen;

4. die Beschlussfassung über die eingegangenen Anträge.

45

Folgende Vorgehensweisen des Parteivorstandes verstoßen gegen das Organisationsstatut der Partei:

- 50 • Geänderte Leitanträge des Parteivorstandes werden nach der Antragsfrist, häufig erst am Tag vor dem Parteitag oder Konvent, im Juni sogar erst während der Beratung an die Delegierten verteilt.
- Durch „Initiativanträge“ des Parteivorstandes, die keinen Initiativcharakter hatten, (beim einem Konvent 4 Stück + Leitantrag) wird die Befassung mit den ordentlichen Anträgen aus den Untergliederungen verhindert.
- 55 • Der Anteil der ordentlichen Anträge die von der Antragskommission ohne ein Votum des Gremiums zur Weiterleitung empfohlen werden nimmt zu.
- Der Anteil der ordentlichen Anträge die von der Antragskommission ohne ein Votum des Gremiums zur Weiterleitung an Arbeitsgruppen, deren Zusammensetzung nicht klar ist, empfohlen werden nimmt ebenfalls zu.
- 60 • Die Redezeit der Mitglieder des Parteivorstandes mit den Berichterstatter/innen der Antragskommission nimmt zunehmend ein Vielfaches an Redezeit der Delegierten in Anspruch.
- 65 • Änderungsanträge von Delegierten/Gliederungen werden, auch wenn sie fristgerecht eingereicht werden, den Delegierten nicht mehr schriftlich vorgelegt.

70 Um den Willen der Parteimitglieder und der sie vertretenden Delegierten

wieder mehr Gewicht zu geben muss der Spielraum des PV und der Antragskommission über die Geschäftsordnung eingegrenzt werden.

Antragsbereich P / Antrag 2

Antragsteller: Bezirk Oberbayern

Empfänger: Bundesparteikonvent, Bundesparteitag, Landesparteitag

P2: §15 Parteitag, Zusammensetzung

Der Parteitag ist das oberste Organ der Partei. Er setzt sich zusammen:

I. Aus 600 von den Bezirksparteitagen in geheimer Abstimmung gewählten Delegierten. Dabei erhält jeder Bezirk

5

vorab zwei Grundmandate. Die weiteren Delegiertenmandate werden nach dem Verhältnis der abgerechneten

Mitgliederzahlen des letzten Kalenderjahres vor Einberufung des Parteitags auf die Bezirke verteilt. Bezirkssatzungen können bestimmen, dass die Wahl der auf den Bezirk entfallenden Delegierten ganz oder teilweise durch die Unterbezirksparteitage erfolgt; dabei ist sicherzustellen, dass Frauen und Männer in der Delegation eines jeden Bezirkes mindestens zu je 40 % vertreten sind.

15

II. Aus den Mitgliedern des Parteivorstandes.

Füge ein vor Ziffer 2: Die Bezirke sind aufgefordert dafür zu sorgen, dass mindestens 50 % der Delegierten keine Landtags- Bundestags- oder Europa-abgeordnete sind.

20

Antragsbereich P / Antrag 3

Antragsteller: Bezirk Oberbayern

Empfänger: Bundesparteikonvent, Bundesparteitag, Landesparteitag

P3: §18 Einberufung des ordentlichen Parteitages

Die Einberufung des Parteitages soll spätestens drei Monate vorher mit der vorläufigen Tagesordnung veröffentlicht werden. Die Veröffentlichung der Tagesordnung soll mindestens einmal in angemessener Zeit wiederholt werden.

5

Anträge von Organisationsgliederungen, Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreisen und Themenforen auf Bundesebene und Wahlvorschläge für den Parteitag sind zwei Monate vorher dem Parteivorstand einzureichen. Für Anträge des Parteivorstandes gilt dieselbe Frist. Die Anträge sind den Delegierten, Bezirken, Unterbezirken und den Antragstellenden mit einer Stellungnahme der Antragskommission zwei Wochen vor dem Parteitag zuzusenden. Ortsvereine, die keinen Antrag gestellt haben, ist auf Anforderung ebenfalls ein Exemplar der Anträge zuzusenden.

10

15 Füge ein nach:“ Für Anträge des Parteivorstandes, auch für den Leitantrag, gilt dieselbe Frist.

Antragsbereich P / Antrag 4

Antragsteller: Bezirk Oberbayern

Empfänger: Bundesparteikonvent, Bundesparteitag, Landesparteitag

P4: §28 Zusammensetzung und Einberufung des Parteikonvents

Der Parteikonvent setzt sich zusammen:

5

1. Stimmberechtigte Mitglieder: 200 von den Parteitagen der Bezirke in geheimer Abstimmung zu wählenden Delegierten. Dabei erhält jeder Bezirk vorab ein Grundmandat. Die weiteren Mandate werden nach dem Schlüssel für die Errechnung der Delegiertenzahlen auf den Bundesparteitagen auf die Bezirke verteilt.

Füge ein: Die Bezirke sind aufgefordert dafür zu sorgen, dass mindestens
10 60 % der Delegierten keine Landtags- Bundestags- oder Europaabgeordnete
sind.

Füge ein als neuen Absatz 7 in § 28 analog zu § 16 Abs. 2:

15 „Über die Verhandlungen des Parteikonvents wird ein Wortprotokoll ange-
fertigt. Das Protokoll ist vom Parteivorstand spätestens vier Wochen nach
dem Parteikonvent den Delegierten zuzusenden. Beschlüsse sind durch
zwei Mitglieder des Präsidiums des Parteikonvents zu beurkunden.

Antragsbereich P / Antrag 5

Antragsteller: Bezirk Mittelfranken

Empfänger: Bundesparteitag, Bundesvorstand, Landesparteitag

P5: Gestaltung von Parteitag

Das Programm der Parteitage der SPD wird auf allen Ebenen so organisiert,
dass die Antragsberatung Priorität hat und in den Mittelpunkt gerückt wird.

Begründung

5 Regelmäßig kommen die Antragsberatungen bei Parteitag zu kurz. Ganze
Antragspakete können oftmals nicht mehr beraten werden. Dabei ist das
die effektivste Möglichkeit der Beteiligung der Basis. Mitglieder wollen
und sollen ihre Meinungen und Anliegen einbringen können. Damit ist
gewährleistet, dass Berufspolitiker noch erfahren, wie die Menschen im
10 Land denken und welche Erwartungen sie an die Politik der SPD haben. Das
ist ein Beitrag der Basis für noch mehr Mitglieder und Zustimmung.

Antragsbereich P / Antrag 6*Antragsteller: Bezirk Mittelfranken**Empfänger: Bundesparteitag, Bundesvorstand, Landesparteitag***P6: Frauenförderung in der Partei konsequent umsetzen!**

Die SPD setzt sich für Gleichberechtigung und Frauenförderung ein, dennoch ist der Sexismus in der Partei noch tiefverankert. Frauen werden noch zu wenig innerhalb der Partei gefördert und erhalten oft nicht die Rückendeckung in Vorständen oder auf Mandatslisten. Die Jusos haben uns

5 der Frauenförderung im eigenen Verband verpflichtet und stehen zu einer echten Frauenquote bei Delegationen. Nichtquotierte Delegationen verlieren Stimmrechte bis sie eine Quotierung von mindestens 40 % Frauenanteil erhalten. So sind Delegationen gezwungen, quotierte Listen aufzustellen. Die Geschlechterquote in der SPD ist immer noch im binären Kontext,

10 also zwischen Mann und Frau. Solange der binäre Kontext vorhanden ist, sprechen wir uns gegen die Geschlechterquote und für die Frauenquote aus. Frauen müssen gefördert werden. Männer hingegen sind in der SPD auf allen Ebenen überrepräsentiert und müssen nicht in einer Quote berücksichtigt werden.

15

Die Geschlechterquote verhindert sogar aktive Frauenförderung in dem Sinne, wenn Delegationen mehr als einen Anteil von 60% Frauen haben. Nach dem aktuellen Statut der SPD wäre das nämlich nicht möglich.

20 Wir fordern daher in der SPD Satzung die Ersetzung der Geschlechterquote durch eine Frauenquote, wodurch nicht quotierte Delegationen ihre Stimmrechte verlieren bis sie eine Quotierung von mindestens 40 % Frauenanteil erhalten.

25 Auf Parteitag ist männlich dominiertes Redeverhalten mehr als präsent. Wir fordern hierfür eine Satzungsänderung für eine quotierte Redeliste nach dem Modell der Jusos, d.h. Frauen und Männer erhalten jeweils abwechselnd und in der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort. Steht nach dem Redebeitrag eines Mannes keine Frau auf der Redeliste, so ist die

30 Debatte beendet, wenn seit Beginn oder seit der letzten Fortführung der Debatte wenigstens drei Redebeiträge erfolgten.

Auf offiziellen Veranstaltungen der SPD muss eine Quotierung des Frau-

- enanteils ebenfalls gegeben sein. Es kann nicht sein, dass auf Parteitag
- 35 deutlich mehr Männer Grußworte bzw. Referate halten. Die Frauenquote ist hier ebenfalls einzuführen. Auf Veranstaltungen muss es Awareness-Teams geben, die nicht nur aufmerksam für Sexismen jeder Art sind, sondern auch als Ansprechpartner*innen dienen und bei Vorfällen reagieren.
- 40 Auch wenn zurzeit Martin Schulz für viele Neueintritte verantwortlich ist, so ist der Mitgliederschwund trotzdem nicht wegzudiskutieren. In der Partei herrscht zu wenig Wissen darüber, wie man Neumitglieder, vor allem aber junge Frauen wirbt. Wir fordern, dass die SPD für alle Vorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden aller Untergliederungen (vom Ortsverein bis
- 45 Bundesebene/Bundestagsfraktion) Schulungen zur Neumitgliederwerbung mit Schwerpunkt Gewinnung junger Frauen anbietet, sowie aktive Frauenförderung in den jeweiligen Untergliederungen.

Antragsbereich P / Antrag 7

Antragsteller: Bezirk Mittelfranken

Empfänger: Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Landesparteitag, Landtagsfraktion

P7: Besetzung der Antragskommissionen durch Mitglieder aller Gliederungsebenen der SPD

Das neutrale Gremium der Antragskommission soll zu zwei Dritteln von Genossen und Genossinnen ohne Mandat besetzt werden. Die Stellungnahme der Antragskommission soll kurz und das Votum wertfrei erklärend sein.

5 Begründung

- Das Gremium Antragskommission bereitet die Parteitage inhaltlich vor. Ihre Empfehlungen sind in keiner Weise bindend. Aus der Vielzahl der gestellten Anträge soll die Kommission Anträge zu gleichen oder ähnlichen Themen bündeln. Außerdem kann sie den Delegierten des Parteitages vorschlagen,
- 10 Anträge durch SPD-Beschlusslagen bereits für erledigt zu erklären. Immer wieder wurde durch die eingesetzte Kommission die Ablehnung eines Antrages empfohlen, was vermehrt zu Irritationen führte. Dabei sollten doch Anregungen und Verbesserungsvorschläge der SPD Basis bei der Jahreshauptversammlung mittels der Anträge in die Partei getragen werden!
- 15 Der Eindruck einer möglichen Abhängigkeit vom Vorstand soll vermieden

werden.

Antragsbereich P / Antrag 8

Antragsteller: UB Nürnberg

Empfänger: Landesvorstand

P8: Erhöhung des Stundenkontingents für Endstation Rechts Bayern

Wir fordern, dass die SPD Bayern das Stundenkontingent für Endstation Rechts Bayern auf 37 Wochenstunden (Vollzeit) anhebt. Diese Stelle kann mit einer Person oder mit zwei Personen, die halbtags beschäftigt sind, besetzt werden.

5

Begründung

Endstation Rechts liefert nicht nur für Parteimitglieder, sondern auch für viele Antifaschist*innen und die demokratische Öffentlichkeit außerhalb der SPD wertvolle, sehr gut recherchierte

10

Informationen. Damit hat sich Endstation Rechts Bayern ein hohes Ansehen erworben. Diese Tätigkeit war bisher schon sehr wichtig und wird es in den anstehenden Wahlkämpfen für Bundes- und Landtag noch mehr werden. Deshalb sollte personell und finanziell die weitere Tätigkeit sichergestellt

15 werden.

Antragsbereich P / Antrag 9

Antragsteller: UB Nürnberg

Empfänger: Bundesvorstand, Landesparteitag

P9: Mehr Mitgliederentscheide durchführen

Die Voraussetzungen für ein bindendes Mitgliederbegehren in der SPD sollen wie folgt verändert werden:

5

- Senkung des Quorums von 10% auf 5% mit einer Deckelung auf 10.000 Unterschriften, die auch digital erfolgen können

- Verlängerung der Zeitspanne, in der die Unterschriften zu sammeln sind, von 3 Monaten auf 6 Monate
- Zusätzlich: Durchführung von Mitgliederentscheiden auf Antrag eines Viertels der Mitglieder des Bundesvorstandes

10

Weiterhin soll anstelle von Unterschriften auch das Abstimmen über den SPD-Account möglich sein und laufende Mitgliederbegehren und –entscheide auf der SPD-Homepage angezeigt werden. Zudem soll die Teilnahme möglichst niederschwellig gestaltet werden, indem mehrere

15 Möglichkeiten erlaubt werden (z.B. per Brief, online, per App).

Begründung

Die Ausrichtung der SPD zu den Themen Vorratsdatenspeicherung und CETA-Freihandelsabkommen hat sehr viele Basis-Mitglieder unglücklich

20 gemacht und hat wieder zu einer kleinen Austrittswelle aus unserer Partei geführt. Beim CETA-Abkommen haben sich sogar Delegierte gegen ihre Landesbeschlüsse gerichtet und somit das Vertrauen ihrer Basismitglieder ein Stück weit verloren. Viele der Basismitglieder haben das Gefühl Politik wird an ihrer Meinung vorbei entschieden und Delegierte repräsentieren

25 nicht mehr direkt ihre Meinung. Diese Entwicklung ist gefährlich und muss gestoppt werden.

Es ist unstrittig, dass die Basis nicht über komplexe Sachfragen einheitlich entscheiden kann. Jedoch sollte sie die Möglichkeit haben über eine gewisse

30 Grundausrichtung der SPD zu gewissen Themen zu entscheiden. Dies entlastet den Bundesvorstand und die Delegierte in Ihrer Verantwortung und schafft mehr Zusammenhalt und Vertrauen auch innerhalb der Partei. Eine Forderung der SPD ist mehr direkte Demokratie. Durch mehr direkte Demokratie innerhalb der Partei kann die Partei eine Vorbildfunktion nach

35 außen darstellen.

Der Mitgliederentscheidung über die große Koalition war einmalig in der deutschen Parteienlandschaft. Zum ersten Mal durften die Mitglieder über eine konkrete Grundausrichtung der SPD entscheiden. Die Legitimität, die

40 solche Entscheidungen mit sich bringen ist Ausdruck einer lebendigen Demokratie innerhalb der SPD.

Aus diesen Gründen sind mehr Mitgliederentscheide zu der Grundausrichtung der SPD zu bestimmten Themen notwendig und für die Zukunft unserer

45 Partei unverzichtbar.

Antragsbereich P / Antrag 10

Antragsteller: Bezirk Mittelfranken

Empfänger: Landesparteitag

P10: Das digitale Antragsarchiv für eine (noch) effizientere Konferenzarbeit

Die BayernSPD wird damit beauftragt, ein ausreichendes Budget für den Erwerb / die Entwicklung und die anschließende Pflege eines digitalen „Antragsarchivs“ zur Verfügung zu stellen. In dieser Datenbank soll die aktuelle Beschlusslage der Jusos Bayern und der BayernSPD sowie deren

5 Bezirksverbände katalogisiert werden. Genauso sollen ehemalige Beschlussbücher und abgelehnte Anträge von Bezirks- und Landeskonferenzen digital archiviert werden, um bei künftigen Anträgen auf Doppelungen oder wiederholte Ablehnungen hinzuweisen. Als Haupt-Ansprechpartner*innen und Administrator*in soll ein Mitglied der Geschäftsführung der BayernSPD

10 nominiert werden.

Das Archiv soll bewusst öffentlich zugänglich sein, über die Internetseiten der Jusos Bayern und der BayernSPD. Schreibrechte für das Archiv haben jedoch ausschließlich der*die Administrator*in und die berechtigten Mitglieder*innen innerhalb der Geschäftsführung oder des Landes- bzw. der

15 Bezirksvorstände.

Begründung

„Das ist schon Beschlusslage.“

20

„Da liegt schon ein ähnlicher Antrag vor.“

„Letztes Jahr wurde das Thema bereits abgelehnt.“

25 Das sind Sätze, die wir im Zuge einer Juso-Bezirks- oder Landeskonferenzen gerne mal zu hören bekommen, denn trotz aller Kommunikation, die heute stattfindet, gibt es immer wieder inhaltliche Doppelungen bei neu gestellten Anträgen. Dass sie auftreten, ist nicht verwerflich – gerade bei Themen, die uns Jusos überregional beschäftigen. Sie erschweren aber die

30 Arbeit im Vorfeld oder während einer Konferenz ungemein.

Die Konferenzleitung wird in mehrere Zwickmühlen gebracht. Sie muss sich entweder für den „bestformulierten“ Antrag entscheiden oder muss bei

35 einer zu großen Menge an Anträgen Themen priorisieren, um den zeitlichen Rahmen zu wahren. Oder im schlimmsten Fall wird erst auf der Konferenz selbst ein Antrag mit einem der oben genannten Sätze kurz und schmerzlos abgelehnt; für die Beteiligten an diesem Antrag eine sehr frustrierende Erfahrung.

40 Eine produktive Konferenz, auf der viele Themen und Anträge debattiert werden, ist im Sinne aller Beteiligten. Umso mehr muss der Landes- bzw. Bezirksverband im Vorfeld eine effizientere Gegenprüfung der Antragsinhalte vornehmen, um Frust zu vermeiden. Oder sie stellt den Genoss*innen ein passendes Mittel zur Selbstprüfung zur Verfügung. In beiden Fällen braucht
45 es ein effizient gestaltetes digitales Archiv, das mit Hilfe von Volltextsuchen und klarer Katalogisierung die wichtigsten Fragen schnell beantworten kann:

50 A) Entspricht der Inhalt des Antrags bereits der aktuellen Beschlusslage (und ist damit hinfällig)?

B) Spricht er deutlich gegen die aktuelle Beschlusslage?

55 C) Wurde ein Antrag zu diesem Thema schon einmal gestellt (und abgelehnt)?

Ein so tiefgreifendes Archiv ist nach derzeitigem Wissen weder bei den Jusos Bayern noch bei der BayernSPD vorhanden, weder digital noch analog. Es braucht also zunächst ein Budget für die technische Neueinrichtung dieses
60 Archivs und den damit verbundenen Aufwand bei der Digitalisierung. Ob man eine vorhandene Applikation verwendet oder ob es sich rentiert, selber ein Programm dafür zu entwickeln, wird im Zuge der Budgetanfrage geklärt. Mehrere Kostenvoranschläge werden eingeholt.

65 Für die anschließende Pflege des Archivs fallen primär die Unterhaltskosten für die technische Plattform an. Zusätzliche Personalkosten sind grundsätzlich nicht zu erwarten, da als Ansprechpartner*in bzw. Administrator*in ein*e Vertreter*in aus dem Landesvorstand oder der Geschäftsführung vorgesehen ist. Das Archiv soll bewusst öffentlich zugänglich sein, über
70 die Internetseiten der Jusos Bayern und der BayernSPD. Schreibrechte für das Archiv haben jedoch ausschließlich der*die Administrator*in und die berechtigten Mitglieder*innen innerhalb der Geschäftsführung oder des Landes- bzw. der Bezirksvorstände.

75 Das System ist in seiner Form sowohl für die Jusos Bayern als auch für die BayernSPD verwendbar. Die technische Infrastruktur und das Prinzip der Katalogisierung wären im Grunde die Gleichen.

Mit diesem System soll die inhaltliche Arbeit entscheidend nach vorne getrieben werden. Wir können frühzeitig und schnell einen Antrag auf die
80 Beschlusslage abklopfen und verhindern so auf Dauer ein „Immer-Wieder-Aufwärmen“ gewisser Themen.

Antragsbereich P / Antrag 11

Antragsteller: Bezirk Mittelfranken

Empfänger: Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Bundesvorstand, Landesparteitag, Landtagsfraktion

P11: Einführung einer Gleichstellungsbeauftragten innerhalb der Partei zuständig für alle Mitglieder

Die SPD nimmt in ihrer Satzung die Funktion eines oder einer Gleichstellungsbeauftragten jeweils auf Landesebene und einmal auf Bundesebene auf.

5 Die SPD setzt sich öffentlich für Gleichstellung, Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit – gegen Sexismus und Mobbing ein. Die Partei kann auf diese Weise mit einem innovativen Ansatz ein wichtiges Zeichen nach innen durch eine neue gelebte Kultur setzen. Das verstärkt die Glaubwürdigkeit nach innen und nach außen, denn Gleichstellung ist mehr als
10 Quote.

Begründung

Grundsätzlich haben die etablierten Volksparteien in den letzten Jahren mit Mitgliederschwund und Wähler*innenstimmenverlust zu kämpfen. Unsere
15 politische Arbeit basiert auf den Werten Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Hierfür stehen wir mit unseren Themen, unseren Beschlüssen, unseren Statements in Regierungsmitsverantwortung und in unseren Gesetzgebungsverfahren.

20 Ein wichtiges Zeichen nach innen und außen ist, dass das Hochglanzimage – das, wofür wir stehen – nach innen auch gelebt wird, genauso wie wir es

von Unternehmen und anderen Organisationen fordern.

Jede(r) hat sicherlich innerhalb unserer Partei auf einer beliebigen Gliederungsebene von der einen oder anderen harmlosen oder massiven Ungleichbehandlung bzw. absolut unfairen Behandlung gehört, beobachtet oder selbst erfahren, die gerne als „so funktioniert Politik“, „das ist Demokratie“ oder als „kluge Strategie“ verkauft werden möchte, tatsächlich aber in der Regel nichts anderes als Machtsteuerung, -zentrierung oder Machterhalt zum Ziel hat mit dem Werkzeug von Mobbing.

Hiermit offen umzugehen, und neutrale, der Aufgabe verbundenen, Ansprechpartner*innen für alle Mitglieder verbindlich zu Verfügung zu stellen, wäre ein wichtiges Zeichen – nach innen und außen – und für eine Partei innovativ und zeitgemäß.

Gleichstellung und Chancengleichheit ist mehr als Quote und bezieht sich nicht nur auf das Geschlecht allein – es geht auch darum „verkrustete“ Strukturen zu durchbrechen und auf der Basis von bewährter Tradition und Werten wirklich offen für etwas Neues zu sein, z.B. offen für die Jugend, z.B. offen für Quereinsteiger*innen und offen für alle Mitglieder die etwas bewegen möchten.

Gleichstellungs- bzw. Diversitybeauftragte bieten die Chance alle Menschen einer Partei gleichwertig mit ihren Ideen, Themen und Zielen einzubinden und hierbei eine Balance zwischen Tradition und Innovation zu gestalten.

Antragsbereich P / Antrag 12

Antragsteller: UB Nürnberg

Empfänger: Bundesparteitag, Landesparteitag, Landesvorstand

P12: Einführung einer Gleichstellungsbeauftragten / Diversity-Beauftragten innerhalb der Partei zuständig für alle Mitglieder

Die SPD nimmt in ihrer Satzung die Funktion eines oder einer Gleichstellungsbeauftragten – alternativ Diversity-Beauftragten – jeweils auf Landesebene und einmal auf Bundesebene auf.

Die SPD setzt sich öffentlich für Gleichstellung, Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit – gegen Sexismus und Mobbing ein. Die Partei kann auf diese Weise mit einem innovativen Ansatz ein wichtiges Zeichen nach innen durch eine neue gelebte Kultur setzen. Das verstärkt die Glaubwürdigkeit nach innen und nach außen, denn Gleichstellung ist mehr als Quote.

Begründung

Grundsätzlich haben die etablierten Volksparteien in den letzten Jahren mit Mitgliederschwund und Wähler*innenstimmenverlust zu kämpfen. Unsere politische Arbeit basiert auf den Werten Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Hierfür stehen wir mit unseren Themen, unseren Beschlüssen, unseren Statements in Regierungsmitverantwortung und in unseren Gesetzgebungsverfahren.

Ein wichtiges Zeichen nach innen und außen ist, dass das Hochglanzimage – das, wofür wir stehen – nach innen auch gelebt wird, genauso wie wir es von Unternehmen und anderen Organisationen fordern.

Jede(r) hat sicherlich innerhalb unserer Partei auf einer beliebigen Gliederungsebene von der einen oder anderen harmlosen oder massiven Ungleichbehandlung bzw. absolut unfairen Behandlung gehört, beobachtet oder selbst erfahren, die gerne als „so funktioniert Politik“, „das ist Demokratie“ oder als „kluge Strategie“ verkauft werden möchte, tatsächlich aber in der Regel nichts anderes als Machtsteuerung, -zentrierung oder Machterhalt zum Ziel hat mit dem Werkzeug von Mobbing.

Hiermit offen umzugehen, und neutrale, der Aufgabe verbundenen, Ansprechpartner*innen für alle Mitglieder verbindlich zu Verfügung zu stellen, wäre ein wichtiges Zeichen – nach innen und außen – und für eine Partei innovativ und zeitgemäß.

Gleichstellung und Chancengleichheit ist mehr als Quote und bezieht sich nicht nur auf das Geschlecht allein – es geht auch darum „verkrustete“ Strukturen zu durchbrechen und auf der Basis von bewährter Tradition und Werten wirklich offen für etwas Neues zu sein, z.B. offen für die Jugend, z.B. offen für Quereinsteiger*innen und offen für alle Mitglieder die etwas bewegen möchten.

45

Gleichstellungs- bzw. Diversitybeauftragte bieten die Chance alle Menschen einer Partei gleichwertig mit ihren Ideen, Themen und Zielen einzubinden und hierbei eine Balance zwischen Tradition und Innovation zu gestalten.

Antragsbereich P / Antrag 13

Antragsteller: Bezirk Mittelfranken

Empfänger: Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Landesparteitag

P13: Frauenförderung in der Partei konsequent umsetzen!

Auch wenn zurzeit Martin Schulz für viele Neueintritte verantwortlich ist, so ist der Mitgliederschwund trotzdem nicht wegzudiskutieren. In der Partei herrscht zu wenig Wissen darüber, wie man Neumitglieder, vor allem aber junge Frauen wirbt. Wir fordern, dass die SPD für alle Vorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden aller Untergliederungen (vom Ortsverein bis Bundesebene/Bundestagsfraktion) Schulungen zur Neumitgliederwerbung mit Schwerpunkt Gewinnung junger Frauen anbietet, sowie aktive Frauenförderung in den jeweiligen Untergliederungen.

S Soziales und Gesundheit

Antragsbereich S / Antrag 1

Antragsteller: AfA Bayern

Empfänger: Bundesparteitag, Landesparteitag

S1: Für mehr Personal in unseren Krankenhäusern

Die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in unseren Krankenhäusern hat sich seit der Einführung der DRGs extrem verschlechtert. Die Gewerkschaft ver.di hat ermittelt, dass bundesweit 162.000 Stellen fehlen, davon etwa die Hälfte in der Pflege. In Bayern fehlen etwa 21.000 Vollzeitstellen,
5 davon ebenfalls etwa 10.000 Stellen in der Pflege.

Wir unterstützen die Forderung der Gewerkschaft ver.di nach einer gesetzlichen Personalbemessung. Seit Jahren arbeiten wir an dieser. So wird über alle Träger hinweg, unabhängig ob öffentliche, kirchliche oder private,
10 garantiert, dass sich die Arbeitsbedingungen verbessern.

Der Slogan von ver.di „mehr von uns ist besser für alle“, trifft zu. Denn wir wissen, dass die gesundheitliche Versorgung und deren Qualität der Bürgerinnen und Bürger von ausreichend Personal mit guten Arbeitsbedingungen
15 zu fairen Löhnen abhängig ist.

Bis zu einer gesetzlichen Regelung unterstützen wir ver.di auch in ihrer Ankündigung für einen Tarifvertrag Entlastung eintreten zu wollen. Wir fordern die Arbeitgeber, insbesondere den kommunalen Arbeitgeberverband
20 auf, in die Verhandlungen einzutreten.

ANNAHME

Antragsbereich S / Antrag 2

Antragsteller: UB München-Stadt

Empfänger: Bundesparteitag, Landesparteitag

S2: Kommunale Krankenhäuser besser finanzieren: Für eine humane Medizin in einem am Wohl der Menschen ausgerichteten Krankenhauswesen

- Wir fordern am Versorgungsbedarf ausgerichtete Organisationsstrukturen für kommunale Krankenhäuser. Der Wettbewerb um Personalkosten muss beendet werden.
- 5 • Wir fordern, kommunale Kliniken durch eine verbesserte Finanzierung in die Lage zu versetzen, ihren sozialen Auftrag der Daseinsvorsorge erfüllen zu können. Durch eine Abkehr von den Fallpauschalen in den Krankenhäusern und eine Reform der Finanzierung müssen vor allem kommunale Krankenhäuser mit ihrem umfangreichen Angebot der Grundversorgung gestärkt werden. Das Krankenhausfinanzierungsgesetz muss daher geändert werden.
- 10 • Wir fordern eine umfassende, wohnortnahe Versorgung mit Alters- und Palliativmedizin sowie bedarfsgerecht wesentlich mehr Hospize.
- Im Spannungsfeld von Patientenfürsorge, wirtschaftlicher Effizienz und öffentlichem Vertrauen muss der respektvolle Umgang mit allen Beteiligten – den Patienten und dem Personal in Medizin, Pflege und Verwaltung – Vorrang erhalten vor rein finanziellen Erwägungen. Dazu gehört insbesondere eine gesetzlich geregelte Personalbemessung und eine bessere Ausstattung mit Pflege-Fachpersonal.
- 15

20

Antragsbereich S / Antrag 3

Antragsteller: AfA Bayern

Empfänger: Bundesparteitag, Landesparteitag

S3: Zahnersatz und Brillen – Regelversorgung für alle kostenlos

Zahnersatz und Brillen müssen wieder in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung aufgenommen werden. Die gesetzlichen Krankenkassen müssen für alle Versicherten eine kostenlose Regelversorgung mit Zahnersatz und Brillen zur Verfügung zu stellen.

5

Begründung

Die gesetzliche Krankenversicherung sieht keine Leistungen für Brillen vor. Ferner werden Leistungen für Zahnersatz nur mit Festbeträgen bezuschusst. Selbst die Härtefallregelung führt in der Regel nicht zu einer kostenlosen
10 Versorgung. Die Härtefallregelung greift bei einem Netto-Einkommen ca. unter 880,00 €. Dieser Betrag entspricht kaum dem Betrag von SGB II-Leistungen (Jobcenter) und SGB XII-Leistungen (Sozialhilfe; Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit). Er liegt deutlich unter dem Selbstbehalt bei Unterhaltsverpflichtungen und unter dem Pfändungsfreibetrag
15 (ca. 1080,00 € mindestens). In Anbetracht steigender Mieten und sinkender Einkünfte, insbesondere auch sinkender Renten, bestehen Unterversorgungen in diesem Bereich in erheblichem Maße; d. h. Arme können sich keinen Zahnersatz und keine Brille leisten. Die Zuzahlungs-Beträge können häufig aus dem laufenden Einkommen nicht angespart werden. Dies hat zur Folge,
20 dass man die erforderliche Behandlung unterlässt oder dass zwangsläufig Schulden beim Arzt entstehen. Der Betrag bleibt dann entweder offen (dauerhafte Überschuldung) oder wird mühsam in Raten abgezahlt, was wiederum zu einer Einschränkung des zur Verfügung stehenden Einkommens führt. Bei Erwerbstätigen bzw. Arbeitssuchenden stellt sich hier auch
25 die Frage nach den Chancen im Arbeitsleben und bei der Vermittelbarkeit.

ANNAHME

Antragsbereich S / Antrag 4*Antragsteller: Bezirk Mittelfranken**Empfänger: Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Landesparteitag***S4: Altersarmut bekämpfen – Weiterentwicklung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung**

Zur Weiterentwicklung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung fordern wir folgende Änderungen im SGB XII:

ANNAHME

- 5 • Erhöhung der Freibeträge bei der Anrechnung der gesetzlichen Rentenversicherung, um einen Teil der gesetzlichen Rente zu erhalten.
- Wegfall der vollen Anrechnung von Zusatzrenten wie der Riesterreute und der betrieblichen Altersvorsorge und Einführung entsprechend hoher Freibeträge
- 10 • Verdoppelung des Schonvermögens (bisläng 2.600 €; ab 1.April 2017 5000 Euro) auf 10 000 Euro

Begründung

- 15 Derzeit sind etwa drei Prozent der Menschen im Alter auf Grundsicherung angewiesen, insbesondere Frauen. Dieser Anteil wird sich jedoch voraussichtlich bis 2019 verdoppeln: wegen unterbrochener Erwerbsbiographien und der Tatsache, dass – trotz der erfreulichen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nach 2005 – ein Teil der neuen Jobs im Niedriglohnbereich
- 20 entstanden ist.

Wer sein ganzes Leben zum Mindestlohn arbeitet, benötigt im Alter ergänzende Grundsicherung.

- 25 Eine Reform der gesetzlichen Rentenversicherung mit der geplanten doppelten Haltelinie (Garantie eines Mindestrentenniveaus bei gleichzeitiger Deckelung des Höchstbeitragssatzes) würde den Bezieherinnen von Minirenten derzeit nicht helfen, da der der kleine Mehrbetrag ihnen bei der Berechnung der ergänzenden Grundsicherung wieder abgezogen würde.
- 30

Alle, die ihr Arbeitsleben lang in die Rente eingezahlt haben, aber dennoch auf Grundsicherung angewiesen sind, sollen im Alter mehr erhalten, als diejenigen, die nie erwerbstätig waren. Wir begrüßen daher ausdrücklich

die geplante „Solidarrente“.

35

Gleichzeitig müssen aber auch die Bemessungsgrenzen und Freibeträge bei der Grundsicherung verbessert werden.

Antragsbereich S / Antrag 5

Antragsteller: Bezirk Mittelfranken

Empfänger: Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Landesparteitag, Landtagsfraktion

S5: Prävention gegen Spielsucht und Schutz von Spielsüchtigen

Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, eine strenge Umsetzung des Glücksspielvertrags in Bayern umzusetzen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, ein Gesetz zum Schutz vor Spielsucht zu schaffen und einzuführen.

5

Der gültige Staatsvertrag von 2009 regelt die Zuständigkeit in den Bundesländern, er wird z. B. von Berlin streng umgesetzt. Die Spielhallenflut muss gestoppt und die Spieler müssen durch Präventionsarbeit und neue Gesetze geschützt werden.

10

Begründung

In Deutschland gibt es 700.000 Spielsüchtige, 265.000 Geldspielgeräte sind über das ganze Land verteilt. Auch in Nürnberg gibt es sehr viele Spielstätten. Viele Existenzen und Familien werden durch die Krankheit Spielsucht zerstört, die „Karrieren“ enden oft im Suizid. Kinder und Jugendliche werden per Internet durch kostenlose Spiele angefüttert. Der volkswirtschaftliche Schaden wird langfristig auf 44 Milliarden EUR geschätzt.

15

In den Spielhallen lassen sich Geldwäsche und Steuerbetrug optimal umsetzen. Seit 2005 hat sich die Anzahl der Geräte verdoppelt und seitdem gibt es keine verbindlichen Zahlen über Auszahlungen an den Geräten.

20

Zwei Firmen besitzen 90 % der Geräte in Deutschland, sie spenden an Parteien und Politiker. Die Beschaffungskriminalität steigt, der Steuerzahler zahlt die Kosten für diese Krankheit mit.

25

ABLEHNUNG

Antragsbereich S / Antrag 6*Antragsteller: Bezirk Mittelfranken**Empfänger: Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Landesparteitag, Landtagsfraktion***S6: Kranken- und Pflegeversicherung als Bürgerversicherung**

Die verschiedenen Systeme der Kranken- und Pflegeversicherung sind in eine Bürgerversicherung umzuwandeln. Die Mitversicherung der Kinder muss wie bisher weiterhin kostenfrei sein, ebenso für Pflegende, die Menschen ab dem Pflegegrad der Stufe 3 versorgen.

5

Begründung

Die Gesundheits- und Pflegesysteme müssen solidarisch finanziert werden. Ungleichbehandlung und hohe, privat zu zahlende Beiträge, vor allem für alte und kranke Menschen, müssen durch eine einheitliche Bürgerversicherung abgeschafft werden. Zusatzleistungen (u.a. Chefarztbehandlung und Einzelzimmer) können weiterhin privat abgesichert werden. Als Bemessungsgrundlage müssen alle Einkunftsarten, wie Einkommen und Honorare der Selbständigen, Bezüge der Beamten, Diäten und Kapitalerträge gelten.

15 Die Beitragsbemessungsgrenze ist zu erhöhen.

ABLEHNUNGAntragsbereich S / Antrag 7*Antragsteller: Bezirk Mittelfranken**Empfänger: Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Landesparteitag, Landtagsfraktion***S7: Altersrente als Erwerbstätigenversicherung**

Die verschiedenen Rentenversicherungsträger müssen zu einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung zusammengefasst werden. Die Beitragsbemessungsgrenze muss deutlich – mindestens um 10 Prozent – erhöht werden.

5

Begründung

Die Höhe des jetzigen und prognostizierten Rentenniveaus der Gesetzlichen

ERLEDIGT

Rentenversicherung ist nicht weiter hin zu nehmen. Als Berechnungsgrundlage müssen alle Einkunftsarten herangezogen werden, auch die

10 jährlich rund 1,7 Mrd. Kapitalertrag der Quandt-Erben. Diese Forderung hat nichts mit Neid zu tun, denn die solidarische GRV muss demokratisch für alle Einkünfte, wie Kapital- und Mieteinkünfte, gelten. Außerdem sind die jeweiligen Berechnungsgrundlagen nicht solidarisch. Beamte erhalten ca. 70 % aus dem Einkommen der letzten Jahre plus Familienzuschlag.

15 Gesetzlich Versicherte bekommen eine Rente nach sogenannten Rentenpunkten, die im Laufe des gesamten Arbeitslebens gesammelt werden, es werden also auch die Einkommen von wenig verdienenden Berufsanfängern berücksichtigt. Der den Rentner immer wieder vorgehaltene sogenannte „Staatszuschuss“ zur gesetzlichen Rente, deckt nicht annähernd die ver-

20 sicherungsfremden Leistungen (u.a. Mütterrente), die der Rentenkasse entnommen werden.

Wir brauchen für alle Erwerbstätigen eine vor Armut schützende Versicherung!

Antragsbereich S / Antrag 8

Antragsteller: AG 60plus Bayern

Empfänger: Bundesparteitag, Landesparteitag

S8: Solidarische Rente – „Lebensstandardsichernde Rente für alle“

Wir setzen uns für eine solidarische Gesellschaft ein. Ein wesentlicher Teil dabei ist eine auskömmliche Rente, die die Lebensleistung der Bürgerinnen und Bürger in Arbeitswelt und Gesellschaft honoriert. Die solidarische gesetzliche Rente ist die entscheidende Säule unseres Rentensystems. Wir

5 wollen Sie wieder stärken. Sie ist der Kern einer lebensstandardsichernden Altersversorgung. Dieses System zukunftsfest zu sichern, ist die Garantie für eine breite Akzeptanz der solidarischen Finanzierung.

Wir fordern:

10

- Das Rentenniveau muss zunächst stabilisiert und auf 50 % erhöht werden
- Der Rentenbeitrag muss vollständig paritätisch finanziert werden (50 % Arbeitgeber und 50 % Arbeitnehmer)

ERLEDIGT

- 15 • Die gesetzliche Rentenversicherung muss für ein gutes Leben reichen
- Die Erwerbsminderungsrenten müssen gestärkt werden
- Wer 45 Jahre einbezahlt hat, muss mit 63 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen können
- Einführung einer Mindestrente für langjährig Beschäftigte ohne Bedürftigkeitsprüfung
- 20 • Versicherungsfremde Leistungen müssen steuerfinanziert werden, eine zusätzliche Finanzierung sollte über einen Anteil an der gesellschaftlichen Wertschöpfung erfolgen
- Perspektivisch wollen wir die Erwerbstätigenversicherung – einen Aufbau eines solidarischen Rentensystems für alle, damit alle gerecht und solidarisch ein gutes Leben im Alter finanzieren. Die erworbenen Bestände werden wir schützen
- 25 • Zeiten der Aus- und Weiterbildung wollen wir besser berücksichtigen.

30

Begründung

Die private Vorsorge hat die Erwartung, das sinkende Rentenniveau zu kompensieren, nicht erfüllt. Denn diese können sich nicht alle leisten.

- 35 Ihre Subventionierung aus Steuermitteln wollen wir bestandssichernd auslaufen lassen.

Besonderen Handlungsbedarf gibt es bei den Erwerbsminderungsrenten, die schon heute einem hohen Armutsrisiko unterliegen. Wir wollen die Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten abschaffen.

40

Wer lange gearbeitet und Beiträge gezahlt und dabei wenig verdient hat, der darf nicht genauso behandelt werden, wie jemand der nie oder kaum gearbeitet und Beiträge gezahlt hat.

45

Mit einer Mindestrente oberhalb der Grundsicherung wollen wir für mehr Gerechtigkeit sorgen. Wer Mindestrente bezieht, muss keine Bedürftigkeitsprüfung fürchten

- 50 Wir wollen eine Erwerbstätigenversicherung für alle, in die die Versorgungswerke integriert werden und in die Abgeordnete, Freiberufler, Selbständige und perspektivisch auch Beamte solidarisch einzahlen.

Antragsbereich S / Antrag 9

Antragsteller: UB Nürnberg

Empfänger: Bundesparteitag, Bundestagsfraktion

S9: Besserer Schutz von Betreuten

- 1) Sobald ein Betreuungsverfahren eingeleitet, eine Betreuung verlängert oder eine Betreuung erweitert werden soll, hat der/die Betroffene einen Rechtsanspruch auf einen Rechtsanwalt ihrer/seiner Wahl für den Verfahrenskostenhilfe unabhängig von der wirtschaftlichen Situation der/ des
- 5 Betroffener bewilligt wird.
- 2) Der/die Betroffene darf den/die Verfahrenspflegerin selbst bestimmen.
- 3) Das Betreuungsgericht ist an einem Gutachternvorschlag der/des Be-
- 10 troffener gebunden, wenn der/die GutachterIn qualifiziert und zu einer Begutachtung bereit ist.

ANNAHME**Begründung**

In Betreuungsverfahren existiert eine Zweiklassengesellschaft. Wer Geld

15 hat kann sich häufig erfolgreich gegen Betreuungen wehren. Er kann sich einen Anwalt leisten, auf eigene Kosten Privatgutachten anfertigen lassen und so erreichen, dass er als geschäftsfähig eingestuft wird.

Der Arme hat diese Möglichkeit nicht. Verfahrenskostenhilfe für Rechts-

20 anwältInnen wird häufig nicht bewilligt oder erst nach Beschwerde bei höheren Instanzen. AnwältInnen, die sich trotzdem für arme Mandanten einsetzen laufen Gefahr, selbst bei Erfolg kein Geld für ihre Arbeit zu erhalten. Die Motivation ist dementsprechend beschränkt.

25 Vom Gericht eingesetzte VerfahrenspflegerInnen sind aus finanziellen Gründen an einem guten Verhältnis mit dem Gericht interessiert.

Die Auswahl der GutachterIn entscheidet häufig über das Verfahren. Es gibt GutachterInnen, die praktisch immer von Geschäftsunfähigkeit ausgehen

30 und Gutachten am Fließband anfertigen und solche, die zu kritischeren Urteilen kommen oder fast nie Geschäftsunfähigkeit feststellen.

Das System ist ungerecht.

Antragsbereich S / Antrag 10

Antragsteller: UB Nürnberg

Empfänger: Bundesparteitag, Landesparteitag

S10: SGB V-Reform, damit Selbständige und Freiberufler sich freiwillig und ohne Mindestbeitrag im Verhältnis zu ihren Einkünften in der GKV krankenversichern können**ANNAHME IN DER FASSUNG DER ANTRAGSKOMMISSION**

Beantragt wird eine Reform des Sozialgesetzbuches V (SGB V) dergestalt, dass zukünftig Selbständige bzw. freiberuflich tätige Personen die Möglichkeit haben, sich

5 entsprechend, d.h. in Prozentwerten zu ihren monatlichen Einkünften, freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) versichern zu können, ohne dabei einen Mindestbeitrag zahlen zu müssen, wie es im

10 Moment der Fall ist. Dies soll auch im Konzept der Bürgerversicherung so ergänzt werden.

Begründung

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zahlen in Deutschland Beiträge in die gesetzliche Krankenversicherung. Dieser Beitrag ergibt sich anhand eines Prozentwertes X, der, multipliziert mit dem Einkommen, eine vertretbare Summe ergibt, die der oder die

20 Arbeitnehmer/-in monatlich in die GKV einzahlt. Übersteigt das Jahresgehalt die sogenannte Versicherungspflichtgrenze, kann der bzw. die Arbeitnehmer/-in sich auch privat versichern.

25 Bei Selbständigen oder Freiberuflern stellt sich der Sachverhalt jedoch anders dar. Sie

Einfügen vor Zeile 1: „Wir kämpfen für eine Bürgerversicherung. Solange diese nicht umgesetzt ist wird eine Reform des SGB V beantragt.“

Streiche Zeile 9 „Mindestbeitrag“ und ergänze „Sockelbeitrag“

fallen nicht in die Personengruppen, bei denen eine gesetzliche Versicherungspflicht besteht und können sich aussuchen, ob sie sich privat oder gesetzlich versichern. Entscheiden sie sich für die gesetzliche Versicherung, haben sie die Option, sich freiwillig in der GKV zu versichern. Das Problem ist hierbei, dass es einen Mindestbeitrag zu zahlen gilt, der, wenn man die Option für Krankengeld im Krankheitsfall beansprucht sowie die Pflegeversicherung hinzurechnet, teils mehrere hundert Euro betragen kann und somit die finanzielle Möglichkeit vieler Selbständiger und Freiberufler übersteigt. Betroffen sind hierbei insbesondere Personen, die äußerst geringe Einkünfte haben (d.h. unter 1000 Euro) und dann unverhältnismäßig viel Geld für ihre Krankenversicherung bezahlen müssen. Konkret fallen in diese Personengruppe ehemalige Studierende und Auszubildende, die noch keine Festanstellung gefunden haben und sich auf Selbstständigenbasis „über Wasser halten“, freie Autoren/-innen, die auf Honorarbasis für Tageszeitungen schreiben, Handwerker/-innen die einen stark schwankenden Umsatz haben, Reinigungskräfte, und viele andere Personen, für die das Solidarsystem der GKV nicht solidarisch genug gestaltet ist. Eine Umsetzung dieses Antrags könnte auch helfen, dass sich die weit über 100.000 Nicht-Krankenversicherten in die GKV begeben und somit die Möglichkeit haben, am Solidarsystem zu partizipieren oder dass sich Personen, die zu sehr schlechten Konditionen in einer privaten Krankenversicherung (PKV) versichert sind, aber bisher keine Möglichkeit sahen, sich in der GKV zu versichern, nun die entsprechende Möglichkeit dafür erhalten.

Antragsbereich S / Antrag 11*Antragsteller: UB Nürnberg**Empfänger: Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Bundesvorstand, Landesparteitag***S11: Mehr Gerechtigkeit wagen: Rentenformel ändern**

Die Bundestagsabgeordneten der SPD und der Bundesvorstand der SPD werden aufgefordert, die politische Initiative zu ergreifen und sich dafür einsetzen, dass bei der Berechnung der gesetzlichen Rente der Riester- und der Nachhaltigkeitsfaktor ersatzlos gestrichen werden. Damit kann

5 die zunehmende Ungerechtigkeit der Benachteiligung der Rentner*innen gestoppt werden. Es verletzt den SPD-Grundsatz der Gerechtigkeit, wenn die Rentner immer weniger am steigenden Wohlstand, also am steigenden Bruttoinlandsprodukt, beteiligt werden.

10 Begründung

Die Rente ist wieder zum Thema geworden. Am meisten diskutiert wird die zunehmende Altersarmut. Die Fakten sind für die Zukunft nicht zu leugnen. Das liegt daran, dass viele zukünftige Rentner*innen zu wenig Entgeltpunkte sammeln konnten, unter anderem deswegen, weil der Niedriglohnbereich

15 ausgebaut wurde.

Noch wichtiger ist aber die Rentenformel, die dazu führt, dass Beziehher*innen der gesetzlichen Rente schon heute von der steigenden Wohlstandsentwicklung abgehängt werden. Obwohl das Bruttoinlandsprodukt

20 ständig steigt, also Güter und Dienstleistungen immer mehr werden, kommt diese Entwicklung immer weniger bei den Menschen an. Davon betroffen sind vor allem Arbeitnehmer*innen. Besonders trifft es aber die Rentner*innen. Das liegt an der Rentenformel. Einmal dadurch, dass die Lohnentwicklung hinter der Produktivitätsentwicklung zurückbleibt, wie

25 viele Daten ohne Zweifel belegen. (u.a. Jahreswirtschaftsbericht Sachverständigenrat 2016). Die Lohnkomponente in der Formel ist also ein Grund dafür, der aber von der Politik kaum beeinflusst werden kann. Der andere Grund ist der ebenso in der Rentenformel enthaltene Faktor AV (Altersvorsorge, sprich private Riester- und Rüruprente) und die gesetzlich

30 festgelegte Festschreibung der Beitragssätze für Arbeitgeber. Dazu kommt der Nachhaltigkeitsfaktor, mit dem das Verhältnis Arbeitnehmer*innen zu Rentner*innen eingerechnet wird. Dieses Verhältnis wird durch die steigende Lebenserwartung ständig schlechter. Das sind politisch schnell

beeinflussbare Faktoren.

35

Die Rentenformel ist der Grund für die Abkoppelung der Rentner*innen von der Wohlstandsentwicklung. Das ist abzulesen an den Zahlen über die preisbereinigte Standardrente: Diese schwankt seit 2008 um 1080 €. Also ungefähr (je nach Verbraucherverhalten) ein Inflationsausgleich, aber keine

40 Beteiligung an der Wohlstandsentwicklung.

Dieses ungerechte Abdrängen der Rentner*innen ist volkswirtschaftlich nicht einzusehen, denn dadurch wird ihre Kaufkraft geschwächt, also ihre Nachfrage in der Volkswirtschaft.

45

Dazu ein Zitat von Winfried Schmähl, der 1986 – 2000 Vorsitzender des Sozialbeirats der Bundesregierung war

Die Entwicklung der Renten aus der GRV wird von der Lohnentwicklung abgekoppelt. Dazu dienen insbesondere verschiedene, in die Rentenberechnungs- und – anpassungsformel eingebaute „Faktoren“ (sogenannter „Riester-„ und „Nachhaltigkeitsfaktor“) wie auch die beitragsbefreite Entgeltumwandlung. Damit bleiben die Renten tendenziell immer weiter hinter der allgemeinen Lohn- und Einkommensentwicklung zurück und verlieren an Realwert. (ZeS- 50 Arbeitspapier Nr. 01/2011)

55

Diese politischen Entscheidungen führen zu Belastungen der Steuerzahler: „2015 erhielten Riester-Sparer etwa drei Milliarden Euro an Zulagen, seit dem Riester-Start 2002 zahlte der Staat 25 Milliarden Euro.“ SZ 11.07.16

60

Diese politischen Entscheidungen senken das Rentenniveau, denn Entgeltumwandlung und Betriebsrente werden nicht in die Lohnsumme eingerechnet. (Lohnkomponente der Rentenformel) Sie senken auch die Steuereinnahmen.

65

Gerechtigkeit als Markenzeichen der SPD wird schleichend ausgehöhlt.

Kapitaldeckung?

70 Die angeblich notwendige schrittweise Einführung von immer mehr Kapitaldeckung (neueste Variante: verpflichtende Betriebsrente) braucht hier nicht besonders tiefgehend erörtert zu werden, da sie die Gerechtigkeitsfrage nicht löst. Nur ein paar Hinweise: Die Analyse der Entwicklungen bei

75 der Riesterrente zeigt: die unteren Schichten der Bevölkerung können und wollen sich die 4% des Bruttolohnes (manche meinen, sie müsste auf 7% erhöht werden) nicht leisten.

80 Gesamtwirtschaftlich ist das Mackenroth-Theorem immer noch überzeugend: Die Versorgung der noch nicht Arbeitenden und die Versorgung der nicht mehr Arbeitenden muss immer aus der aktuellen Wirtschaftsleistung erbracht werden. Auch eine Einbeziehung der Weltwirtschaft löst das Problem nicht. Die Krisenanfälligkeit der Finanzmärkte betrifft auch andere Volkswirtschaften. Die weltweiten Anlagen der Fonds sind also keine Absicherung über Deutschland hinaus. Das Setzen auf das Ausland ist ferner
85 politisch gefährlich, wie schon die Diskussion um die Exportüberschüsse deutlich macht. Deutschland wird international immer mehr angegriffen, weil es allein die Interessen Deutschlands (von welchen Deutschen eigentlich?) vertrete.

90 Auch das berührt die Frage der Gerechtigkeit: andernorts steigt die Arbeitslosigkeit, weil „Wir“ Exportweltmeister sind. Kapitaldeckung bedeutet zukünftige Ansprüche an die jeweiligen Kreditnehmer. Wie sieht die Weltwirtschaft in 10, 20, 30 Jahren aus?

95 Kapitaldeckung verschärft also die internationale Gerechtigkeitsfrage.

Finanzierung?

100 Es ist gerecht, wenn alle Kapitaleinkommen herangezogen werden und den jeweiligen Beitragssatz entrichten. Dazu muss die Beitragsbemessungsgrenze aufgehoben werden. Die Auszahlung muss wie in der Arbeitslosenversicherung gedeckelt werden. Das ist rechtlich trotz des Äquivalenzprinzips möglich, denn der eigentumsrechtliche Anspruch auf die Rente betrifft nicht die Höhe, wie das Sinken des Rentenniveaus zeigt.

Antragsbereich S / Antrag 12

Antragsteller: Bezirk Mittelfranken

Empfänger: Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Bundesvorstand, Landesparteitag, Landtagsfraktion

S12: Gewinnung von Pflegekräften mit ausländischen Abschlüssen und Auszubildenden mit Migrationshintergrund

Der Parteitag der SPD Mittelfranken fordert den SPD Parteivorstand, die SPD Landtags- und Bundestagsfraktion auf, den Zugang für Pflegekräfte mit ausländischen Abschlüssen zum Arbeitsmarkt zu erleichtern und die Gewinnung von Auszubildenden mit Migrationshintergrund zu fördern.

5

Bei den Anerkennungsstellen müssen einheitliche und transparente Anerkennungs-Verfahren erarbeitet und umgesetzt werden.

Eine Gleichwertigkeit ausländischer Berufsabschlüsse mit dem deutschen Abschluss muss ermittelt werden.

10

Eine staatlich geförderte Initiative zur Gewinnung von auszubildenden mit Migrationshintergrund ist aufzulegen.

15 **Begründung**

Angesichts der steigenden Anzahl von Menschen mit Pflegebedarf und zur Sicherstellung der notwendigen medizinischen/pflegerischen Versorgung von Menschen mit Migrationshintergrund (z. B. Flüchtlinge aus Krisengebieten) kann Deutschland nicht mehr auf mehrsprachige und kultursensible

20 Fachkräfte im Gesundheitswesen verzichten!

ANNAHME

Antragsbereich S / Antrag 13

Antragsteller: Bezirk Mittelfranken

Empfänger: Bundestagsfraktion, Landesparteitag, Landesvorstand, Landtagsfraktion

S13: Einrichtung eines steuerfinanzierten Ausgleichsfonds durch die Bundesländer zur Sicherung der Finanzierung der beruflichen Ausbildung in der Pflege bei Einführung des Pflegeberufereformgesetzes durch die Bundesregierung

Der Landesverband der BayernSPD fordert den SPD Parteivorstand, die SPD Bundestagsfraktion, den SPD Landesvorstand und die SPD Landtagsfraktion auf, einen steuerfinanzierten Ausgleichsfonds durch die Bundesländer einzurichten, um die Finanzierung der beruflichen Ausbildung in der Pflege abzusichern, bei Einführung des Pflegereformgesetzes durch die Bundesregierung.

Dieser steuerfinanzierte Ausgleichsfonds ist finanziell so auszustatten, dass es möglich ist, tatsächlich entstandene Finanzierungsdefizite jährlich länderbezogen auszugleichen.

Begründung

Die im Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Pflegeberufereformgesetz (§33) festgelegte Verteilung und Regelung zur Aufbringung des Finanzierungsbedarfs erfolgt mittels Prozentanteilen:

„57,2380 % für Krankenhäuser

30,2174 % Einrichtungen der stationären Langzeitpflege (Pflegeeinrichtungen)

und ambulante Pflegeeinrichtungen (ambulante Pflegedienste)

8,9446 % durch das jeweilige Bundesland

3,6 % durch Direktzahlung der sozialen Pflegeversicherung“

Da zumindest in den Anfangsjahren die tatsächlichen Kosten nicht bekannt sind und Kostensteigerungen erst mit erheblicher Verzögerung umgelegt werden können, muss der Ausgleichsfond die realen Finanzierungslücken jährlich auffangen.

ABLEHNUNG

Antragsbereich S / Antrag 14*Antragsteller: Bezirk Mittelfranken**Empfänger: Bundestagsfraktion, Bundesvorstand, Landesvorstand, Landtagsfraktion***S14: Sofortige Aufhebung der Aussetzung der Förderung (SGB III) für die Ausbildung zum/zur Pflegefachhelfer/in (Altenpflege)**

Der Landesverband der BayernSPD fordert den SPD Parteivorstand, die SPD Bundestagsfraktion, den SPD Landesvorstand und die SPD Landtagsfraktion auf, sich für die sofortige Aufhebung der Aussetzung der Förderung (SGB III) für die Ausbildung zum/zur Pflegefachhelfer/in (Altenpflege) einzusetzen.

ANNAHME

5

Im Hinblick auf die weiterhin problematische Personalentwicklung in der Altenpflege müssen alle staatliche Möglichkeiten zur Gewinnung von Auszubildenden ausgeschöpft werden.

- 10 Durch die Förderung der Ausbildung zur Pflegefachhelferin/zum Pflegefachhelfer in der Altenhilfe stand (in Form einer Ausnahmeregelung) bis zum 31.03.2016 ein Instrument zur Verfügung, das es insbesondere Frauen und Männern ohne mittleren Berufsabschluss ermöglichte, eine über die Arbeitsagentur geförderte Pflegeausbildung (1jährige Ausbildung) zu absolvieren, die dann wiederum die Voraussetzung zur dreijährigen Ausbildung (Pflegefachkraft) darstellt.
- 15

Begründung

- 20 Jährlich werden statistische Zahlen der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege über Schülerinnen und Schüler, die mit Hilfe der Förderung nach SGB III die Ausbildung zum/zur Pflegefachhelfer/in (Altenpflege) absolvieren, erhoben.

- 25 Im vergangenen Schuljahr lag der Wert bei fast 30 %. Ohne diese Förderung ist es für bestimmte Personengruppen (z. B. alleinerziehende Mütter, Flüchtlinge, Berufsrückkehrer/innen, Umschüler/innen) schwer bis gar nicht möglich, diese Ausbildung zu wählen bzw. zu beginnen.

- 30 Des Weiteren steigen 30 – 50 % der Absolventinnen und Absolventen der Ausbildung zum/zur Pflegefachhelfer/in in die Ausbildung zum/zur Altenpfleger/in ein.

Hier spielen insbesondere die Zugangsvoraussetzungen eine entscheidende Rolle. Die erfolgreich abgeschlossene Ausbildung zum/zur Pflegefachhelfer/in (Altenpflege) befähigt dazu, auch ohne mittleren Bildungsabschluss die Ausbildung zum/zur Altenpfleger/in zu durchlaufen.

Über diesen „Weg“ rekrutieren wir bis zu 50 % der Schülerinnen und Schüler für die Ausbildung zur Fachkraft. Ein nicht unerheblicher Teil würde demnach auch hier wegfallen.

Diese Entwicklung kann keinesfalls im Interesse der SPD sein!

Antragsbereich S / Antrag 15

Antragsteller: Bezirk Mittelfranken

Empfänger: Landesparteitag, Landtagsfraktion

S15: Pilotprojekt – Drogenkonsumräume für Bayern

Der bayerische Landtag möge beschließen, dass die Staatsregierung von der Ermächtigungsklausel in §10a Abs. 2 des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG) Gebrauch macht. Es soll eine auf mindestens fünf Jahre zeitlich begrenzte Rechtsverordnung erlassen werden, die die Einrichtung von Drogenkonsumräumen erlaubt. Somit bietet sich die Möglichkeit Pilotprojekte für Drogenkonsumräume zu starten und die daraus resultierenden Entwicklungen für die örtliche und bayerische Drogenszene zu beobachten.

ANNAHME

Begründung

Die Einrichtung eines Drogenkonsumraumes dient Konsumenten von psychoaktiven Drogen wie Heroin, die intravenösen Gebrauch betreiben, dazu den Konsum in einem von Fachpersonal beaufsichtigten Umfeld zu verlagern. Dadurch erhält die ansässige Drogenberatung die Möglichkeit in Kontakt mit den Konsumenten zu treten, den Konsumenten Hilfe anzubieten bei der Bewältigung ihrer Drogensucht, ihnen Informationen zum inhalativen Konsum bereit zu stellen sowie medizinisch einzuschreiten beim Konsum einer Überdosis.

Drogenkonsumräume gibt es mittlerweile in Hamburg, Berlin, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, der Schweiz, den Niederlanden, Spanien, Australien und Kanada.

25 Auch wenn die wissenschaftliche Beobachtung von Drogenkonsumräumen noch relativ am Anfang steht, gibt es mittlerweile mehrere Studien, die eine positive Entwicklung bescheinigen. So werden innerhalb der Konsumräume Todesfälle aufgrund einer Überdosierung vom medizinischen Fachpersonal verhindert, was beim Konsum auf der Straße oder in Wohnungen nicht der Fall ist.

30 Die Akzeptanz bei den Konsumenten ist sehr hoch. Dies wurde durch Umfragen bestätigt und ist auch daran zu erkennen, dass die Konsumräume bereits kurz nach der Öffnung intensiv genutzt werden.

35 Drogenkonsumräume sind keine rechtsfreien Räume, da in ihnen das Bundesrecht, Landesrecht und die kommunalen Rechtsvorschriften gelten. Der Konsum von Heroin ist straffrei. Nicht jedoch der Besitz. Wobei bei einer geringen Menge von drei Konsumeinheiten von einer Strafverfolgung abgesehen werden kann.

40 Aufgrund der hohen Zahl von Drogentoten in Bayern, etwa jeder vierte Drogentote in Deutschland stirbt im Freistaat, ist es an der Zeit dem etwas entgegen zu setzen. Die Einrichtung von Drogenkonsumräumen ist ein wichtiger Schritt, um die Sterberate deutlich zu reduzieren und mit Hilfe von zeitlich befristeten Pilotprojekten kann dies erreicht werden. Sollte wider Erwar-
45 ten die Analyse des Projekts in Summe negativ ausfallen, besäße die zukünftige Landesregierung die Möglichkeit die Erlaubnis nicht weiter zu verlängern.

Antragsbereich S / Antrag 16

Antragsteller: Bezirk Mittelfranken

Empfänger: Bundesparteitag, Landesparteitag

S16: SGB V-Reform, damit Selbstständige und Freiberufler sich freiwillig und ohne Mindestbeitrag im Verhältnis zu ihren Einkünften in der GKV krankenversichern können

Beantragt wird eine Reform des Sozial- | erledigt durch S10

gesetzbuches V (SGB V) dergestalt, dass zukünftig Selbständige bzw. freiberuflich tätige Personen die Möglichkeit haben, sich
5 entsprechend, d.h. in Prozentwerten zu ihren monatlichen Einkünften, freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) versichern zu können, ohne dabei einen Mindestbeitrag zahlen zu müssen, wie es im
10 Moment der Fall ist. Dies soll auch im Konzept der Bürgerversicherung so ergänzt werden.

Begründung

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zahlen in Deutschland Beiträge in die gesetzliche Krankenversicherung. Dieser Beitrag ergibt sich anhand eines Prozentwertes X, der, multipliziert mit dem Einkommen, eine vertretbare Summe ergibt, die der oder die
15 Arbeitnehmer/-in monatlich in die GKV einzahlt. Übersteigt das Jahresgehalt die sogenannte Versicherungspflichtgrenze, kann der bzw. die Arbeitnehmer/-in sich auch privat versichern. Bei Selbständigen oder Freiberuflern stellt sich der Sachverhalt jedoch anders dar. Sie fallen nicht in die Personengruppen, bei denen eine gesetzliche Versicherungspflicht besteht und können sich aussuchen, ob sie sich privat
25 oder gesetzlich versichern. Entscheiden sie sich für die gesetzliche Versicherung, haben sie die Option, sich freiwillig in der GKV zu versichern. Das Problem ist hierbei, dass es einen Mindestbeitrag zu zahlen gilt, der,
35 wenn man die Option für Krankengeld im Krankheitsfall beansprucht sowie die Pflegeversicherung hinzurechnet, teils mehrere hunderte Euro betragen kann und somit die finanzielle Möglichkeit vieler Selbständiger und Freiberufler übersteigt. Betroffen sind
40 hierbei insbesondere Personen, die äußerst

geringe Einkünfte haben (d.h. unter 1000 Euro) und dann unverhältnismäßig viel Geld für ihre Krankenversicherung bezahlen müssen. Konkret fallen in diese Personengruppe ehemalige Studierende und Auszubildende, die noch keine Festanstellung gefunden haben und sich auf Selbstständigenbasis „über Wasser halten“, freie Autoren/-innen, die auf Honorarbasis für Tageszeitungen schreiben, Handwerker/-innen die einen stark schwankenden Umsatz haben, Reinigungskräfte, und viele andere Personen, für die das Solidarsystem der GKV nicht solidarisch genug gestaltet ist. Eine Umsetzung dieses Antrags könnte auch helfen, dass sich die weit über 100.000 Nicht-Krankenversicherten in die GKV begeben und somit die Möglichkeit haben, am Solidarsystem zu partizipieren oder dass sich Personen, die zu sehr schlechten Konditionen in einer privaten Krankenversicherung (PKV) versichert sind, aber bisher keine Möglichkeit sahen, sich in der GKV zu versichern, nun die entsprechende Möglichkeit dafür erhalten.

Antragsbereich S / Antrag 17

Antragsteller: AfA Bayern

Empfänger: Landesparteitag

S17: Gerechtigkeitsmanifest Profil schärfen – sozialdemokratischen Aufbruch gestalten

Im internationalen Vergleich steht die Bundesrepublik gut da. Qualifizierte Arbeit, hohe Unternehmensgewinne, günstige Bedingungen auf den Finanzmärkten wirken aktuell positiv auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt.

5 Gleichzeitig treffen die Folgen von Kriegen, Konflikten und Krisen auch unser Land. Deren Ursachen liegen vor allem in wachsenden Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zwischen Regionen und Staaten sowie innerhalb der einzelnen Staaten. Weltweit öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich,

ERLEDIGT

10 Schwach und Mächtig immer weiter. Zu erheblichen Teilen trägt unsere
Wirtschaftsweise mit ihrem Streben nach Profitmaximierung und Export-
überschüssen einen hohen Anteil der Verantwortung an dieser Entwicklung.

15 Auch in Deutschland nehmen Defizite und Ungerechtigkeiten zu: Woh-
nungsmangel, regionale Ungleichgewichte, Lücken in den sozialen Siche-
rungssystemen von Gesundheit über Arbeitslosenversicherung bis zur
Altersvorsorge, ein ausgedünnter öffentlicher Dienst und viel zu geringe In-
vestitionen in Daseinsvorsorge und Infrastruktur, insbesondere im sozialen
Wohnungsbau – um nur einige Stichworte zu nennen.

20 Die Fluchtbewegungen geben konservativen und reaktionären Kräften bei
uns Gelegenheit, von den Ursachen dieser Probleme abzulenken und die
politische Tagesordnung mit nationalistischen und fremdenfeindlichen
Diskursen zu bestimmen. Sie benutzen die Nöte und Ängste, um zu spalten
und zu entsolidarisieren.

25

Während sich ein großer Teil der Bevölkerung sorgt, werden die Reichen und
Superreichen immer reicher. Sie entziehen sich immer mehr gesellschaft-
licher und staatlicher Kontrolle. Diese wachsende Kluft zwischen Arm und
Reich gefährdet unsere Demokratie, unseren Rechtsstaat, die Freiheit und
30 den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Gerade in dieser Zeit ist eine Sozialdemokratie gefordert, die klar für Ge-
rechtigkeit steht.

35 Wir wollen das Vertrauen in das sozialdemokratische Versprechen nach
einer menschlicheren, gerechteren und friedlichen Gesellschaft erneuern.

40 Die SPD darf ihren Gestaltungswillen als Partei der sozialen Gerechtigkeit
nicht aufgeben. Es reicht nicht, vor Wahlen die soziale Karte unter immer
neuen Überschriften zu ziehen, sondern jetzt kommt es darauf an, neue
Glaubwürdigkeit zu erarbeiten.

45 Die SPD muss Orientierung bieten und einen klaren Führungsanspruch mit
neuen Mehrheiten erheben: Gegen politische Resignation und Spaltung der
Gesellschaft. Für Vertrauen in Inhalt und Handeln der Sozialdemokratie.

Wichtige Eckpunkte künftigen Regierungshandelns müssen daher sein:

50

Unser Land durch Investitionen zukunftsfest machen

Deutschland braucht mehr Investitionen. Neben den Investitionen in Verkehrssysteme, Energiewende, IT-Infrastruktur und Gebäude gilt es, auch
55 in soziale Infrastruktur zu investieren: in Gesundheit und Pflege, Bildung, Kultur, sozialen Wohnungsbau sowie gezielte Forschung in gesellschaftlich notwendige Projekte. Dadurch wird die aktive Rolle des Staates gestärkt.

60 Die SPD muss dafür sorgen, dass

- vom öffentlichen Sektor entscheidende Impulse ausgehen. Liberalisierung und Privatisierung sind keine Antwort auf die öffentliche Verschuldung und Finanzknappheit. Bund, Länder und insbesondere die Kommunen brauchen für ihre Aufgaben ausreichend eigene Mittel.
65

- man sich mit der Schuldenbremse und dem Fiskalpakt in der gegenwärtigen Form nicht abfindet, denn beides wirkt in Deutschland und Europa als Investitionsbremse. Die Schuldenbremse durch Einwerbung privaten Kapitals zu umgehen, ist inakzeptabel. Dies wäre nicht nur wesentlich teurer als eine direkte Aufnahme von Staatsanleihen, sondern es würde die demokratische Handlungsfähigkeit des Staates einschränken und ihn von privaten Geldgebern abhängig machen. Wir fordern deshalb
70 die endgültige Abschaffung der Schuldenbremse und setzen uns für eine Neuauflage des Fiskalpakts ein, wobei auch hier die Möglichkeit der Staatsverschuldung deutlich zu erleichtern ist.

- die Nachfrage durch Stärkung der Masseneinkommen zunimmt, da sich nur dann eine private Investitionsdynamik entfalten wird.
75

80

Die wachsende Ungleichheit ist derzeit die stärkste Investitionsbremse. Mehr Binnennachfrage gerade in wirtschaftlich starken Ländern wie Deutschland durch Erhöhung der Arbeitseinkommen und der öffentlichen Investitionen ist somit nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern des
85 wirtschaftlichen Erfolges in der Zukunft.

Recht auf gute Arbeit schaffen, Rente lebensstandardsichernd und paritätä-

tisch gestalten, Gesundheit solidarischer finanzieren

90

Wir wollen ein Recht auf gute Arbeit, Bildung und Ausbildung für alle schaffen. Es geht zunächst um die menschliche Gestaltung der Arbeitswelt.

Dies bedeutet neue Initiativen zur Humanisierung der Arbeit, insbesondere mit Blick auf die Digitalisierung von Industrie und Dienstleistungen und

95

den Umwälzungsprozess in der gesamten Wirtschaft. Dies erfordert die Reduzierung von Belastungen, Verkürzung und Begrenzung von Arbeitszeiten

und systematischen betrieblichen Gesundheitsschutz, besonders mit Blick auf die zunehmenden psychischen Erkrankungen. Die vielfach beschworene

Flexibilität hat sich an den Interessen der Beschäftigten zu orientieren und

100

kann sich nur auf dem Boden von sicheren Arbeitsplätzen und sozialer Sicherheit entfalten.

Die SPD muss

105

- die Mitbestimmung in Betrieben und Verwaltungen ebenso wie die europäische und globale Mitbestimmung in internationalen Konzernen ausbauen helfen,

110

- den begonnenen Weg von Mindestlohn, Stärkung der Tarifautonomie, Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen, einer

Reform der Hartz-Gesetzgebung in Richtung einer Arbeitsversicherung mit Verlängerung des ALG-I-Bezuges und gezielten Programmen gegen

verhärtete Langzeitarbeitslosigkeit weitergehen. Sachgrundlose Befristungen sind abzuschaffen und Befristungsgründe einzuschränken. Den

Mindestlohn wollen wir dynamisieren und armutsfest machen, wirksam kontrollieren, durch ein Verbandsklagerecht stärken sowie die Aus-

115

nahmen abschaffen. Wir brauchen rechtliche Klarstellungen, um Lücken wie die Anrechnung von Sonderzahlungen zu schließen.

- die Differenz zwischen Arbeitsentgelten von Frauen und Männern durch ein wirksames Lohngerechtigkeitsgesetz schließen,

120

- dafür sorgen, dass Wert und Würde jeder Ausbildung und Arbeit anerkannt und entgolten werden; dies erfordert einen gesetzlichen und

finanziellen Rahmen für die Aufwertung von Humandienstleistungen, erzieherischer und sozialer Arbeit; ein wichtiger Schritt dazu ist die

Umsetzung des Parteitagsbeschlusses zur arbeits-, tarif- und mitbestimmungsrechtlichen Gleichstellung von ArbeitnehmerInnen im kirch-

125

lichen Bereich

- die Qualifizierungsoffensive (Aus- und Weiterbildung), vor allem durch Systematisierung und Zertifizierung der beruflichen Weiterbildung,

130 Weiterentwicklung des Berufsbildungsgesetzes, Mindestausbildungs-
vergütung, Recht auf bezahlte Qualifizierungen, Finanzierung auch
durch Branchen- und regionale Fonds aus betrieblichen Umlagen fort-
setzen.

- dass ein Konzept zur Anerkennung von ausländischen Berufsausbildung
und Studium in Deutschland ausgearbeitet wird

135

Wir brauchen endlich die BürgerInnenversicherung in der Kranken- und
Pflegeversicherung

- die alle Einkommensarten einbezieht, paritätisch finanziert ist und in
140 der die Beitragsbemessungsgrenze entsprechend angehoben wird,
- um über eine gerechte solidarische Finanzierung auch die Versorgung-
sicherheit und Versorgungsqualität und die Zugänge zum medizini-
schen Fortschritt für jede Bürgerin und jeden Bürger zu garantieren.

145 Unser Ziel in der Rentenpolitik ist die Erwerbstätigenversicherung für alle,
unabhängig vom Status als ArbeitnehmerIn, BeamtIn oder Selbständige.
Notwendige Schritte dorthin müssen sofort nach der nächsten Bundestags-
wahl erfolgen.

150 Das gesetzliche Rentenzugangsalter soll gesenkt werden. Um der Altersar-
mut zu entgehen, darf kein faktischer Zwang entstehen, bis 67 oder darüber
hinaus zu arbeiten.

Wir werden

155

- die umlagefinanzierte, solidarische gesetzliche Rente (GRV) wieder zur
Hauptsäule der Altersvorsorge machen. Sie darf nicht zur Grundsiche-
rung verkommen, muss also den Lebensstandard sichern. Dies geht nur
mit einem gesetzlichen Rentenniveau deutlich oberhalb von 50 %. Dazu
160 sind die derzeit wirksamen Abschlagsfaktoren abzuschaffen.

160

- die staatlichen Mittel für die Altersvorsorge in der gesetzlichen Renten-
versicherung bündeln, also z. B. die Riesterrente bei Vertrauensschutz
für bestehende Verträge abschaffen. Es darf keine neuen Subventionen
und staatliche Anreize für kapitalgedeckte Systeme welcher Art auch
165 immer geben. Die Finanzierungslücke ab etwa 2020 ist durch den Bun-
deszuschuss (u. a. aus freie Mittel Riester und Mütterrentenzuschuss)
und die vom DGB vorgeschlagene Reserve wegen der Bevölkerungsent-
wicklung (Demografiereserve) zu schließen. Die Rücklagen der gesetzli-

170 chen Rentenversicherung wollen wir für den Bau bezahlbarer Wohnun-
gen im Eigentum der GRV investieren.

- Renten wegen voller Erwerbsminderung müssen ungeschmälert ge-
zahlt werden

175 • Durch Europa sozialen Frieden garantieren

180 Ungerechte Sparpolitik, Rückschritte in der europäischen Sozial- und Ar-
beitsmarktpolitik sowie das Aushebeln von Arbeitnehmerrechten haben
Europa entsolidarisiert. Fiskalunion, Binnenmarkt, „Strukturreformen“ neo-
liberaler Prägung funktionieren momentan als ideologischer Kitt, wirken
aber als Sprengsätze für den Zusammenhalt der EU.

185 Demgegenüber müssen die Handlungsfähigkeiten der Staaten gesichert
werden. So hat das deutsche Beispiel gezeigt, dass Konjunkturprogramme
und gleichberechtigtes Zusammenwirken der Tarif- und Betriebsparteien
Krisen überwinden helfen. Daher sind Investitionen auf EU-Ebene in Energie,
Forschung, Bildung, Kultur, Infrastruktur, den Schutz der Umwelt und den
Arbeitsmarkt, vor allem für junge Menschen, ebenso unverzichtbar wie im
Inland.

190

Die SPD muss

195 • in allen Ländern Europas einen nachhaltigen Wachstumskurs fördern,
nicht auf noch härteren Sparmaßnahmen setzen. Dies ist nicht nur
wirtschaftlich richtig, sondern auch politisch unbedingt notwendig, da
nur so die Menschen wieder Vertrauen in die europäische Idee und ih-
re europäischen Partner gewinnen können. Eine Union, die für Privati-
sierung, Rentenkürzungen, fehlende Krankenversicherung und gesell-
schaftliche Verarmung steht, wird niemals bei den Bürgerinnen und Bür-
gern Erfolg haben können. Wir sind überzeugt davon, dass die Bürgerin-
nen und Bürger diesen politischen Ansatz mitgehen werden, wenn wir
ihn konsequent als Leitidee gegen Neoliberalismus und gegen den neu-
en Nationalismus stellen.

200 • die soziale Dimension der EU weiter stärken und insbesondere in der Eu-
rozone die sozialen mit den wirtschaftlichen Rechten gleichstellen. Eine
europäische Sozialunion beinhaltet auch Mindeststandards für Arbeit-
nehmerInnenrechte, Sicherungssysteme und Mitbestimmung. Gleiche
Arbeit am gleichen Ort ist gleich zu behandeln.

- 210 • alle Anforderungen, die zu TTIP, TISA und CETA vom SPD-Parteitag beschlossen wurden ernstnehmen. Diese Bedingungen sehen wir bisher nicht annähernd umgesetzt. Viele Menschen erwarten gerade von der SPD, dass wir ihre Interessen wahren und nicht Märkte und InvestorInnen besser behandeln als Menschen und Umwelt. Die Beteiligung vieler Menschen an der Debatte über die Handelsabkommen darf auch als Erfolg gewertet werden. Wir werden es nicht zulassen, dass Parlamente durch ein vorläufiges Inkrafttreten solcher Abkommen ausgehebelt werden.

220

Humanität und Verantwortung in der Politik für Geflüchtete zeigen

225 Unsere Politik für Geflüchtete muss von Humanität und Verantwortung gegenüber Menschen in Not geprägt sein. Humanitäre Hilfe ist eine ethische Verpflichtung.

Die SPD muss sich dafür einsetzen, dass

- 230 • legale und vor allem sichere Wege für Geflüchtete nach Europa geschaffen werden. Spezielles Augenmerk gilt hier besonders schutzbedürftigen Personen wie Frauen, Kindern und Menschen mit besonderen Bedürfnissen, ebenso bei deren Unterbringung.
- 235 • Grenzzäune für Geflüchtete verhindert und bereits errichtete abgebaut werden. Der Schutz, den das Grundgesetz politisch Verfolgten garantiert, bleibt unantastbar, das Asylrecht wird nicht weiter ausgehöhlt.

Wie für keine andere Partei ist dies wegen ihrer Überzeugung und ihrer Geschichte für die Sozialdemokratie politische Verpflichtung.

240

- dass geschlechtsspezifische Fluchtgründe anerkannt werden.

245 Geflüchteten muss die Möglichkeit gegeben werden, sich zügig integrieren zu können. Schlüssel für Integration sind gute Bildung, Ausbildung und Arbeit. Dies setzt wiederum gute Sprachkenntnisse voraus.

Die SPD muss dafür sorgen, dass

- Finanzmittel für Eingliederung der Jobcenter erhöht werden, um Ge-

250 flüchtete mit einer Bleibeperspektive bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu unterstützen. Die Aufstockung dieser Mittel dient allen Langzeitarbeitslosen und ist zu einem Gesamtkonzept eines öffentlich geförderten Arbeitsmarktes zu verdichten.

255 • keine Konkurrenzsituation zwischen Geflüchtete und anderen Arbeitnehmerinnen wie Arbeitnehmern entstehen. Einer Absenkung des Mindestlohns für Geflüchtete, auch auf dem Umweg über 1-€-Jobs, Praktika oder der Kennzeichnung als Langzeitarbeitslose, treten wir entschieden entgegen. Auch wenn es zur Einschränkung oder Abschaffung der Vorrangprüfung kommt, muss die Prüfung der Arbeitsbedingungen durch die Arbeitsverwaltung erhalten werden.

260 • ausreichend Sprach-, Alphabetisierungs- und Integrationskurse angeboten und zügig besucht werden können. Kinderbetreuung soll dabei angeboten werden.

265

Friedenspolitik aktiv gestalten

Friedenspolitik, muss die Ursachen von Konflikten, Gewalt und Kriegen benennen und bekämpfen. Auch hier geht es um Gerechtigkeit, Ausgleich,
270 Abbau von wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeiten, Folgen von Handelsbeziehungen und Klimawandel. Wer von Friedensschaffung und Friedenssicherung reden will, darf über eine gerechte Gestaltung der Globalisierung nicht schweigen. Die vielbeschworene „Verantwortung Deutschlands in der Welt“ darf nicht als Vorwand für immer neue und
275 intensivere militärische Einmischungen benutzt werden, sondern muss vor allem präventiven und diplomatischen Charakter haben.

Die SPD muss sich dafür einsetzen, dass

- 280 • eine drastische Reduzierung der geplanten Aufrüstungspläne der Bundesverteidigungsministerin in Höhe von 130 Mrd. Euro bis 2030 vorgenommen wird,
- die eingegangenen Verpflichtungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (0,7 % des Bruttoinlandprodukts) eingehalten werden,
- 285 • die Sustainable Development Goals (SDGs) seitens der Bundesrepublik (Nachhaltigkeitsziele, soziale Entwicklung weltweit) konsequent umgesetzt werden, z. B. durch verbindliche Regelungen in den Handelsbeziehungen, die diese Ziele für alle Unternehmen durchsetzen und kontrollierbar machen,

- restriktive Regelungen der deutschen Rüstungsexport-Politik und deren Durchsetzung auch auf europäischer Ebene gesetzlich verankert werden.

Eine sozialdemokratische Außenpolitik muss die zivile Krisenprävention in den Mittelpunkt stellen und ausgleichend wirken. Weder darf die Isolationspolitik gegen Russland noch der Waffenexport in kriegstreibende Länder wie Saudi-Arabien fortgesetzt werden. Sowohl im Welthandel wie bei der Durchsetzung von Recht und Gerechtigkeit brauchen wir globale Institutionen anstelle neuer Blockbildungen.

300

Steuern durch gerechte Steuern

Steuern dienen der Finanzierung der Staatsaufgaben, dem Ausgleich großer Einkommens- und Vermögensungleichheiten und der Lenkung wirtschaftlicher Aktivitäten, weg von schädlichen und gefährlichen egoistischen, hin zu gesellschaftlich wertvollen Zielen.

Zur Zukunftssicherung bedarf es wieder einer sozialdemokratischen Steuerpolitik mit einer

- sozial ausdifferenzierten Einkommenssteuer mit einem höheren Spitzensteuersatz bei Entlastungen im Eingangsbereich. Insbesondere müssen GeringverdienerInnen entlastet werden und der kalten Progression deutlich entgegen geschritten werden,
- Kapitalbesteuerung mit dem persönlichen Einkommenssteuersatz. Hierbei ist die Abgeltungssteuer abzuschaffen. Stattdessen sollen Kapitalerträge auf das Einkommen angerechnet werden und progressiv gemäß dem Einkommenssteuersatz besteuert werden. Eine Besserstellung von Kapitaleinkünften gegenüber Lohneinkünften lehnen wir ab,
- Wiedereinführung der Besteuerung großer Vermögen,
- Erbschafts- und Schenkungssteuer, die Betriebsvermögen so behandelt, dass reinvestierte Gewinne berücksichtigt werden, um Arbeitsplätze und Wertschöpfung zu sichern, dem Gleichheitsbehandlungsgrundsatz des Bundesverfassungsgerichts gerecht wird.
- steuerlichen Gleichstellung aller Familienformen mit Einführung einer Individualbesteuerung
- und einer europäischen Finanztransaktionssteuer.

330 Die SPD muss sich dafür einsetzen, dass

- der Kampf gegen Schattenbanken und Steueroasen konsequent weitergeführt wird. Im Besonderen muss der Steuerflucht der Großkonzernen Einhalt geboten werden, hierzu fordern wir die Etablierung von Bundessteuerfahndern,
- 335 • die Kapital- und Unternehmensbesteuerung in der EU mit Mindeststeuersätzen, wie es sie bei Verbrauchssteuern bereits gibt, harmonisiert wird
- 340 • ein Finanz-TÜV bei der Zulassung neuer Finanzprodukte eingeführt wird,
- die Bund-Länder-Finanzbeziehung nach dem Solidarprinzip reformiert wird.
- die Finanzbehörden – auch personell – so ausgestattet werden, dass sie das geltende Recht wirksam durchsetzen können

M Migration & Integration

Antragsbereich M / Antrag 1

Antragsteller: Jusos Bayern

Empfänger: Bundesparteitag, Landesparteitag

M1: Migration is A Human Right – Für ein progressives Einwanderungsgesetz

Die Gestaltung unserer Einwanderungsgesellschaft, von Einwanderung, gleichberechtigter Teilhabe und Integration aller gehört zu den großen Zukunftsaufgaben. In der politischen Debatte mehren sich die Stimmen für ein Einwanderungsgesetz. Wir Jusos fordern ein modernes Einwanderungsgesetz, das nicht dazu beiträgt Deutschland und Europa weiter abzuschotten. Ein solches Gesetz soll Anreize zur Einwanderung schaffen und diese möglichst erleichtern und nicht dazu dienen den Arbeitsmarkt zu „schützen“. Es soll Menschen, die – aus welchen Gründen auch immer – nach Deutschland kommen wollen, die Möglichkeit geben, dies legal zu tun und dabei auch noch die größtmögliche Unterstützung bei der Integration und dem Aufbau eines neuen Lebens geben. Wir sind der Überzeugung, dass es in der Einwanderungs- und Integrationspolitik einen Perspektivwechsel braucht. Die bisherige Politik, die vor allem auf Abschottung setzt und darauf abzielt Menschen die die hier Asyl suchen möglichst schnell abzuschieben, ist gescheitert.

Vielmehr müssen Integrationshürden abgebaut und bedürfnisspezifische Integrationsangebote geschaffen werden. Wir wollen ein Einwanderungsgesetz, das unseren sozialdemokratischen Ansprüchen genügt. Wir lehnen ein rein nachfrageorientiertes Einwanderungsgesetz ab, das sich ausschließlich am angeblichen ökonomischen Wert eines Menschen orientiert. Es muss Einwanderungschancen für alle Menschen geben.

Deutschland ist ein Einwanderungsland, das ist eine unbestrittene Tatsache. Auf der einen Seite brauchen wir Einwanderung (und zwar nicht nur von Hochqualifizierten) und auf der anderen Seite ist es die Pflicht einer modernen Demokratie, allen die Möglichkeit zu geben in dieser zu leben.

Nichtsdestotrotz darf Immigration für Deutschland nicht nur aus Eigennutz geschehen. Der Leitgedanke hinter jedem Einwanderungsgesetz sollte der Wunsch nach einer offenen Gesellschaft, jenseits von Nationalitäten

und Abstammung sein. Wir wollen, dass Menschen einwandern können, weil es ihnen etwas bringt – nicht, weil es wirtschaftlich sinnvoll ist. Zudem dürfen bereits immigrierte Menschen hier nicht als Arbeitskräfte
35 zweiter Klasse behandelt werden. Dies gilt für Geflüchtete wie auch für Migrant*innen. Wer hier arbeitet, genießt selbstverständlich auch alle Rechte, die Arbeitnehmer*innen in Deutschland haben, völlig unabhängig von Staatsangehörigkeit, Sprachkenntnissen oder Aufenthaltsdauer.

40 Selbiges muss natürlich auch für alle anderen Rechte gelten. Wer hier lebt, muss beispielsweise auch hier wählen dürfen. Schließlich muss er*sie sich auch an die hier geltenden Gesetze halten. Und es ist nun einmal Kern einer jeden Demokratie, dass alle über die Gesetze mitentscheiden können.

45 Einwanderung ist in unseren Augen keine nationale Angelegenheit. Aus diesem Grund ist in der Migrationspolitik eine Lösung auf europäischer Ebene nötig. Die sogenannte Blue Card der Europäischen Union ist gescheitert. Sie ist viel zu selektiv und baut sehr hohe Hürden auf. Liegt ein deutscher, in Deutschland anerkannter oder gleichwertiger Hochschulabschluss vor, und
50 kann ein Arbeitsplatz bzw. ein Arbeitsplatzangebot mit einem Jahreseinkommen von über 48.400 EUR (37.752 EUR für Mangelberufe) nachgewiesen werden, so kann ein befristeter Aufenthaltstitel erlangt werden.

Das entsprechende Einkommen entspricht einem Monatslöhner von über
55 4000 EUR (über 3100 EUR für Mangelberufe). In die EU einzuwandern wird dadurch sehr unattraktiv, weshalb sich die Anzahl der beantragten Blue Cards sehr in Grenzen hält. Wir lehnen eine durch solche Hürden geschaffene Zwei-Klassen-Einwanderung entschieden ab.

60 Innerhalb der Europäischen Union muss eine neue Debatte über die Vorzüge und Chancen von Einwanderung in Gang gebracht werden. Ein deutsches Einwanderungsgesetz kann als Grundlage für einen solchen Diskurs dienen. Außerdem sollten sich die deutsche Bundesregierung im Rat der Europäischen Union und die deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament
65 für eine Lösung auf EU-Ebene einsetzen.

WARUM WIR EIN PUNKTESYSTEM ABLEHNEN

70

Aufgrund von wirtschaftlichen Überlegungen wird aktuell ein Punkte-

system nach kanadischem oder australischem Vorbild als Grundlage für die Einwanderung diskutiert. Auch die SPD-Bundestagsfraktion, vor allem in Person Thomas Oppermann, favorisieren eine solche Variante. Doch
75 Einwanderung an Alter, Bildungsstand, Herkunft oder Arbeitsplatzzusage zu knüpfen, lehnen wir entschieden ab.

Ein Einwanderungsgesetz nach unseren Vorstellungen darf Menschen nicht nach der Nützlichkeit für die deutsche Wirtschaft beurteilen. Denn zum
80 einen ist die Suche nach einem Arbeitsplatz bei Weitem nicht der einzige Grund, warum Menschen nach Deutschland immigrieren wollen. Zum anderen widerspricht die Beurteilung von Menschen nach ihrer ökonomischen Verwertbarkeit unserem sozialdemokratischen Menschenbild. Der Glaube, man könne Engpässe auf dem Arbeitsmarkt mit

85 restriktiver und begrenzender Zuwanderungspolitik entgegenwirken, ist falsch und macht Menschen zu gesichtslosen Kalkulationsgrößen, die man wie alle anderen Rohstoffe auch nach Belieben importieren bzw. exportieren kann. Und gibt es plötzlich einen Überschuss in einer Berufsbranche, werden
90 Visa nicht verlängert, die Einreisehürden z.B. für Angehörige verschärft und damit Familien auseinandergerissen und Lebenspläne zerstört. Und das alles nur zum Wohle der deutschen Wirtschaft.

Unser Bild von Einwanderung kommt nicht der Wirtschaft zugute, sondern
95 dem Menschen. Wir möchten eine freie und offene Gesellschaft, an der jede*r teilhaben kann, der*die das möchte. Abgesehen davon zementiert das Abwerben von hochqualifizierten Arbeitskräften die globale Ungleichheit und schränkt deren Herkunftsländer in ihrer Entwicklung ein. Migration ist immer auch der Ausdruck von wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit und
100 oft Folge der verfehlten Außen- und Handelspolitik westlicher Industrienationen, insbesondere auch Deutschlands. Doch es geht nicht nur um die ökonomische Perspektive, sondern es gibt auch andere, persönliche Gründe, die Menschen zum Ein- bzw. Auswandern bewegen. Ein Wirtschaftssystem, das ausgelegt ist, die Armen ärmer und die Reichen reicher zu machen, wird
105 es allerdings nie schaffen eine menschenwürdige Einwanderungspolitik zu gestalten.

Deshalb bleibt unser langfristiges Ziel die Überwindung von Nationalstaaten und eine klassenlose, diskriminierungsfreie Gesellschaft. Die Grenzen
110 Deutschlands und Europas müssen offen sein für alle Menschen, nicht nur für besonders Wohlhabende oder Gebildete. Jeder und jede die oder der

dauerhaft in Deutschland leben möchte, sollte auch ein uneingeschränktes Bleiberecht bekommen.

115

HÜRDEN ABBAUEN – EINWANDERUNG ERLEICHTERN

Für uns steht fest, wer in ein Land einwandern möchte, sollte das Recht und die Möglichkeit dazu bekommen – unabhängig von Bildungsstand oder ähnlichen Kriterien. Über die Entscheidung, wer und ob jemand nach Deutschland einwandert oder nicht, liegt einzig und allein beim Individuum selbst und nicht beim Staat. Weder Staat noch Wirtschaft können über die Zukunft eines Menschen entscheiden. Im Gegenteil, wir sehen den systematischen Abzug von ausgebildeten Fachkräften aus Ländern mit erheblichen eigenen Entwicklungsdefiziten kritisch. Ein solcher Abzug wird begünstigt durch ein Einwanderungsgesetz, das aufgrund des wirtschaftlichen Nutzens bewertet. Um die Möglichkeit zur zwischenzeitlichen Rückkehr und des wirklichen Wissensaustauschs zu fördern, wollen wir eine Wiederkehr nach Deutschland ohne Verlust erworbener Rechtspositionen ermöglichen.

Zudem soll auch die gegenseitige Anerkennung von Ansprüchen aus den jeweiligen Sozialversicherungen ermöglicht werden. Wer nach Deutschland kommen darf und wer nicht, soll nicht von irgendwelchen Arbeitsverträgen oder dem Bedarf in Mangelberufen abhängen. Vielmehr hat der Staat in unseren Augen eine Verantwortung für alle hier lebenden Menschen unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft oder der Zeitspanne, in der sie sich hier aufhalten. Selbstverständlich bedarf es Regelungen, die darüber entscheiden, wer Sozialleistungen bezieht und wer nicht. Doch dieses Kriterium sollte die soziale Bedürftigkeit und nicht die eigene Herkunft sein.

Deshalb fordern wir gleiche Rechte für alle! Migrant*innen sollen ab dem ersten Tag die gleiche mögliche finanzielle Unterstützung bekommen wie deutsche Staatsbürger*innen, unabhängig vom Arbeits- bzw. Ausbildungsvertragsstatus.

Das durch die Einwanderung erworbene Aufenthaltsrecht darf weder zeitlich befristet, noch an Einschränkungen/Auflagen jeglicher Art geknüpft sein. Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse ist weiter zu verbessern. Die Möglichkeiten zur partiellen Nachqualifizierung sind bisher

nicht ausreichend und die finanziellen Belastungen durch Gebühren im Anerkennungsverfahren deutlich zu hoch und bundesweit uneinheitlich geregelt.

155

Berufs- und Hochschulabschlüsse aus dem Ausland müssen auch in Deutschland anerkannt werden. Um im Zweifelsfall Bedenken aufgrund des gleichen Niveaus aus der Welt schaffen zu können, werden freiwillige Fortbildungskurse für alle Branchen angeboten. Fortbildungen, die für die bisherigen Arbeitnehmer*innen verpflichtend waren, wie zum Beispiel Hygiene- und Sicherheitsschulungen, sind auch für Neuangestellte verpflichtend. Die Arbeitgeber*innen sind an den Kosten dieser Kurse angemessen zu beteiligen. Migrant*innen, die bereits ein Studium begonnen haben, sollten dieses in Deutschland ohne Unterbrechung fortführen können.

165

Um Migrant*innen die Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, sollen begleitende Maßnahmen geschaffen werden.

170

INTEGRATIONSANGEBOTE SCHAFFEN

Die jetzigen Zuwanderungsregeln sind zu komplex und machen die Integration von Einwanderungswilligen sehr schwer. Neben formalen Problemen sehen sich Einwanderwillige oft Rassismus und Diskriminierung ausgesetzt. Strukturelle Diskriminierung beim Zugang zu Bildung, zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und zu sozialen Dienstleistungen müssen beseitigt werden. Dem könnte das anonymisierte Bewerbungsverfahren, was für ein allgemein faireres Bewerbungssystem sorgen würde, entgegensteuern. Zudem fordern wir für alle Menschen die gleichen Rechte beim Zugang zu Arbeitsmarkt und Gesundheitssystem. Das von uns geforderte Einwanderungsgesetz, das zwar zunächst nur in die bundesdeutsche Gesetzgebung einfließen würde, könnte allerdings auch als Grundlage für ein europäisches Einwanderungsgesetz fungieren.

185

Gerade auch auf EU-Ebene sind die Regelungen sehr elitär und ermöglichen nur hochqualifizierten und bestverdienenden Nicht-EU-Bürger*innen den Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt. Die in Anlehnung an die US-amerikanische Green Card sogenannte Blue Card erfordert ein konkretes Arbeitsplatzangebot, ein abgeschlossenes und anerkanntes Hochschul-

190

studium und ein bestimmtes Bruttojahresgehalt. Dadurch ist leider der allergrößte Teil der potenziellen Einwanderer*innen von brauchbaren Regelungen ausgeschlossen.

195

Integration ist ein dauerhafter Prozess, der mit dem Einreisewillen beginnt und nicht durch eine Prüfung gemessen werden kann oder beendet wird. Wir betrachten die bisherigen Hürden nicht nur als Einwanderungs- sondern auch als Integrationshindernis. Deshalb fordern wir eine Entschlackung des bürokratischen Prozesses, um nicht den Einwanderungs- und Integrationswillen zu brechen und um die Integration von Migrant*innen bestmöglich zu erleichtern. Es braucht ein integrationspolitisches Gesamtkonzept, das sowohl Angebote zum Erlernen der deutschen Sprache und Maßnahmen zur Eingliederung in das Bildungs- und Beschäftigungssystem beinhaltet, als auch Initiativen zur Förderung der Akzeptanz in der Bevölkerung und der Bekämpfung von Rassismus.

Zu den notwendigen Integrationsangeboten für die Einwanderer*innen gehören u.a. eine umfassende Integrationsberatung, eine sozialpädagogische Begleitung und eine Kinderbetreuung für die Dauer der Integrationsmaßnahmen, als auch Basis- und Aufbausprachkurse. Ziel muss es sein, soziale und gesellschaftliche Benachteiligungen zu bekämpfen und eine eigenständige Lebensführung zu ermöglichen.

Ein Einwanderungsgesetz muss also demzufolge einen Rechtsanspruch auf Integrations- und Sprachkurse beinhalten, um jedem*jeder dieses Angebot bieten zu können, sind diese Kurse kostenfrei zu gestalten. Dafür ist natürlich auch ein Bemühen der deutschen Behörden erforderlich, denn Integration ist keine Einbahnstraße und kann nicht von den Einwanderer*innen allein gestemmt werden. Es bedarf einem breiten Ausbau der Integrationskurse, Investitionen in die Ausbildung von Deutschlehrer*innen, Weiterentwicklung von erfolgreichen Integrationsmodellen u.v.m.

Die bisherigen Möglichkeiten nach Deutschland einzuwandern sind sehr komplex und schwer zu durchschauen. Für viele gibt es nur eingeschränkte Möglichkeiten für eine langfristige Bleibeperspektive. Angesichts verschiedenster Aufenthaltstitel fehlt es an Klarheit und Transparenz, weshalb es dringend rechtliche Verbesserungen braucht. Denn Deutschland ist ein Einwanderungsland und muss dies auch endlich so kommunizieren. Also müssen Erleichterungen auch klar nach außen beworben werden, damit jede und jeder, der oder die nach Deutschland einwandern will, auch über

die eigenen Rechte Klarheit bekommt.

Zudem wollen wir die Möglichkeiten für junge Menschen verbessern nach
235 Deutschland einzuwandern, um sich hier ausbilden zu lassen. Es soll inhaltliche und sprachliche Vorbereitungskurse geben, auch um über die Rechte als Auszubildende*r oder Arbeitnehmer*in aufzuklären.

Das Problem der Entstehung von Parallelgesellschaften sehen wir als nicht
240 gegeben an. Wir lehnen die Vorstellung einer Mehrheitsgesellschaft und einer dazu gehörigen Leitkultur ab, da sich die Gesellschaft aus diversen parallel existierenden Milieus konstituiert.

Die Koppelung des Wahlrechts an die Staatsbürgerschaft empfinden wir als
245 ungerecht und überholt. In einer modernen, multikulturellen Gesellschaft sollten Staatsbürgerschaften keine Rolle mehr spielen. Alle Menschen, die in Deutschland leben, sollten auch hier wählen dürfen. Nach der Ummeldung des Wohnsitzes innerhalb Deutschlands darf man nach drei Monaten an den Wahlen teilnehmen. Diese Regelung sollte auch für die Einwanderer*innen
250 aus dem Ausland gelten. Wir fordern das uneingeschränkte Wahlrecht für alle Menschen!

255 REFUGEES WELCOME – GEGEN KAPITALISTISCHE VERWERTUNGSLOGIK

In den letzten Wochen und Monaten beherrschte die Debatte über Personen mit Fluchthintergrund unsere Nachrichten. Während sich die Politik über die notwendigen Bedingungen für das Erlangen des Flüchtlingsstatus
260 zerstritt, populistische Rufe nach Grenzschließung die Runde machten und Forderungen nach einer Obergrenze oder Flüchtlingskontingenten bis hin in die politische Mitte wucherten, wurde die humanitäre Notwendigkeit der Hilfe für Menschen auf der Flucht gänzlich außer Acht gelassen. Stattdessen plädierten Politiker*innen, insbesondere der Union aber auch der Sozialdemokratie, für die Vergabe des Asylstatus nach dem Windhundverfahren
265 und machten damit aus einem Asylrecht auf Basis des Menschenrechts ein Asylrecht auf Basis des Glücksspiels. Das Recht auf Asyl darf im Zuge eines modernen Einwanderungsgesetzes nicht weiter angetastet werden.

270 Außerdem fordern wir die Rücknahme, der Asylrechtsverschärfungen und damit die Wiederherstellung eines menschenwürdigen Rechts auf Asyl.

Zuwanderung, die zum Teil ökonomisch begründet wird, darf nicht gegen den Schutz von Geflüchteten und humanitäre Pflichten ausgespielt werden. Die wirtschaftliche Verwertbarkeit darf bei der Entscheidung über Asyl
275 keine Rolle spielen.

WIR FORDERN:

- 280 • ein modernes Einwanderungsgesetz, das nicht dazu beiträgt Deutschland und Europa weiter abzuschotten
- Sozialleistungen auch für Migrant*innen ab dem ersten Tag – die gleichen Rechte für Migrant*innen beim Zugang zu Arbeitsmarkt und Gesundheitssystem
- 285 • schnelle und unbürokratische Möglichkeiten der Einwanderung – das uneingeschränkte Wahlrecht für alle Menschen, die in Deutschland leben – die Anerkennung bzw. Anrechnung von ausländischen (Hochschul-)Abschlüssen in Deutschland
- ein ausreichendes Angebot an freiwilligen Fortbildungskursen, Integrationsberatungen, sozialpädagogischer Begleitung, Kinderbetreuung für
290 die Dauer von Integrationsmaßnahmen, Basis- und Aufbausprachkursen
- die Rücknahme, jeglicher Asylrechtsverschärfungen und damit die Wiederherstellung eines menschenwürdigen Rechts auf Asyl
- 295 • ein Einwanderungsgesetz, das unseren sozialdemokratischen Ansprüchen genügt

Antragsbereich M / Antrag 2

Antragsteller: UB Nürnberg

Empfänger: Bundestagsfraktion, Landtagsfraktion

M2: Keine kalte Kommunalisierung der Integrationskosten – Bundesmittel an bayerische Kommunen weiterleiten!

Wir fordern eine Weiterleitung der bisher für die Integration von geflüchteten Menschen zur Verfügung gestellten Bundesmittel an die bayerischen Kommunen.

ANNAHME

5 Des Weiteren bitten wir die Mitglieder der SPD-Fraktionen im Deutschen Bundestag und im Bayerischen Landtag, sich für eine weitere Entlastung der Kommunen von den Integrationskosten einzusetzen.

Künftig sollen vom Bund zur Verfügung gestellte Mittel den Kommunen
10 ohne Verzug weitergeleitet werden. Der Umweg über die Länderebene soll nach Möglichkeit vermieden werden und eine direkte Zuteilung erfolgen.

Begründung

Die Integration der zu uns geflüchteten Frauen, Männer und Kinder ist eine
15 gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu deren Gelingen jede politische Ebene einen ihren Fähigkeiten und ihrer Verantwortung entsprechenden Beitrag leisten muss.

Die bayerischen Städte und Gemeinden leisten einen entscheidenden
20 Beitrag, um den Integrationsprozess der neu Zugewanderten erfolgreich zu gestalten, der weit über die reine Unterbringung hinausgeht.

Sie unternehmen immense Anstrengungen bei der Schaffung von Wohn-
raum, Bildungs- und Kinderbetreuungsinfrastruktur, bei der Arbeitsmarkt-
25 integration und der Bereitstellung von Freizeitmöglichkeiten. In den Jahren 2015 und 2016 haben sie in großem Umfang Personal eingestellt und sind finanziell in Vorleistung gegangen.

Verhandlungen zwischen Bund und Ländern hatten zum Ergebnis, dass
30 der Bund für die Jahre 2016 bis 2018 die flüchtlingsbedingten Kosten der Unterkunft übernimmt, die insgesamt mit 2,6 Milliarden Euro veranschlagt sind. Dazu kommen 2017 und 2018 jeweils 500 Millionen Euro für den Wohnungsbau.

Für diese Folgekosten bei der Integration von Flüchtlingen stellt die
35 Bundesregierung den Ländern und Kommunen, in Form einer jährlichen Integrationspauschale in Höhe von zwei Milliarden Euro, von 2016 bis 2018 insgesamt sechs Milliarden Euro zur Verfügung.

Für die Weiterverteilung an die Städte, Gemeinden und Landkreise sind
40 die Länder zuständig. Die bayerische Staatsregierung weigert sich jedoch bisher, den Kommunen zu geben, was ihnen zusteht.

Die kommunalen Spitzenverbände haben der Staatsregierung auf deren
45 Bitte hin bereits vor mehreren Monaten eine umfassende Aufstellung
der kommunalen Integrationskosten vorgelegt, die allerdings bis heute
nicht ausreichend berücksichtigt wurde. Die Präsidenten von Städte-
und Gemeindetag, Dr. Ulrich Maly und Uwe Brandl, fordern nachdrück-
lich eine direkte Weiterleitung eines Teils des Bundeszuschusses an die
50 Städte und Gemeinden und warnen vor einem drohenden Verlust der
Handlungsfähigkeit der bayerischen Kommunen. So betonte Gemeindeg-
tagspräsident Brandl in einem gemeinsamen Pressestatement Anfang
Januar: „Wir merken jetzt, dass das, was wir an Mitteln bekommen haben,
bei Weitem nicht ausreicht, um die Kosten der Integration zu stemmen
55 (...) Wenn nicht künftig Bundesmittel direkt an die Städte und Gemeinden
durchgereicht werden, dann wird es mit der Integration schwierig“ (siehe:
[http://www.sueddeutsche.de/bayern/nuernberg-kommunen-wollen-
mehr-geld-fuer-integration-1.3319326](http://www.sueddeutsche.de/bayern/nuernberg-kommunen-wollen-mehr-geld-fuer-integration-1.3319326), 03.01.2017)

60 Die SPD Nürnberg unterstützt unseren Oberbürgermeister und unsere
Abgeordneten im bayerischen Landtag bei ihrem beharrlichen Einsatz
dafür, die Kommunalisierung der Integrationskosten zu beenden und die
Kommunen in angemessener Höhe an den für diesen Zweck zur Verfügung
gestellten Bundesmitteln zu beteiligen. Geld, das von den Kommunen für
65 die Folgekosten bei der Integration von Flüchtlingen dringend benötigt
wird, darf ihnen von der bayerischen CSU-Staatsregierung nicht länger
vorenthalten werden. Durch das Bayerische Integrationsgesetz werden
den Kommunen zusätzliche, mit Kosten verbundene Aufgaben übertragen.
Finanzierungszusagen für diese Kosten hat die Staatsregierung bisher
70 ebenfalls nicht gegeben.

Zudem halten wir es für unerlässlich, auf Bundesebene nachdrücklich für ei-
ne weitere finanzielle Unterstützung der bayerischen Kommunen bei der Be-
wältigung der Integrationsaufgaben zu werben.

E Europa und Internationales

Antragsbereich E / Antrag 1

Antragsteller: UB Miesbach

Empfänger: Landesparteitag

E1: Stopp aller Waffenlieferungen an Saudi-Arabien

ANNAHME IN DER FASSUNG DER ANTRAGSKOMMISSION

Wir fordern den Wirtschaftsminister, den Außenminister und alle anderen SPD-Mitglieder der Bundesregierung auf, dafür zu sorgen, dass die Bundesregierung unabhängig von bestehenden Verträgen einen sofortigen Stopp aller Waffenlieferungen an Saudi-Arabien beschließt und durchsetzt.

Begründung

10 Laut vieler unabhängiger Berichte (z.B. Amnesty International) begehen Saudi-Arabien und die anderen Mitglieder der Anti-Huthi-Koalition Kriegsverbrechen gegen die Huthi-Bevölkerung im Jemen (Luftangriffe auf Wohngebiete, Schulen und Märkte, Zerstörung von Krankenhäusern, Einsatz international geächteter Waffen).

20 Außerdem verkörpert Saudi-Arabien ein autoritäres, menschenverachtendes System, das Frauenrechte mit Füßen tritt, und dem jegliche militärische Unterstützung zu verweigern ist.

25 Saudi-Arabien weiterhin Waffen zu liefern bedeutet nicht nur eine eklatante Verletzung der Exportbestimmungen der Bundesregierung, sondern auch einen nicht hinzuneh-

streiche Zeile 1: „den Wirtschaftsminister, den Außenminister und alle anderen SPD-“

und ersetze durch „die Mitglieder“

30 menden Verrat an wichtigen humanistischen
Prinzipien unserer Partei.

Antragsbereich E / Antrag 2

Antragsteller: AfA Bayern

Empfänger: Bundesparteitag, Landesparteitag, S&D-Fraktion im EP

E2: Wachstum stärken – Ungleichgewichte abbauen – Wirtschaftspolitik europaweit koordinieren

Die Ursachen der Euro-Krise beseitigen: Für eine tragfähige und soziale Architektur der Eurozone

ANNAHME

5 Die bisherigen Lösungsansätze zur Überwindung der Eurokrise verfehlen die eigentlichen Ursachen, gehen zu Lasten der Lebens- und Arbeitsperspektiven vieler Millionen Menschen, schaffen kein ausreichendes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum und bedrohen auf diese Weise den Bestand der Währungsunion und der EU als Ganzes. Ein Auseinanderbrechen der Eurozone würde unvorhersehbare wirtschaftliche Risiken für Europa und die Weltwirtschaft bedeuten. Von der damit verbundenen politischen Dimension eines gespaltenen Europa ganz zu schweigen. Als Europapartei der ersten Stunde werden Sozialdemokraten eine Spaltung Europas niemals akzeptieren. Es ist die historische Aufgabe der SPD, neu aufkeimenden, rückwärtsgewandten Nationalismus entschlossen in die Schranken zu
10 weisen.
15

20 Doch dazu muss Europa endlich einen sozialverträglichen Pfad aus der Eurokrise einschlagen und die gravierenden Konstruktionsfehler der Währungsunion konsequent beseitigen:

– Die Kritik an einer einseitig auf Kürzungen der Lohn- und Sozialeinkommen abzielenden Politik reicht quer durch sämtliche ökonomische Schulen, wie die Tagung der Wirtschaftsnobelpreisträger im Juli 2014 in Lindau eindrucksvoll dokumentiert hat. Europa braucht vordringlich eine gemeinsame Wachstums- und Investitionsstrategie, eine Rückkehr zum Primat der
25 Politik gegenüber den Finanzmärkten, mehr Koordinierung und Harmonisierung sowie institutionelle Reformen. Notwendige Strukturreformen zur Überwindung von je besonderen nationalen Entwicklungsblockaden

(z.B. Immobiliensektor in Spanien, effektive Verwaltungen in Italien oder
30 Griechenland, Bekämpfung von Korruption und Steuerhinterziehung u.a.)
können ihre Wirksamkeit am besten entfalten, wenn sie in eine Wachstumsstrategie eingebettet sind.

Die Webfehler der Währungsunion bestehen in der mangelnden politi-
35 schen Koordination der makroökonomischen Größen und in der Insti-
tutionalisierung einer neoliberalen Wirtschaftsdoktrin. Mit Blick auf die
Leistungsbilanzen, die Lohn- und Inflationsentwicklung sowie auch auf die
Steuerharmonisierung muss der sukzessive Abbau der bestehenden Un-
gleichgewichte konsequent ins Visier genommen werden. Die wirtschafts-
40 und steuerpolitische Integration muss entscheidend vertieft, Europa mithin
zu einer echten Wirtschafts- und Sozialunion weiterentwickelt werden.
Eine regelgebundene Finanzpolitik und Schuldenabbau sind in diesem
Rahmen unverzichtbar. Doch genau deshalb müssen sich Sozialdemokraten
in ganz Europa auf den Weg machen, eine zum Dogma geronnene und im
45 Kern neoliberale Austeritätspolitik zu überwinden. Denn die neoliberale
Wirtschaftsdoktrin generiert aufgrund ihrer einseitigen Sparfixierung viel
zu wenig Investitionsdynamik und Wirtschaftswachstum. Sie versperrt
damit vor allem den Krisenstaaten die Möglichkeit, sukzessive aus der
Verschuldung herauswachsen zu können. Zudem geht die Austeritäts-
50 politik immer nur zu Lasten der Lohn- und Sozialeinkommen der breiten
Schichten und führt zum drastischen Abbau von Arbeitnehmer- und Ge-
werkschaftsrechten. Europa braucht deshalb einen wirtschaftspolitischen
Paradigmenwechsel für mehr Wachstum und Investitionen und eine dauer-
haft tragfähige Architektur der Eurozone.

55

60

Ein sozialverträglicher Wachstumspfad aus der Eurokrise ist möglich.

65 I. Ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Europa

Es kommt entscheidend darauf an, europaweit abgestimmt für mehr
realwirtschaftliches Wachstum zu sorgen, damit die Staaten sukzessive aus
der Verschuldung herauswachsen können. Europa braucht dringend eine

europaweit koordinierte Wachstumsstrategie – etwa in Anlehnung und
70 Fortschreibung der alten Pläne zum Ausbau der europäischen Infrastruktur
von Jaques Delors. Der Juncker-Plan ist dafür kein Ersatz: Er zeigt zwar
die richtige Einsicht, dass mehr Investitionen nötig sind, beschränkt sich
dazu aber auf Umdeklarierung von Haushaltsmitteln und setzt auf die
Hebelwirkung von Kreditmärkten, die gerade ihre Unfähigkeit erweisen,
75 produktive Investitionen in Gang zu setzen.

Insbesondere für die Krisenländer gilt: ohne Wachstum keine Steuerein-
nahmen, ohne Steuereinnahmen keine erfolgreiche Konsolidierung. Diese
Länder müssen deshalb wieder auf einen Wachstumspfad zurückkehren
80 können. Dieser Weg muss durch ein europäisches Programm für öffentliche
Zukunftsinvestitionen unterstützt werden. Damit ein solches Investi-
tionsprogramm tatsächlich eine spürbare Wirkung auf die europäische
Wirtschaft hätte, müsste es ausreichend groß dimensioniert sein. Das
Ausgabevolumen sollte dabei mindestens ein Prozent des Euro-Zonen-BIP,
85 also rund 100 Milliarden Euro jährlich ausmachen. Gefordert ist in diesem
Zusammenhang eine investitionsfördernde Reform des Fiskalpaktes. Denn
die geltenden Fiskalregeln der EU ebenso wie die

Vorgaben zur Haushaltssanierung durch die ESM-Programme und den IWF
90 haben dazu geführt, dass in den vergangenen Jahren öffentliche Ausgaben
in einer Art und Weise gekürzt wurden, die das Wirtschaftswachstum in
Europa sowohl von der Angebots- als auch von der Nachfrageseite stark
belastet. So wurden unter anderem Ausgaben für öffentliche Investitionen
in Infrastruktur ebenso massiv gekürzt wie Bildungsausgaben und öffentli-
95 che Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Sowohl in Deutschland als
auch in der Eurozone insgesamt liegen die öffentlichen Nettoinvestitio-
nen (also Bruttoinvestitionen abzüglich Abschreibungen für Abnutzung)
nun im negativen Bereich. Sprich: die öffentliche Infrastruktur verfällt
zusehends. Nach allen Erkenntnissen der neueren Wachstumstheorie sind
100 allerdings gerade diese Ausgaben besonders wichtig für die Effizienz einer
Volkswirtschaft, ihren technologischen Fortschritt und das mittelfristige
Wachstumspotential. Ein europäisches Wachstumsprogramm muss deshalb
entschieden daraufsetzen, diese öffentlichen, produktivitätssteigernden
Ausgaben wieder zu erhöhen.

105

II. Ausgleich von Leistungsbilanzungleichgewichten durch mehr Binnen-

nachfrage

110

Entscheidende Wachstumsimpulse für die Eurozone müssen von den Überschussländern ausgehen. Diese müssen ihre eigene Binnennachfrage und ihre Inlandsinvestitionen substanziell erhöhen, weil die Leistungsbilanzdefizitländer kaum eigene expansive Impulse setzen können. Vor allem Deutschland ist hier gefordert es muss seinen Niedriglohnsektor zurückdrängen, die öffentlichen Investitionen ausweiten und zudem über ein höheres Lohnniveau einen wesentlichen Beitrag zur dauerhaften Erhöhung der Binnennachfrage leisten. Der Ausgleich der Ungleichgewichte kann nur beidseitig gelingen. Denn zum einen kann eine reine Abwärtsanpassung des Preis- und Lohnniveaus in den Krisenländern der Euro-Zone nicht gewünscht sein. Preis- und Lohnsenkungen machen nämlich tendenziell die Bedienung der Schulden von Haushalten, Unternehmen und der öffentlichen Hand noch schwieriger, weil die reale Schuldenlast steigt. Dies führt zu weiteren Problemen im Bankensektor und zu einer dauerhaft gedämpften gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Zum anderen wäre eine einseitige Anpassung der Krisenländer auch alles andere als nachhaltig: Denn die Eurozone insgesamt – deren Leistungsbilanz einigermaßen ausgeglichen ist – würde dann hohe Überschüsse im Handel mit anderen Wirtschaftsregionen ausweisen und den Euro in eine massive Aufwertungstendenz bringen. Alle Bemühungen der Krisenländer, ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, würden durch eine Aufwertung konterkariert. Deshalb ist die makroökonomische Koordinierung von zentraler Bedeutung.

135

III. Steuer-, Lohn- und Sozialdumping verhindern

Die Eurozone muss eine gezielte Steuer-, Sozial- und Inflationskonvergenz anstreben. Es braucht harmonisierte Körperschaftssteuern mit vergleichbaren steuerlichen Bemessungsgrundlagen sowie Mindestlohnkorridore und Lohnleitlinien nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Es geht darum, ein Steuer- und Lohndumping sowie die damit verbundenen unkoordinierten realen Abwertungen im Euroraum besser unterbinden zu können. Eine gemeinsame Währungsunion kann nur dann funktionieren, wenn das vereinbarte Inflationsziel von allen Mitgliedsstaaten verfolgt wird. Demnach muss gewährleistet werden, dass jedes Land seine Löhne jährlich in angemessenem Umfang steigert. Das bedeutet insbesondere, dass Krisenstaaten, welche ein zu hohes Lohnwachstum in der letzten Dekade

generiert haben, nun Lohnzurückhaltung üben müssen, während in Über-
150 schussländern, insbesondere in Deutschland, Lohnzuwächse von deutlich
über zwei Prozent über den Produktivitätszuwächsen realisiert werden
müssen.

155

IV. Europäische Regulierung des Finanz- und Bankensektors

Der Finanz- und Bankensektor muss einer strikten und europaweit wirksa-
men Regulierung unterzogen und die Verursacher der Finanzkrise über eine
160 europaweite Finanztransaktionssteuer zur Tilgung der Staatsdefizite her-
angezogen werden. Ohne Wirtschaftswachstum kann die Konsolidierung
dauerhaft nicht gelingen. Eine weitere wichtige Bedingung für erfolgreiche
Konsolidierung besteht aber darin, ausreichende Steuereinnahmen zu
generieren. Deshalb müssen die Krisenverursacher – die Finanzmärkte – an
165 der Finanzierung der Krisenfolgen durch die Einführung der Finanztransak-
tionssteuer beteiligt werden – konzipiert mit weiter Bemessungsgrundlage
und wenigen Ausnahmen. Der Steuersenkungswettbewerb bei Unterneh-
menssteuern ist zu beenden, auch Großkonzerne und Vermögensmillionäre
müssen sich angemessen an der Finanzierung ihrer Gemeinwesen betei-
170 gen.

V. Schuldentilgung nicht zu Lasten des Wachstums

175

Die Refinanzierung der Krisenländer muss im Tausch gegen glaubwürdige
Verpflichtungen zum Schuldenabbau nachhaltig abgesichert werden wie
dies etwa der Sachverständigenrat mit dem sog. Schuldentilgungsfonds
vorgeschlagen hat. Die übermäßige Verschuldung der Euro-Länder jenseits
180 einer Verschuldungsmarke von 60 Prozent der jährlichen Wirtschafts-
leistung kann realistisch nur in einem Zeitraum von 20 bis 25 Jahren auf
Basis einer gemeinsamen Teilhaftung abgebaut werden. Mit der Gründung
eines sog. Schuldentilgungsfonds nach dem Vorschlag des deutschen Sach-
verständigenrats kann die Haftung – anders als bei Eurobonds – zeitlich
185 wie volumenmäßig begrenzt und mit einer „klaren, langfristigen und
glaubwürdigen Verpflichtung aller teilnehmenden Länder für den Schul-
denabbau“ verbunden werden. Zudem muss die unabweisbar notwendige
Umschuldung Griechenlands in Angriff genommen und die Rückzahlung

der Kredite an das Wirtschaftswachstum gekoppelt werden, damit Anreize
190 für wachstumsfördernde Maßnahmen geschaffen werden.

VI. Sparpolitik verschärft die wirtschaftlichen Probleme

195

Die Krisenländer haben bereits – zulasten ihres Wirtschaftswachstums
– drakonische Sparmaßnahmen umgesetzt. Entgegen weitverbreiteter
Annahmen hat vor allem Griechenland seine Ausgaben reduziert. Die
Anzahl der öffentlichen Beschäftigten sank in Griechenland zwischen 2009
200 und 2014 von 907.351 auf 651.717. Das ist ein Rückgang von 25 Prozent. Das
staatliche Defizit betrug im Jahr 2009 noch 15,6 Prozent. Im Jahr 2014 sank es
auf -2,5 Prozent. Kein Land der Welt hat sein Staatsdefizit in einem solchen
Ausmaß und in derart kurzer Zeit reduziert. Von weiteren drakonischen
Sparmaßnahmen bei den Masseneinkommen ist jedoch in der gesamten
205 Eurozone unbedingt abzusehen. Andernfalls droht jederzeit der Rückfall
in schwere Rezessionen. Eine erneute Rezession in den Krisenländern
würde sämtliche Konsolidierungsbemühungen nahezu aussichtslos ma-
chen. Allerdings müssen die Krisenländer ihre Ausgabenpfade bei Löhnen
und Staatsausgaben noch einige Jahre verlangsamen, um ihre Defizite
210 zu verringern. Weitere absolute Absenkungen bei Staatsausgaben oder
Löhnen müssen aber vermieden werden, vielmehr sind Zuwächse zur
wirtschaftlichen Stabilisierung erwünscht, sie müssen aber unterhalb der
„Normalzuwachsrate“ von Produktivität plus Zielinflationsrate bleiben.

215

VII. Soziale Rechte und demokratische Strukturen in der EU stärken

Die europäische Wirtschafts- und Finanzunion muss durch eine Sozial-
220 union flankiert werden. Die sozialen Grundrechte, wie sie bereits in der
EU-Grundrechtscharta angelegt sind, dürfen nicht den Marktfreiheiten
im europäischen Binnenmarkt untergeordnet werden, sondern müssen
ihnen vorgehen. Mit einer sozialen Fortschrittsklausel muss dieses Prinzip
vertraglich im europäischen Primärrecht festgeschrieben werden. In Europa
225 muss gelten: gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am
gleichen Ort. Lohn- und Sozialdumping darf kein Raum gegeben werden.
Dazu müssen auch die Spielräume für Mitbestimmung in den europäischen
Unternehmen erweitert, die Rechte der europäischen Betriebsräte deutlich

ausgebaut werden. Arbeitnehmer aus unterschiedlichen EU-Staaten dürfen
230 nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen die Chance
haben, ihre Interessen gemeinsam zu vertreten. Politisch ausgestaltet
werden muss die europäische Sozialunion vor allem dadurch, dass soziale
Ziele und Mindeststandards europäisch verbindlich vereinbart werden. In
235 einem sozialen Stabilitätspakt müssen Ziele und Vorgaben für Sozial- und
Bildungsausgaben gemessen am BIP der jeweiligen Staaten ebenso wie
existenzsichernde Mindestlöhne in allen EU-Mitgliedstaaten gemessen am
jeweiligen nationalen Durchschnittseinkommen festgeschrieben werden.

Die Realisierung einer solchen Sozialunion kann nicht gelingen im Rahmen
240 einer autokratischen Wirtschafts- und Finanzpolitik auf EU-Ebene, die
ohne Mitbestimmung des Europäischen Parlaments und auch gegen den
Willen der nationalen Parlamente durchgesetzt wird und dabei neben
dem forcierten Sozialabbau auch Eingriffe in die Tarifautonomie und das
Tarifvertragsrecht, Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst und Absenken
245 des Mindestlohns erzwingt und mit Privatisierungsmaßnahmen neue
Anlagesphären fürs Finanzkapital zulasten der Daseinsvorsorge schafft.
Zugleich bemüht sich die EU, die Festlegung auf einen neoliberalen Kurs zu
verstärken: mit den verschiedenen verhandelten Freihandelsabkommen,
mit weiteren Versuchen, den europäischen Kapitalmarkt auszubauen und
250 mit Fortführung einer Politik der Standortkonkurrenz zwischen den Ländern
und Regionen der EU – logische Folge der angestrebten „Stärkung der
Wettbewerbsfähigkeit“.

Nicht nur in den „Krisenländern“ erweckt dieses Vorgehen den Eindruck,
255 die „nationalen“ Interessen seien gegen die EU durchzusetzen. Dies führt
zu merkwürdigen Ergebnissen wie beim Brexit – wo die Öffnung des
Arbeitsmarktes zum Argument gegen die EU wurde, obwohl die britische
Regierung in diesem Punkt der EU-Politik gerade nicht gefolgt war.

260 Die Koordinierung der Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik muss als demo-
kratischer Prozess erfolgen und nicht als technokratische Durchsetzung
vermeintlicher ökonomischer Sachzwänge. Die Politik der negativen Inte-
gration, die wachsenden Wohlstand und Kohäsion von freien Wirken der
Marktkräfte erwartete, ist gescheitert. Der Niedergang der europäischen
265 Sozialdemokratie zeigt auch, dass unter diesen Voraussetzungen eine Politik
des sozialen Ausgleichs nicht mehr überzeugend formuliert werden kann.
Daher ist gerade die Sozialdemokratie im wirtschaftlich stärksten Land der
EU gefordert, eine Alternative zu entwickeln, die Ziele der gesellschaftlichen

Entwicklung wieder in den Mittelpunkt rückt.

270

Begründung

Die Ursachen der Krise schwelen weiter

Nach mehreren Jahren Eurorettungspolitik und auch nach der jüngsten
275 Einigung mit Griechenland kann weder von einer erfolgreichen Bewältigung
der Eurokrise noch von der Beseitigung ihrer tieferliegenden Ursachen
gesprochen werden. Auch mit dem dritten Hilfspaket zur Refinanzierung
laufender Schulden des griechischen Staatshaushalts wird im wesentlichen
nur Zeit gekauft, ohne die Schuldenfähigkeit wesentlich zu verbessern.
280 Mit dem erneuten Spardiktat droht im Gegenteil ein weiterer Einbruch der
Wirtschaftsleistung und damit ein weiterer Schuldenzuwachs.

Schon im Sommer 2012 stand die Eurozone vor dem Aus. Die Krisenländer
taumelten wegen der drakonischen Sparvorgaben geradewegs in schwere
285 Rezessionen mit der Konsequenz eines massiven Rückgangs von Sozial-
produkt und Steuereinnahmen. Als Folge der Sparpolitik und der dadurch
bedingten Wachstumseinbrüche wurde das Vertrauen der Kreditgeber in
die Schuldenfähigkeit der Krisenländer massiv untergraben, sodass
immer neue Risikoaufschläge für die Staatsanleihen der Krisenstaaten
290 fällig wurden. Erst die Intervention der Europäischen Zentralbank vom
Sommer 2012 verhinderte das Auseinanderbrechen der Eurozone, weil sich
die Krisenstaaten seit diesem Zeitpunkt wieder zu halbwegs vertretbaren
Zinsen refinanzieren können.

295

Desaströse Bilanz der Austeritätspolitik

Immerhin konnte in der Eurozone zuletzt eine leichte wirtschaftliche
300 Erholung festgestellt werden. Doch die Bilanz der Austeritätspolitik in
Europa ist nicht nur in sozialpolitischer Hinsicht niederschmetternd. Sie
ist auch ökonomisch ein Desaster. Die Arbeitslosigkeit und insbesondere
die Jugendarbeitslosigkeit befinden sich auf Rekordhöhen. Die Austeritäts-
politik produziert eine „verlorene Generation“ in vielen Ländern Europas.
305 Kinderarmut und Sterblichkeitsraten sind massiv angestiegen. Selbst die
Krisenstaaten, die von neoliberalen Ökonomen vorgeblich als Modell für
eine „erfolgreiche“ Sparpolitik ins Feld geführt werden, müssen mit sozial-
und gesellschaftspolitischen Verheerungen zurechtkommen, an denen die

jeweils nächste Generation noch zu tragen hat. So haben etwa Irland und
 310 Spanien eine ganze Generation junger und bestens qualifizierter Menschen
 verloren. Hunderttausende mussten jeweils auswandern, weil sich keine
 wirtschaftliche Perspektive abzeichnet. So schnellte etwa in Irland die
 Jugendarbeitslosigkeit von neun auf derzeit 24 Prozent hoch. Nirgends in
 Europa ist die Zahl der 20- bis 29-Jährigen zuletzt so stark zurückgegangen
 315 wie in Irland. EU-weit sank sie durch Auswanderung und schwächere
 Geburtenjahrgänge von 2008 auf 2014 um fünf Prozent, in Griechenland
 und Spanien um 21 Prozent, in Irland um ganze 28 Prozent. Vor der Krise
 waren 22,5 Prozent der Kleinkinder in Irland armutsgefährdet, 2013 waren
 es 31,4 Prozent.

320

Griechenland steht als Folge einer unverantwortlichen Regierungspolitik
 früherer Regierungen und eines halben Jahrzehnts härtester Austeritätspo-
 litik vor einem wirtschaftlichen, sozialen, menschlichen und demokratiepo-
 litischen Scherbenhaufen:

325

– Einbruch der realen Wirtschaftsleistung seit 2008: mehr als 20 Prozent

– Aktuelle Arbeitslosenquote: 27 Prozent

330

– Aktuelle Jugendarbeitslosenrate: 58 Prozent

– Aktueller Stand der Staatsschulden, in Prozent des Bruttoinlandprodukts:
 175 Prozent

335

– steiler Anstieg der Sterblichkeitsrate als Folge der brutalen und zutiefst
 inhumanen Kürzungen der Gesundheitsbudgets

Wenn der Sicherung von Gläubigeransprüchen gegenüber den Grundbe-
 dürfnissen der Menschen auf medizinische Versorgung oder der Kinder und
 340 Jugendlichen auf eine Kindheit und Jugend ohne Armut und Perspektivlo-
 sigkeit Vorrang eingeräumt wird und infolgedessen die Sterblichkeit binnen
 kürzester Zeit rasant ansteigt: dann muss von einem partiellen Zivilisati-
 onsbruch mitten in Europa gesprochen werden. Millionen Menschen leiden
 unter dieser Politik. Europa verliert sein menschliches Antlitz.

345

Die bisherigen zwei „Rettungspakete“, die für Griechenland geschnürt
 wurden, brachten zwar Geld von offiziellen Institutionen. Doch mit die-
 sem Geld musste Griechenland vor allem seine privaten ausländischen

Gläubiger bedienen. Plakativ gesagt: Die Troika gewährte Athen Kredit,
350 damit vor allem deutsche und französische Banken auf ihren griechischen
Staatsanleihen keine Verluste erleiden mussten.

Die Sparopfer breiter Bevölkerungsschichten waren jedoch sinnlos. Denn
auch wirtschaftspolitisch ist die Austeritätspolitik gescheitert. Während
355 etwa die USA mit expansiverer, keynesianisch geprägter Geld- und Finanz-
politik die Folgen der Finanzkrise vergleichsweise gut überstanden haben
und mit ihrer Wirtschaftsleistung fast 10 % über dem Vorkrisenniveau
liegen, hat die Eurozone (ohne Deutschland) als Folge der Sparpolitik im
Jahr 2014 noch nicht einmal den Einbruch von 2008 (Einbruch infolge des
360 Ausbruchs der Finanzkrise, Lehmann-Brothers-Pleite) wettgemacht. Ledig-
lich in Deutschland liegt die Wirtschaftsleistung heute wieder über dem
Niveau von 2008. Doch in Deutschland wurden in der Folge der Finanzkrise
auch keine Sparpakete aufgelegt, sondern im Gegenteil ein 80 Mrd. Euro
schweres Konjunkturpaket (Abwrackprämie, Kurzarbeitergeld, energetische
365 Gebäudesanierung).

Auch der Internationale Währungsfonds verweist darauf, dass die auf den
ersten Blick positiveren Daten der jüngsten Zeit auf tönernen Füßen stehen:

- 370 • Von der Binnennachfrage ist in den Peripherieländern kein Wachstum zu
erwarten. Das verhindern die hohe private Verschuldung, die Sparmaß-
nahmen der Regierungen, die eingeschränkte Kreditvergabe der schwa-
chen Banken und die immer noch hohen Zinsen. Die ganze Hoffnung
liegt für diese Länder im Export. Zuletzt haben nun die Krisenstaaten ih-
375 re Leistungsbilanzdefizite, die bis zur Finanzkrise dramatisch angestie-
gen sind, spürbar verringern können. Irland weist sogar Leistungsbilanz-
überschüsse aus. Die Lohnstückkosten sind gesunken. Doch die Ernüch-
terung folgt sogleich: das Exportwachstum der Krisenstaaten erfolgt
nicht an die übrigen Mitglieder der Währungsunion, sondern in die üb-
380 rige Welt. Die Exporte an die anderen Eurostaaten sind sogar weiter ab-
gesunken. Diese Entwicklung kann nicht nachhaltig sein, da der Rest der
Welt nicht auf Dauer bereit ist, gegenüber der Eurozone Defizite zu ver-
zeichnen – was die Kehrseite der europäischen Überschüsse ist. Inner-
halb von Europa hat jedoch keine Entwicklung hin zu einem Ausgleich
385 der Außenhandelsströme stattgefunden.
- Die tieferen Lohnstückkosten in den Peripherieländern sind leider nicht
Ausdruck einer strukturellen Verbesserung, sondern Folge der Krise: die
Produktivität ist nur gestiegen, weil das Bruttoinlandprodukt in den

390 Krisenländern nicht gleich stark abgenommen hat wie die Beschäftigung. Wenn weniger Beschäftigte mehr Güter herstellen, sinken die Kosten pro Stück. Das ist alles. Der «Erfolgsfaktor» ist also vor allem der dramatische Anstieg der Arbeitslosigkeit. Auch das ist keine nachhaltige Entwicklung. Der IWF kommt daher zum Schluss, dass sich die Außenhandelsposition der geschwächten Länder mit einer verbesserten
395 Wirtschaftslage und einer tieferen Arbeitslosigkeit sogleich wieder verschlechtern würden. Um mit den eigenen Produkten nachhaltig wettbewerbsfähig zu werden, müssten die Peripherieländer ihre Preise sehr viel stärker senken. Ein struktureller Wandel hin zu tieferen Preisen und einer deutlich höheren Wettbewerbsfähigkeit hat in den Peripherieländern aber kaum stattgefunden. Die Politik der internen Abwertung funktioniert nicht: trotz zäher Rezession, „Strukturreformen“ und Austeritätsprogrammen ist der Prozess der internen Abwertung in den Peripherieländern nicht sehr weit fortgeschritten. Eine Lösung für die Eurokrise zeichnet sich auch an dieser Stelle nicht ab. Die positiven Daten der
400 jüngsten Zeit stehen auf einem schwachen Fundament.

Die Finanzkrise hat die Eurokrise nicht verursacht, aber ausgelöst

Aus der Perspektive der „Troika“ liegt die Ursache der Staatsschuldenkrise
410 in der „nachlässigen Haushaltspolitik“ der Krisenländer. Dieser Ansatz ignoriert die entscheidenden Krisenursachen und verdreht schlicht Ursache und Wirkung. Denn in den allermeisten Mitgliedsländern der Währungsunion sind die Staatsausgabenquoten bis zum Ausbruch der Finanzkrise gesunken oder nur moderat gestiegen. In einigen der jetzigen Krisenländer
415 sanken die Staatsschuldenquoten sogar drastisch. Von einer „nachlässigen Haushaltspolitik“ konnte keine Rede sein. Lediglich in Griechenland mit einer traditionell höheren Staatsschuldenquote (bei 100 Prozent) lag und liegt das Problem in einer extrem niedrigen Steuereinnahmequote mit dramatischen administrativen Schwächen der Steuererhebung im Hintergrund.

420 Die Hauptursache für den Defizitanstieg seit 2007 liegt dagegen eindeutig im Ausbruch der Finanzkrise. Die nationalen Regierungen mussten mit Schutzschirmen für den Finanzsektor und zur Stützung der einbrechenden Konjunktur die Staatsschulden signifikant heraufsetzen. Diese
425 Ursache-Wirkungs-Kette verweist grundsätzlich auf die Notwendigkeit, den Finanzsektor und die hohen Geldvermögen weitaus stärker an der notwendigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu beteiligen.

Konstruktionsfehler der Währungsunion

430

Ein Anstieg der Defizite bzw. der Staatsschuldenquoten ist jedoch für sich gesehen kein Grund, um Zweifel an der Schuldentragfähigkeit eines Landes aufkommen zu lassen. Das Problem liegt darin, dass die Krisenländer eine hohe Auslandsverschuldung aufweisen, weil nicht nur der Staatssektor, sondern auch der Privatsektor verschuldet ist (= Leistungsbilanzdefizit). Deutschlands Staatsschuld liegt bei zwei Billionen Euro, das Geldvermögen der Privaten beträgt aber fünf Billionen Euro; die Refinanzierungsmöglichkeiten bei den eigenen Bürgern ist unzweifelhaft. Bei den Krisenländern ist es umgekehrt. Die dortigen Refinanzierungsprobleme sind zwar durch Spekulationsaktivitäten verschärft worden, haben aber einen realen Grund: weil die Staatsschulden einem ebenso verschuldeten Privatsektor gegenüberstehen, stellt sich irgendwann die Frage nach der Schuldentragfähigkeit. Das ist das entscheidende Problem der Leistungsbilanzdefizitländer.

445 Diesen stehen in der Eurozone einige Länder mit extremen Leistungsbilanzüberschüssen gegenüber (Deutschland, einige kleinere Länder). Die Ursache dieser Ungleichgewichte, wie sie in den letzten zehn Jahren entstanden sind, liegt in der unterschiedlichen Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit. Während Deutschland deutlich an Wettbewerbsfähigkeit gewann, verloren die Krisenländer zunehmend an Wettbewerbsfähigkeit.

Diese „Wettbewerbslücke“ gründet entgegen allgemeiner Vorurteile nicht auf einer besonderen Innovationsfreudigkeit Deutschlands einerseits und der Produktivitätserlahmung Griechenlands bzw. anderer Krisenländer andererseits. Denn die Produktivität ist in Deutschland jährlich um 0,9 Prozent, in der Eurozone um 0,8 Prozent und in Griechenland immerhin um 2,1 Prozent gestiegen. Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und das Zurückfallen Südeuropas lief ausschließlich über die Löhne und – weil die Lohnstückkosten das interne Preisniveau dominieren – über die Preise. In Südeuropa stiegen die Lohnstückkosten um bis zu 30 Prozent, in Deutschland dagegen unter fünf Prozent, wobei hier die Ausweitung des Niedriglohnsektors eine besondere Rolle spielte. Den Normalanstieg – Produktivität plus Zielinflationsrate – repräsentiert Frankreich mit einer Erhöhung um gut 20 Prozent.

465

Werden Überschüsse und Defizite immer weiter kumuliert, führt dies zum Aufbau von Gläubiger-Schuldner-Verhältnissen, die nicht dauerhaft tragfähig sind. Gibt es hier keine Umkehr, führt an der Entwertung der Gläu-

bigerpositionen kein Weg vorbei, denn irgendwann werden die Schuldner
470 zahlungsunfähig.

Hier liegt der entscheidende Konstruktionsfehler der Währungsunion,
nämlich in der Nicht-Koordination der makroökonomischen Größen:
Leistungsbilanzen, außenwirtschaftliches Gleichgewicht, Lohn- und Inflati-
475 onsanpassung.

Denn ein Staat, der sich der Europäischen Währungsunion anschließt, gibt
seine geldpolitische Souveränität auf. Er verliert die Freiheit, sein Zinsniveau
zu bestimmen, seine Währung abzuwerten, seine Zentralbank als Kreditge-
480 berin letzter Instanz («lender of last resort») zu benutzen. Der Verlust dieser
Freiheit kann nur kompensiert werden, wenn der betreffende Staat Teil ei-
nes größeren Fiskalgebildes wird, mit definierten Transfer-Zahlungsflüssen,
die Ungleichgewichte in der wirtschaftlichen Dynamik lindern.

485 Dass die Auseinanderentwicklung bei Lohnzuwächsen und Wettbewerbsfä-
higkeit zu einem ernsten Problem wurde, hat seinen Grund in der Existenz
der Währungsunion, deren Charakteristikum ist, dass kein Mitgliedsland
seine Währung auf- oder abwerten kann: Obwohl Griechenland und die
anderen Südeuropäer höhere Inflation und Leistungsbilanzdefizite haben,
490 können sie nicht abwerten, *weil* sie in der Eurozone sind. Andernfalls würden
sich diese Defizite so gar nicht herausgebildet haben! Obwohl Deutschland
eine interne Inflationsrate unterhalb des EZB-Ziels und andauernd hohe
Leistungsbilanzüberschüsse hat, kann Deutschland nicht aufgewertet wer-
den, *weil* es in der Eurozone ist. Andernfalls hätten die hohen Überschüsse
495 wegen anhaltender Aufwertung gar nicht entstehen können!

Es ist deshalb Deutschland, dass am stärksten von der Währungsunion
profitiert. Und es ist Deutschland, dass bei einer Rückkehr zu nationalen
Währungen die stärksten wirtschaftlichen Einbrüche hinzunehmen hätte.
500 Eine Rückkehr zur D-Mark und eine Re-Nationalisierung ist weder im euro-
päischen, noch im deutschen Interesse. Die Währungsunion muss deshalb
entschieden gegen neu aufkeimenden Nationalismus verteidigt werden.
Dazu müssen aber die Konstruktionsfehler der Währungsunion beseitigt
und die bisherigen Blockaden innerhalb der Eurozone aufgelöst werden.
505

Eine Währungsunion erfordert eine Koordination der Preise

510 Die Feststellung, dass Unterschiede hinsichtlich der Leistungsbilanzen im
Euroraum bestehen, stellt jedoch noch keine vollständige Analyse der Ursa-
chen der Ungleichgewichte dar. Die Ungleichgewichte innerhalb Europas
haben sich verfestigt, weil in Deutschland die Löhne real nur geringfügig
angestiegen sind, während etwa in vielen Krisenstaaten ein überpropor-
515 tional großes Lohnwachstum über die letzte Dekade stattfand. Schließlich
machen Lohnstückkosten den größten Kostenfaktor ausnahmslos jeder
Volkswirtschaft aus, sodass sich hinsichtlich des Außenhandels eine bes-
sere Stellung desjenigen Landes ergibt, welches im Vergleich geringere
Lohnzuwächse aufweist. Die Europäische Währungsunion wuchs in diesem
520 Sinne nicht zusammen, sondern driftete auseinander. Während die Lohn-
stückkosten der deutschen Industrie seit der Einführung des Euro um 14
Prozent gesunken sind, blieben sie in Griechenland (das zwei Jahre später
in die Währungsunion startete) gleich. In Portugal stiegen sie um 5 Prozent,
in Spanien um 28 und in Italien gar um 46 Prozent. Damit haben beinahe
525 alle Staaten das gemeinsam festgelegte Inflationsziel der Europäischen
Zentralbank von jährlich 2 Prozent torpediert und sich höchst unkooperativ
verhalten. Sowohl mit Lohndumping als auch mit Lohnexpansion wird dabei
das Inflationsziel unterminiert.

530 Es stellt sich die Frage, welches Land hinsichtlich des Lohnstückkosten-
wachstums im Sinne einer kooperativen und auf Ausgleich bedachten
Europäischen Union falsch gehandelt hat. Das Ergebnis ist ein Einfaches,
wenn man die Zielinflation betrachtet. Inflation ist im Wesentlichen die
Wachstumsrate der Preise. Diese wiederum ergeben sich durch das Verhält-
535 nis Geldmenge zu Gütermenge. Letztere wird durch die Konkurrenzfähigkeit
eines Unternehmens maßgeblich beeinflusst, sodass bei einer günstigen
Wettbewerbssituation, wie sie in Deutschland zu finden ist, relativ mehr
Güter produziert werden. Demnach müssten die Preise fallen, da der
gleichen Geldmenge eine höhere Güteranzahl gegenübersteht. Die Geld-
540 menge hingegen erhöht sich, indem höhere Löhne gezahlt werden, anstatt
Kapital in das Ausland zu exportieren. Deutschland exportiert aufgrund der
Leistungsbilanz relativ viel Kapital in das Ausland, während relativ geringe
Löhne zu relativ hoher Wettbewerbsfähigkeit und damit zu einer hohen
Produktion führen. In Griechenland ist die Situation exakt spiegelbildlich:
545 Hohe Löhne, geringe Wettbewerbsfähigkeit und geringe Produktion liegen
vor. Dies lässt sich auch auf die Entwicklung der nationalen Inflationsraten
übertragen: Während in Deutschland fast jedes Jahr der vergangenen
Dekade die Zielinflation unterschritten wurde, wurde sie in Griechenland

fast ausschließlich überschritten. Kumuliert ergibt sich über ganz Europa
550 nahezu für jedes Jahr das Erreichen der Zielinflation. Aber eben nicht, weil
alle Länder des Euroraums sich an die 2% Zielinflation gehalten haben – dies
wurde von fast jedem Land, Frankreich ausgenommen, verfehlt – sondern
eben, weil es Länder gab, welche sich in keiner Weise an die Inflationsziele
gehalten haben, und eben auch Länder wie Griechenland, welche sich
555 spiegelbildlich verhalten haben. Dabei ist die Faustformel, welche für die
Konstruktion der Inflation gemäß Cost-Push-Theorie existiert, einerseits
trivial und andererseits empirisch valide: Um ein Inflationsziel von 2%
zu erreichen, müssen die Löhne jedes Jahr um 2% stärker steigen, als die
Produktivität des Landes.

560

Die Erklärung dieses Ansatzes ist intuitiv einfach: Steigen Produktion
und Löhne um 1%, so steht der um 1% höheren Gütermenge eine um 1%
höhere Geldmenge gegenüber, was zu konstanten Preisen und damit zu
einer Nullinflation führt. Steigen die Löhne hingegen um 2% stärker als
565 die Produktivität, so ist das Verhältnis in diesem Szenario $1,03 \cdot \text{Geldmenge} / 1,01 \cdot \text{Gütermenge}$
und damit nahe 2% Wachstum. Aufgrund der geringen
Produktionszuwächse (in einem Bereich von null bis fünf Prozent pro Jahr)
ist die Faustregel extrem präzise. Auch seien die Transmissionskanäle kurz
genannt: Höhere Löhne führen zu höheren Kosten in der Produktion, was
570 die Produzenten dazu bringt, die Preise zu erhöhen, um gleiche Gewinne
realisieren zu können. Gleichzeitig führt mehr Kaufkraft seitens der Ar-
beitnehmer zu einer höheren Güternachfrage, was sich wiederum positiv
auf das Preiswachstum auswirkt. Würden demnach in allen Ländern der
Eurozone die Löhne um 2% stärker als die nationale Produktivität steigen,
575 so ergäbe sich für jedes Land die Zielinflation von 2% und gleichzeitig
würde ein Auseinanderdriften der Wettbewerbsfähigkeit und damit größe-
re Unterschiede hinsichtlich der Leistungsbilanzen vermieden. Dennoch
genügt das Verfolgen dieser Faustregel nicht, um ein neues Gleichgewicht
im Euroraum herzustellen, sondern lediglich, um weitere Ungleichgewichte
580 zu verhindern. Für die Aufhebung der vorliegenden Disparitäten müsste
Deutschland seine Löhne stärker erhöhen, während die Löhne in Krisenlän-
dern schwächer wachsen müssten. Für Frankreich ergäben sich, aufgrund
der vorbildhaften Verfolgung der Zielinflation, keine Änderungen.

585 Es sei ferner angemerkt, dass der Versuch, das deutsche Modell des Lohn-
dumpings auf sämtliche Krisenstaaten zu übertragen, in keiner Weise
nachhaltig wäre. Würden alle Länder der Eurozone ihre Löhne nur mit den
deutschen Raten der 00er Jahre „wachsen“ lassen, so würde dies zu einer

massiven Unterschreitung der Zielinflation in ganz Europa führen. Dies wür-
590 de eine Deflation heraufbeschwören mit den bekannten Abwärtsspiralen
für die Wirtschaft: das negatives Preiswachstum würde zu Konsumzurück-
haltung führen, was wiederum aufgrund des Ungleichgewichts zwischen
Überangebot und Unternachfrage zu weiteren Preissenkungen und damit
595 schlussendlich zum Ruin der europäischen Wirtschaftsarchitektur führen
würde. Sofern sich Europa eine gemeinsame Währungsunion wünscht
– und dafür sollten insbesondere wir Sozialdemokraten einstehen – so
müssen sich ausnahmslos alle Eurostaaten hinsichtlich der Lohnpolitik
koordinieren und dafür Sorge tragen, dass die Zielinflationsvorgaben im
600 Kern eingehalten werden. Andernfalls droht langfristig ein Zerreißen der
Währungsunion, weil die Disparitäten immer weiter zunehmen würden.
Sechzig Jahre erfolgreicher europäischer Integrationsgeschichte würden in
diesem Fall zur Disposition stehen.

Deutschlands Exportstärke ist kein Hindernis für eine zukunftsfähige Eu-
605 rozone. Doch Inlandskonsum und Inlandsinvestitionen müssen merklich
zunehmen.

Die Kritik von international renommierten Ökonomen und Nobelpreisträ-
ger, des US-Finanzministeriums oder des Internationalen Währungsfonds
610 an den deutschen Leistungsbilanzüberschüssen ist deshalb berechtigt.
Nicht alle Staaten können gleichzeitig einen Überschuss erzielen. Das ma-
kroökonomische „Geschäftsmodell“ von Überschussländern besteht daher
faktisch in der Verschuldungsbereitschaft anderer Länder. Wenn sich die
Ungleichgewichte immer weiter verschärfen und es niemals zum Ausgleich
615 kommt, droht die Eurozone über kurz oder lang auseinanderzubrechen.

Die dringenden Aufrufe des US-Finanzministeriums oder des Internationa-
len Währungsfonds an Deutschland, seinen riesigen Leistungsbilanzüber-
schuss abzubauen, stoßen hierzulande jedoch auf wenig Verständnis bzw.
620 fast ausschließlich auf negative Resonanz. Der Bundesverband der Deut-
schen Industrie ließ verlauten, die Exportstärke sei das Ergebnis innovativer
Produkte, die in der ganzen Welt nachgefragt würden.

Das ist zwar richtig. Doch treffen derartige Aussagen den Kern der Proble-
625 matik in keiner Weise. Denn weder das US-Finanzministerium noch der IWF
haben verlangt, dass die deutsche Wirtschaft weniger exportieren solle. Sie
haben lediglich darauf verwiesen, dass der deutsche Leistungsbilanzüber-
schuss viel zu groß sei. Das ist nicht das Gleiche. Im Kern geht es darum, sich

drei unumstößliche Identitäten vor Augen zu führen:

630

1. Die Leistungs- und die Kapitalbilanz eines Landes müssen sich ausgleichen. Ist die Leistungsbilanz positiv (werden vereinfacht gesagt mehr Waren exportiert als importiert), muss die Kapitalbilanz negativ sein (Kapital fließt aus dem Überschussland ab).

635

2. Die Differenz zwischen den gesamten inländischen Ersparnissen und den gesamten inländischen Investitionen entspricht dem Saldo der Leistungs- respektive Kapitalbilanz. Sind die inländischen Ersparnisse also höher als die inländischen Investitionen, wird dieses Überschusskapital ins Ausland exportiert.

640

3. Alles, was ein Land produziert, muss entweder konsumiert oder gespart werden.

645

Weist nun Deutschland einen Leistungsbilanzüberschuss aus, fließt entsprechend viel Kapital von Deutschland ins Ausland ab. Zweitens bedeutet es, dass die inländischen Ersparnisse um diesen Betrag höher sind als die inländischen Investitionen.

650

Wie kann nun dieser Leistungsbilanzüberschuss (der zwangsläufig dem Leistungsbilanzdefizit anderer Länder entspricht) abgebaut werden?

655

Ganz einfach: Entweder muss der inländische Konsum steigen (wodurch automatisch die inländischen Ersparnisse sinken), oder die inländischen Investitionen müssen steigen (wodurch sich die Differenz zwischen den Ersparnissen und Investitionen verringert). Das wiederum kann erreicht werden, indem die Löhne in Deutschland ansteigen oder indem etwa die inländischen Investitionen in Deutschland spürbar erhöht werden.

660

Als zwingende Folge davon wird Deutschlands Leistungsbilanzüberschuss sinken – und das ohne jede Selbstbeschränkung der deutschen Exportindustrie. Es geht also nicht um weniger deutsche Exporte. Der Anpassungsprozess bzw. der Abbau der Ungleichgewichte muss auf deutscher Seite über ansteigenden Inlandskonsum, höhere Importe und signifikant höhere Inlandsinvestitionen bewerkstelligt werden. Das ist sowohl zum Vorteil Deutschlands wie aber auch zum Vorteil der Krisenländer wie der gesamten Eurozone, die infolge des Ausgleichs eine weitaus höhere Stabilität erhalte.

665

Wirtschaftspolitische Perspektiven einer sozial gestalteten Währungsunion

670

Die SPD muss die Auseinandersetzung um eine gleichermaßen tragfähige wie auch soziale Architektur der Eurozone offensiv führen. Sie muss um einen sozialverträglichen Pfad werben und darf sich keinesfalls in das enge Korsett einer einseitigen Austeritätsdoktrin einzwängen lassen, die Wachstumschancen eher behindert als fördert und den sozialen Zusammenhalt in ganz Europa längst zur Disposition stellt. Es geht im Gegenteil um eine europaweit koordinierte Wachstums- und Investitionsstrategie, um weitere Integrationsschritte in den zentralen Fragen der Wirtschaftspolitik und um eine harte Bändigung der Finanzmärkte und der systemrelevanten Großbanken. Wer den harten Kern der Krise ins Visier nehmen will, muss zudem die Verteilungsfrage völlig neu gewichten: als Gebot der ökonomischen Vernunft. Die frappierend angestiegene Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung, ist von international renommierten Ökonomen und Nobelpreisträgern längst als eine der Hauptursachen der Finanzkrise identifiziert worden. Denn es ist die wachsende Ungleichheit, die als eigentlicher Treiber und Motor der verhängnisvollen Ausgaben- und Verschuldungskaskaden in den entwickelten Staaten funktioniert. Das groteske Ausmaß an Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen hemmt und blockiert dagegen die ökonomische Entwicklung. In jüngerer Zeit haben mehrere Studien auf den engen Zusammenhang zwischen sozialer Gerechtigkeit und Wirtschaftswachstum hingewiesen. Die Industrieländerorganisation OECD kam etwa zu dem Ergebnis, dass Deutschland sein Bruttoinlandsprodukt deutlich steigern kann, wenn die Ungleichheit entschiedener bekämpft wird. Nicht mit einer zum Dogma erstarrten Austeritätspolitik wird Wertschöpfung und Wachstum generiert, sondern mit einer mutigen Investitions- und Innovationspolitik, einer gleichmäßigeren Einkommensverteilung und mehr Bildungschancen.

700

Ganz Europa braucht einen ökonomischen Kurswechsel, der sich leiten lässt von der wachsenden Erkenntnis weltweit führender Wirtschaftswissenschaftler, dass sich soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Dynamik wechselseitig ergänzen. Die Sozialdemokratie muss für einen echten wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel eintreten, der mit den verfehlten Grundannahmen der neoliberalen Ära bricht.

Antragsbereich E / Antrag 3

Antragsteller: ASF Bayern

Empfänger: Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Landesparteitag

E3: Keine minderjährigen Zweitfrauen aus Syrien für türkische Männer. Kein Sklavenhandel oder Zwangsverheiratung von Flüchtlingsfrauen und Mädchen**ANNAHME IN DER FASSUNG DER ANTRAGSKOMMISSION**

<p>Die SPD-Bundestagsfraktion soll im Rahmen ihrer Regierungsbeteiligung ihren Einfluss auf die Verhandlungen mit der Türkei geltend machen.</p>	<p>streiche ersten Satz in der Überschrift: „Keine minderjährigen Zweitfrauen aus Syrien für türkische Männer.“</p>
<p>5 Die finanziellen Hilfen für die Türkei müssen konkret mit der Verbesserung der Bedingungen für syrische Frauen und Mädchen verbunden sein.</p>	<p>streiche Zeile 5: „syrische“ und ersetze durch „geflüchtete“</p>
<p>10 Die türkische Regierung muss zur konsequenten Einhaltung der geltenden Gesetze bezüglich des Verbots der Heirat unter 18 und der Polygamie aufgefordert werden.</p>	<p>streiche Zeile 10: „syrische“</p>
<p>15 Ebenso muss sie zur Schaffung von Anlaufstellen für syrische Mädchen und Frauen und der Bereitstellung von finanziellen Hilfen bei drohender Zwangsheirat verpflichtet werden.</p>	
<p>20 Begründung</p>	
<p>Die wirtschaftliche Notlage vieler der rund 2,7 Millionen Flüchtlinge macht es für Türken billiger, neben der offiziellen Ehefrau per islamischer Zeremonie noch eine junge Syrerin zu</p>	
<p>25 heiraten. Rechtlich haben diese sogenannten Imam-Ehen keinen Bestand, doch das hilft den betroffenen Frauen und Mädchen auch nicht weiter. Häufig werden 15-jährige dabei 50 oder 60 Jahre alten Männern ausgeliefert.</p>	

- 30 Polygamie ist in der Türkei eigentlich verboten, wird aber häufig hingenommen, was die Frauen in Konfliktfällen oder nach dem Tod des Mannes rechtlos zurücklässt.

Antragsbereich E / Antrag 4

Antragsteller: UB Nürnberg

Empfänger: Bundesparteitag, Landesparteitag

E4: Grundsätze einer SPD-Friedenspolitik

- die Allgemeinen Menschenrechte weltweit umzusetzen bleibt das Ziel der Sozialdemokratischen Politik.
- die Verschiedenartigkeit der Kulturen der Völker in ihren Ländern ist zu achten und zu respektieren.
- 5 • mehr Toleranz und Geduld mit bestehenden politischen Systemen, es braucht Zeit, bis sich eine Demokratie bildet, stabilisiert und Menschenrechte in allen Bereichen beachtet werden.
- das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Teil des Völkerrechts ist zu achten.
- 10 • das Gewaltmonopol des Staates ist eine Voraussetzung in einer Demokratie.
- mehr Achtung vor Wahlen auch in schwierigen Situationen, Wahlen an denen Millionen teilnehmen sind keine „Farce“.
- Sanktionen der reichen Staaten gegen andere Völker oder Volkswirtschaften dürfen kein Mittel zur Interessendurchsetzung sein und bedürfen der Legitimation durch den Bundestag.
- 15

ANNAHME

N Netzpolitik und Digitales

Antragsbereich N / Antrag 1

Antragsteller: UB Nürnberg

Empfänger: Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Landesparteitag

N1: Stopp der Webserie „Die Rekruten“

Wir fordern die Entfernung der Webserie „Die Rekruten“ der Bundeswehr aus dem Internet, die Einstellung der damit verbundenen Werbekampagnen und Schulbesuche der Bundeswehr!

ANNAHME

- 5 Die 90-teilige YouTube-Serie ist gezielt auf Jugendliche ausgerichtet. In der Pressemitteilung vom 24. Oktober 2016 heißt es: „Sie [Die Serie] holt die Jugendlichen in ihrer Welt ab und die Zuschauer durchleben aus erster Hand die persönlichen Höhen und Tiefen der Protagonisten mit.“ Die Produktion der Serie selbst kostet die Bundeswehr 1,7 Mio Euro, in die Werbekampagne
- 10 zur Serie werden 6,2 Mio Euro investiert. Die Serie wird von der Bundeswehr in ihrer Pressemitteilung vom 16. November 2016 als Erfolg gewertet: „In zwei Wochen seit Serienstart haben über 200.000 Menschen den YouTube-Kanal „Die Rekruten“ abonniert. Täglich können die Zuschauer verfolgen, wie in der 12-wöchigen Grundausbildung bei der Bundeswehr aus 12 jungen
- 15 Frauen und Männern Soldatinnen und Soldaten werden“

Begründung

Die Grenzen, die damit überschritten werden sind vielfältig und offensichtlich nur von den Verantwortlichen bei der Bundeswehr zu übersehen. Um

20 als „normaler“ Arbeitgeber neben der Konkurrenz um Mitarbeiter bestehen zu können, müsse die Bundeswehr nun mal werben und diese Werbung auch jugendgerecht vermarkten, glaubt man.

„Die Rekruten“ sind nach den Bw-Adventure-Camps, kostenlose Zeltlager

25 für Jugendliche im Sommer, und dem Auftreten von Jugendoffizieren in den Schulen und Ständen auf Ausbildungsmessen, ein weiter Schritt der Bundeswehr um sich als normaler Arbeitgeber zu präsentieren. Der Tatsache, dass die Bundeswehr kein mit anderen Unternehmen vergleichbarer Arbeitgeber ist und diese Werbemaßnahmen auch nicht von privaten

30 Unternehmen, sondern von Steuergeldern finanziert werden, wird auch nach starkem Protest der Öffentlichkeit keine weitere Beachtung geschenkt.

Wir treten ein für Frieden, Demokratie und Solidarität und wehren uns deshalb entschieden gegen diese Werbekampagne. In der Serie wird nur dargestellt, wie die Grundausbildung bei der Bundeswehr aussieht, aber nicht was es bedeutet nach der Grundausbildung bei der Bundeswehr zu sein. Dass Krieg immer auch Zerstörung, Tod und Hunger bedeutet, wird bei „Die Rekruten“ ausgeblendet. Und auch, dass die beteiligten Soldatinnen und Soldaten sich selbst sowohl physischen als auch psychischen Gefahren aussetzen. Krieg und Gewalt werden als akzeptable Problemlösungsstrategien globaler Konflikte den Jugendlichen unhinterfragt präsentiert. Wir wehren uns gegen Werbesprüche wie „Ab November werden die Tage länger“, „Ab November wird draussen gespielt“ oder „Ab November werden härtere Töne Angeschlagen“. Wir wehren uns gegen die Web-serie „Die Rekruten“ und fordern als Jungsozialisten in der SPD den sofortigen Stopp.

Antragsbereich N / Antrag 2

Antragsteller: Bezirk Mittelfranken

Empfänger: Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Landesparteitag

N2: Keine Verherrlichung der Bundeswehr als Arbeitgeber für Jugendliche

Wir fordern die Entfernung der Webserie der Bundeswehr „Die Rekruten“ aus dem Internet, die Einstellung der damit verbundenen Werbekampagne und der Schulbesuche der Bundeswehr.

Die 90-teilige YouTube-Serie ist gezielt auf Jugendliche ausgerichtet. In der Pressemitteilung vom 24. Oktober 2016 heißt es: „Sie [Die Serie] holt die Jugendlichen in ihrer Welt ab und die Zuschauer durchleben aus erster Hand die persönlichen Höhen und Tiefen der Protagonisten mit.“ Die Produktion der Serie selbst kostet die Bundeswehr 1,7 Mio Euro, in die Werbekampagne zur Serie werden 6,2 Mio Euro investiert. Die Serie wird von der Bundeswehr in ihrer Pressemitteilung vom 16. November 2016 als Erfolg gewertet: „In zwei Wochen seit Serienstart haben über 200.000 Menschen den YouTube-Kanal „Die Rekruten“ abonniert. Täglich können die Zuschauer*innen verfolgen, wie in der 12-wöchigen Grundausbildung bei der Bundeswehr aus 12 jungen Frauen und Männern Soldatinnen und Soldaten werden.“

Begründung

Die Grenzen, die damit überschritten werden, sind vielfältig und offensichtlich nur von den Verantwortlichen bei der Bundeswehr zu übersehen. Um als „normaler“ Arbeitgeber neben der Konkurrenz um Mitarbeiter*innen bestehen zu können, müsse die Bundeswehr nun mal werben und diese Werbung auch jugendgerecht vermarkten, glaubt man.

„Die Rekruten“ sind nach den Bw-Adventure-Camps, kostenlose Zeltlager für Jugendliche im Sommer, und dem Auftreten von Jugendoffizieren in den Schulen und Ständen auf Ausbildungsmessen, ein weiterer Schritt der Bundeswehr um sich als normaler Arbeitgeber zu präsentieren. Der Tatsache, dass die Bundeswehr kein mit anderen Unternehmen vergleichbarer Arbeitgeber ist und diese Werbemaßnahmen auch nicht von privaten Unternehmen, sondern von Steuergeldern finanziert werden, wird auch nach starkem Protest der Öffentlichkeit keine weitere Beachtung geschenkt.

Wir treten ein für Frieden, Demokratie und Solidarität und wehren uns deshalb entschieden gegen diese Werbekampagne. In der Serie wird nur dargestellt, wie die Grundausbildung bei der Bundeswehr aussieht, aber nicht was es bedeutet nach der Grundausbildung bei der Bundeswehr zu sein. Dass Krieg immer auch Zerstörung, Tod und Hunger bedeutet, wird bei „Die Rekruten“ ausgeblendet. Und auch, dass die beteiligten Soldatinnen und Soldaten sich selbst sowohl physischen als auch psychischen Gefahren aussetzen. Krieg und Gewalt werden als akzeptable Problemlösungsstrategien globaler Konflikte den Jugendlichen unhinterfragt präsentiert. Wir wehren uns gegen Werbesprüche wie „Ab November werden die Tage länger“, „Ab November wird draußen gespielt“ oder „Ab November werden härtere Töne angeschlagen“. Wir wehren uns gegen die Webserie „Die Rekruten“ und fordern als Jungsozialist*innen in der SPD den sofortigen Stopp.

I Innenpolitik

Antragsbereich I / Antrag 1

Antragsteller: UB Nürnberg

Empfänger: Landtagsfraktion

11: Teilnahme am bayerischen Pilotprojekt zur Erprobung von Bodycams

Ergänzend zum Projektportfolio des bayerischen Innenministeriums, muss bei der Anwendung von Bodycams gewährleistet werden, dass eine umfassende und permanente Erfassung des Geschehens sichergestellt wird, um eine Verzerrung der Realsituation im Videomaterial auszuschließen. Sämtliche Video- und Tonaufnahmen sind unmittelbar der Staatsanwaltschaft zu unterstellen und ausschließlich auf richterliche Anordnung einzusehen.

ANNAHME

Begründung

Während der letzten Jahre kam es immer häufiger vor, dass Polizisten*innen im Einsatz Opfer von Beleidigungen oder tätiger Gewalt wurden. Wurden 2011 noch knapp 55000 Straftaten gegen Polizisten*innen gemeldet, so stieg diese Zahl bis 2015 auf gut 64000 an. Allein in Bayern erreichte die Zahl der Straftaten gegen Polizeibeamte*innen mit 7000 registrierten Fällen einen neuen Höchststand. Eine besondere Relevanz ist hier dem Straftatbestand der einfachen Körperverletzung zuzuordnen, welcher allein zwischen 2014 und 2015 auf Bundesebene um 8 % zunahm. Gleichzeitig gibt es jährlich ca. 2000 zur Anzeige gebrachte Fälle von Personen die sich unrechtmäßig, übermäßiger Polizeigewalt ausgesetzt sahen, die Dunkelziffer nicht mit eingerechnet. Zur Einleitung von Gerichtsverfahren kommt es hier nur selten. In beiden Fällen ist eine strafrechtliche Verfolgung langwierig, da der Tathergang meistens nur durch die Aussagen der Beteiligten rekonstruiert werden kann. Opfer von Polizeigewalt beklagen zudem häufig, dass die Justiz sich auf Seiten der Polizeibeamten*innen stellt und so versuche Täter zu schützen. Um in solchen Situationen Klarheit und eine gerechte Rechtsprechung zu gewährleisten, können die Aufzeichnungen von Bodycams in erheblichem Maße beitragen. Zudem können durch den sichtbaren Einsatz von Body-cams potenzielle Angreifer abgeschreckt werden, was durch die Betrachtung des Fallbeispiel Hessen belegbar ist. Entsprechenden Feldversuche von Bodycams in Frankfurt führten hier zu sehr positiven Resultaten. Da bereits in mehreren Bundesländern, sowie bei der Bundespolizei, Bodycams regulär eingesetzt werden bzw. die Einheiten momentan

ausgerüstet werden, bleibt es nur eine Frage der Zeit bis auch in Bayern Bodycams gesetzlich vorgeschrieben werden. Die Stadt Nürnberg sollte sich deshalb dafür einsetzen, dass vor Ort tätige Beamten*innen Erfahrung
35 im Umgang mit der Technik und deren praktischer Anwendung im Einsatz sammeln kann, bevor ein gesetzlicher Zwang besteht. Zusätzlich kann die Stadt Nürnberg durch ihre Ergebnisse und Erfahrungen im Einsatz mit Bodycams, erheblichen Einfluss auf die zukünftige Gesetzesausarbeitung nehmen.

B Bildung

Antragsbereich B / Antrag 1

Antragsteller: Jusos Bayern

Empfänger: Landesparteitag, Landesvorstand, Landtagsfraktion

B1: Zukunftsfähige Schulpolitik

Gemeinsam, ganztags, gerecht: Ein neues Schulsystem

Wir fordern die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems und eine grundlegende Neuorientierung in der Schulpolitik. Zudem soll das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern abgeschafft werden und bundesweite Richtlinien etabliert werden.

Anstelle der aktuellen Schulen soll die „Gemeinschaftsschule“ treten. Die Gemeinschaftsschule ist für alle Jugendlichen bis zum Abschluss des zehnten Schuljahres verpflichtend. Der Unterricht findet ganztags statt und soll inhaltlich sowohl unverzichtbares Grundwissen als auch eigene Interessen fördern.

Die vertiefte Auseinandersetzung mit einem breiten Spektrum an Fächern erachten wir als erstrebenswert. Insbesondere in den geisteswissenschaftlich-sozialwissenschaftlichen, naturwissenschaftlich-technischen und sprachwissenschaftlich-literarischen Bereichen setzen wir die Vermittlung von Grundwissen durch den Unterricht voraus. Die Vermittlung des Wissensstocks soll dabei in einer freien und an die Bedürfnisse der Schüler*innen angepassten Atmosphäre erfolgen, die sowohl Lehrkraft, als auch Schüler*innen Freiraum für Kreativität und Entfaltung bietet. Dabei sind zur Verbesserung der Vergleichbarkeit und Qualitätssicherung dennoch Mindeststandards einzuhalten. Die Entfaltung der individuellen Stärken und Vorlieben der Schüler*innen, möchten wir mit zusätzlichen Wahlmodulen aus Bereichen wie Sport, Kunst oder Musik fördern.

Künstlerische, musikalische und sportliche Aktivitäten sollen in Kooperation mit den Verbänden und Vereinen vor Ort angeboten werden, um einfachen Zugang zu kultureller Teilhabe zu ermöglichen.

30

Ebenso sollen alle Schulen ganztags unterrichten, um auf Hausaufgaben

verzichten zu können. Selbstverständlich muss dabei ein kostenfreies Mittagessen angeboten werden, welches stets eine vegetarische Variante anbietet.

35

Ebenfalls sollen an Schulen einmal im Jahr (am besten am Schuljahresende) eine Projektwoche stattfinden, in denen Lehrkräfte zu verschiedenen Themen ihrer Wahl Projekte für Schüler*innen anbieten können, um die Schulgemeinschaft zu stärken und eine große Vielfalt an Themen ansprechen zu können. Gerade auch politische Themen sollen hier eine große Rolle spielen.

40

Die Bundeswehr soll keine Möglichkeit mehr haben, sich an Schulen präsentieren zu können. Schulen sind ein geschützter ziviler Raum, die Anwerbung für das Militär hat dort nichts zu suchen.

45

Kein Konkurrenzkampf an unseren Schulen

Wir lehnen die Leistungsorientierung und den daraus folgenden Konkurrenzkampf unter Schüler*innen ab. Wir fordern daher eine Abschaffung der Noten.

50

Um Schüler*innen dennoch Rückmeldung über Lernerfolge zu geben, soll am Ende des Jahres in einem Bericht dargestellt werden, welche Themen in den entsprechenden Fächern erfolgreich behandelt wurden und wo es noch Verbesserungsbedarf gibt. Um die Lehrkräfte zu entlasten, soll es ermöglicht werden, diesen Bericht stückweise über das Schuljahr neben der Korrektur zu aktualisieren.

55

Gute Bedingungen für unsere Lehrkräfte

60

Um Lehrkräfte, insbesondere Klassenleitungen, zu entlasten, soll der Zugang der Schulen zu Beratungslehrkräften und Schulpsycholog*innen im Vergleich zum bisherigen Status ausgebaut werden, sodass alle Schule jederzeit unbürokratisch und schnell Zugang haben. Es muss selbstverständlich werden, dass das Kulturministerium eher zu viele Lehrkräfte einstellt als zu wenig, um so Stundenausfälle zu minimieren.

65

Auch ist uns klar, dass der ausschließlich theoretische Zugang nicht ausreichend ist. Auch im Unterricht muss sich ausreichend damit beschäftigt werden, wie der eigene psychische Zustand reflektiert werden kann und es

70

Freiräume gibt dies zu tun. Es muss vermittelt werden, dass verschiedene Formen psychischen Leids in jedem Fall behandelt werden können und es Hilfe gibt, die in Anspruch zu nehmen selbstverständlich ist.

75

Ebenso sollen Schülerinnen und Schüler in Fächern wie Biologie, Ethik und Sozialkunde über verschiedene sexuelle Orientierungen und Identitäten aufgeklärt werden.

80 Kostenfreiheit für Schüler*innen

Der Schulweg soll für alle Schüler*innen, ungeachtet ihres Wohnortes oder ihrer Jahrgangsstufe, kostenfrei sein und erstattet werden. Wir fordern daher ein kostenloses landesweites Nah- und Regionalverkehrsticket für

85 Schüler*innen und Auszubildende.

Die Schule soll alle Lehrmittel kostenfrei zur Verfügung gestellt bekommen, sodass hier keine zusätzlichen Lehrmittel mehr gekauft werden müssen. Lektüren sollen ebenfalls zur Verfügung gestellt werden und sollen in das

90 Eigentum der Schüler*innen übergehen. Die Diversität der Lektüren soll zwingend erhalten bleiben. Bei Beschädigung sind die Schüler*innen zu Schadensersatz verpflichtet.

Kosten für Klassenfahrten und Ausflüge sollen grundsätzlich durch das Land

95 getragen werden.

Internationalisierung

Es soll ein offizielles (staatliches) Programm initiiert werden, welches

100 Schulen in Bayern mit Partnerschulen im Ausland verknüpft. So sollen Brieffreundschaften und Begegnungen zwischen Schüler*innen aus unterschiedlichen Ländern entstehen. Ein verstärkter Ausbau des bilingualen Unterrichts wäre hier besonders wünschenswert.

Antragsbereich B / Antrag 2*Antragsteller: Jusos Bayern**Empfänger: Bundesparteitag, Landesparteitag***B2: Bessere staatliche Finanzierung statt Privatisierung des Bildungssystems!**

Ein gutes und sozial gerechtes Bildungssystem ist die wichtigste gesellschaftliche Aufgabe des Staates und würde für eine erhebliche Verbesserung im Leben vieler junger Menschen sorgen, doch leider kommt der Staat dieser Aufgabe oft nicht nach und gibt sie stattdessen in private Hand. Dies
 5 beginnt bereits bei den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung. Per Gesetz besteht zwar seit 2013 für jedes Kind ab einem Alter von einem Jahr ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Dennoch wird dieser Anspruch bis heute nicht erfüllt, weil die entsprechenden Kapazitäten nicht bereitgestellt werden.

10

Das Bildungssystem ist vollkommen unterfinanziert. Das Recht auf gute Bildung, die gesellschaftliche, kulturelle und ökonomische Teilhabe ermöglicht, ist ein Menschenrecht und darf als solches nicht von fiskalen „Sachzwängen“ abhängig gemacht und in private Hände abgegeben werden. Wir
 15 wollen eine bessere finanzielle Ausstattung des Bildungssystems, um so ein qualitativ hochwertiges und gerechtes Bildungssystem zu ermöglichen.

Deshalb fordern wir:

20 Freier Zugang zu Bildungseinrichtungen

Von der frühkindlichen Bildung bis zur Hochschule müssen Bildungsbarrieren abgebaut werden. Der Bund muss die Länder und Kommunen mit ausreichend Geld ausstatten, damit diese genug qualitativ hochwertige
 25 Krippen- und KiTa-Plätze, Schulen sowie Studienplätze finanzieren können, damit jeder und jede die Bildung bekommt, die er oder sie möchte. Gerade private Bildungseinrichtungen erheben Gebühren und sind hoch selektiv. Die Chance auf Bildung darf nicht von der finanziellen Situation oder dem gesellschaftlichen Stand des Elternhauses abhängig sein. Wir lehnen
 30 jegliche Art von Bildungsgebühren, sowie jegliche Kosten, die für Bildung anfallen, ab.

Wir fordern außerdem, dass Programme zur Elitenförderung, wie das

Deutschlandstipendium, ersetzt werden durch Förderprogramme für sozial
35 Benachteiligte, damit ein gerechter und freier Zugang zu Bildungseinrich-
tungen für alle möglich ist.

Unabhängige Bildungseinrichtungen

40 Ziel von Bildung ist es auch, zu lernen, unabhängig und kritisch zu sein.
Das funktioniert nicht, wenn Bildungseinrichtungen in die Abhängigkeit
von privaten Unternehmen geraten, weil diese sie sponsern. Private Finan-
ziers dürfen keinen direkten oder indirekten Einfluss auf Stundenpläne,
Bildungsinhalte oder grundsätzliche Ausrichtungen von Bildungseinrich-
45 tungen haben. Auch Weiterbildungsmöglichkeiten müssen allen Menschen
kostenfrei zur Verfügung stehen. Wir setzen uns für lebenslanges Lernen
ein, das allen Menschen unabhängig ihrer finanziellen Stellung möglich ist.
Daher bleiben wir bei der Forderung nach absoluter Lehrmittelfreiheit.

50 Außerdem muss Bildung einer zivilen und friedlichen Gesellschaft ver-
pflichtet sein. Militär hat an Schulen und Hochschulen nichts zu suchen!
Deswegen fordern wir die Einführung der Zivilklausel in allen Hochschulen.

Kooperationsverbot abschaffen!

55 Überfüllte Klassen, marode Bauten, in denen unterrichtet wird und man-
gelhafte Unterrichtsversorgung sind Alltag im deutschen Schulsystem; der
Grund dafür ist die permanente Unterfinanzierung der Bildungsinstitu-
tionen. Um eine ausreichende Finanzierung der Bildung sicherzustellen,
60 genügen die finanziellen Mittel der Länder nicht. Daher muss der Bund
die Haushaltsumlagen erhöhen um eine fortschrittlichere Bildungspolitik
zu ermöglichen. Zudem muss das Kooperationsverbot für den gesamten
Bildungsbereich aufgehoben werden.

65 Wettbewerb um finanzielle Mittel entgegentreten

Auf dem Weg hin zu einem gerechten Bildungssystem müssen wir weg
von einem anreiz- und wettbewerbsorientierten System. Der Wettbewerb
zwischen Bildungseinrichtungen untereinander lähmt den Bildungsbetrieb.
70 Gerade im Hochschulbereich leiden am Ende die Qualität der Lehre und For-
schung. Gute Bildung entsteht unserer Meinung nach nur dann, wenn die
Rahmenbedingungen stimmen. Staatliche Bildungseinrichtungen dürfen
sich nicht an Prestigeprojekten aufhängen, sondern müssen dazu befähigt

75 werden, sich auf ihre Kernkompetenzen zu konzentrieren. Außerdem muss
der Einfluss marktwirtschaftlicher Unternehmen an Hochschulen deutlich
eingeschränkt werden. Drittmittelfinanzierung von Lehre und Forschung
lehnen wir ab!

Kommunen besser finanzieren

80

Kommunen müssen besser finanziert werden, damit diese Bibliotheken,
staatliche Museen und andere staatliche Kultureinrichtungen erhalten
und den Bürgerinnen und Bürgern freien Zugang ermöglichen können.
Zudem müssen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen,
85 um Schließungen von kleinen Schulen aus Geldmangel zu verhindern und
marode Schulbauten zu sanieren. Lange Schulwege dürfen kein Hinderungs-
grund für weiterführende oder höhere Bildung sein. Gerade in ländlicheren
Regionen sind Schulen ein wichtiger Anker und können strukturschwachen
Regionen Auftrieb geben.

90

Inklusive Bildung ermöglichen

Wir wollen Inklusion, weil wir die Teilhabe aller Menschen an der Ge-
sellschaft gewährleisten wollen. Deshalb müssen wir alle Barrieren, wie
95 insbesondere soziale, infrastrukturelle und finanzielle, beseitigen und
überwinden. Zudem muss Inklusion zur Selbstverständlichkeit werden. Alle
Bildungsstätten, sowie alle anderen öffentlichen Einrichtungen, müssen
barrierefrei werden. Alle Menschen, die in Bildungseinrichtungen arbeiten,
müssen entsprechend geschult werden.

100

Wir brauchen Vielfalt im Bildungssystem, die private Bildungsanbieter nicht
gewährleisten. So nehmen beispielsweise einige Privatschulen nur Jungen
oder Mädchen auf, oder nur Kinder einer bestimmten Konfession. Nur,
wenn Menschen egal welcher Hautfarbe, welchen Geschlechtes, welcher
105 Herkunft, welcher Sexualität, welchen Glaubens oder welchen Einkommens
miteinander lernen sind Inklusion und Integration verwirklicht. Konzepte
privater Schulen können überprüft und übernommen werden.

Ein solidarisches Steuersystem schaffen!

110

Um den steigenden Finanzbedarf des Bildungsbereiches zu decken, braucht
es Reformen auf der staatlichen Einnahmeseite. Eine Steuerreform, die
hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften stärker in die Pflicht nimmt,

- um BezieherInnen niedriger Einkommen durch Ausweitung kostenlose staatlicher Leistungen, gezielter Sozialpolitik und Infrastrukturdienstleistungen zu niedrige Einkommen entlasten, ist überfällig. Eine solidarische Bildungsfinanzierung wie wir sie uns vorstellen, muss staatlich und solide sein, denn Bildung ist der Motor und Antrieb einer Gesellschaft.
- 115
- 120 Bildung war, ist und wird der Garant für Wohlstand auf der ganzen Welt. Sie ist unser wichtigster Rohstoff und sowohl Exportschlager als auch Magnet für schlaue Köpfe aus aller Welt. Demzufolge ist eine ausreichende Finanzierung unabdingbar. Im internationalen Vergleich sind die deutschen Bildungsausgaben verschwindend gering.
- 125
- Der Staat darf im Bereich der Bildung keine Verantwortung aus der Hand geben, dazu ist dieses Ressort einfach viel zu wichtig!

Antragsbereich B / Antrag 3

Antragsteller: Jusos Bayern

Empfänger: Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Landesparteitag, Landtagsfraktion

B3: „Europabildung an der Schule“ endlich umsetzen

- Die SPD im Bundes- und Landtag, sowie in Regierungsverantwortung, setzt sich für eine sofortige und umfassende Umsetzung der KMK-Empfehlung “Europabildung in der Schule” vom 8. Juni 1978, in der Fassung vom 5. Mai 2008, ein. Die Umsetzung der Empfehlung muss durch Berichterstattungen
- 5 überprüft werden.

- Bereits 1978 hat die Kultusminister_innenkonferenz einen bis heute gültigen Beschluss erlassen und 1990 und 2008 sogar noch bestätigt und überarbeitet. Sie empfiehlt unter anderem, auch in Fächern wie Mathematik und
- 10 Deutsch, “auf aktive Beiträge zur Förderung des europäischen Bewusstseins” nicht zu verzichten, in der Lehrer*innenaus- und Weiterbildung mehr auf Europa einzugehen, und den bilingualen Unterricht zu fördern.

- Deswegen fordern wir die Genoss*innen in den Landtagen, in den Landesregierungen, im Bundestag und in der Bundesregierung dazu auf, die
- 15 KMK-Beschlüsse endlich umzusetzen und dem europäischen Projekt den

ANNAHME

Platz in den Lehrplänen einzuräumen, den es verdient.

Antragsbereich B / Antrag 4

Antragsteller: Bezirk Mittelfranken

Empfänger: BayernSPD-Landesgruppe der BTF, Landesparteitag, Landtagsfraktion

B4: Weitere Verbesserung der Situation von Schulabgängern ohne Abschluss

Wir fordern die SPD auf, sich für Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Situation von Schulabgängern ohne Abschluss einzusetzen.

ANNAHME

Die SPD-Landtagsfraktion fordert dafür mehr Haushaltsmittel vom Freistaat
5 Bayern.

Wir fordern die Bundestagsfraktion auf, die bewährten Nürnberger Konzepte flächendeckend weiter zu empfehlen und die Finanzierung zu sichern.

10 **Begründung**

Schulabgänger ohne Schulabschluss haben schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Durch viele gezielte Maßnahmen hat sich in Nürnberg in den letzten Jahren die Anzahl um 4 Prozentpunkte auf 8,1 % verringert – und das, obwohl die Anzahl der Übergangsklassen (Schüler(innen) ohne

15 Deutschkenntnisse) zunahm!

Besonders für die letztgenannte Gruppe werden dringend einheitliche Konzepte, intensive Fördermaßnahmen und vor allem mehr Lehrer- und Schulsozialarbeiter-Stellen – und deren Finanzierung durch den Bund –
20 benötigt. Der Nürnberger Modellversuch der Sprachintegrationsklassen hat sich inzwischen in ganz Bayern bewährt und könnte von allen Bundesländern übernommen werden.

Geld, das jetzt für den erfolgreichen Schulabschluss dieser Jugendlichen eingesetzt wird, kann später vielfach eingespart werden!
25

Antragsbereich B / Antrag 5

Antragsteller: Bezirk Oberfranken

Empfänger: Landesparteitag, Landtagsfraktion

B5: Erlass eines Bayerischen Bildungszeitgesetzes analog dem Bildungszeitgesetz (BzG BW) von Baden-Württemberg vom 11.03.2015

Im Übereinkommen Nr. 140 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über den bezahlten Bildungsurlaub vom 24. Juni 1974 hatte sich die Bundesrepublik Deutschland völkerrechtlich verpflichtet, einen bezahlten Bildungsurlaub zum Zwecke der Berufsbildung, der allgemeinen und politischen Bildung sowie der gewerkschaftlichen Bildung einzuführen. Da der Bund allerdings durch die Kulturhoheit der Länder keine Bildungshoheit hat, verabschiedeten die Bundesländer im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung eigene Landesgesetze, die Arbeitnehmern einen Anspruch auf die Gewährung von Bildungsurlaub geben.

10

Begründung

Das Leben eines Einzelnen wird in der modernen Welt von Kommunikations- und Informationsmedien unterschiedlichster Art geprägt. Zunehmende Digitalisierung und eine geforderte Kompetenzerweiterung im Arbeitsleben erfordern einen ständigen Bildungsprozess.

15

Bildung kostet Geld, Zeit und Ressourcen. Berufliche Qualifikationen werden zunehmend von den allgemeinen Tätigkeits- und Aufgabenbereichen abgekoppelt. Der Druck auf die Arbeitnehmer, Qualifikationen außerhalb der Beschäftigungszeiten anzunehmen wächst stetig.

20

Bildung im Arbeits- und Berufsleben muss für alle sozialen Schichten möglich sein. Benachteiligungen müssen so weit wie möglich vermieden werden. Dies gilt vor allem für alleinerziehende Personen und solche mit Unterstützungsbedarf. Arbeitnehmerähnliche Rechtspersonen dürfen vom Anspruch auf Bildung nicht ausgeschlossen werden. Das gilt auch bei den Bildungsangeboten.

25

Bildungszeitanspruch kann dazu beitragen, Bildung sozial ausgewogener zu gestalten und zu ermöglichen. Bayern als eines der wirtschaftlich und finanziell stärksten Bundesländer besitzt kein eigenes Landesbildungszeitgesetz. Damit der hohe Qualifikationsgrad der Arbeitnehmer in Bayern gehalten

30

ABLEHNUNG

und erhöht kann, wäre die Schaffung eines Landesbildungszeitgesetzes wirksam und sinnvoll.

35

Dabei sollen zwecks Verzahnung in allen Lebensbereichen die Maßnahmen in der Bildungszeit nicht nur auf die beruflichen Qualifikationen beschränkt bleiben. Viel mehr sind auch die politische Weiterbildung und die Qualifizierung ehrenamtlicher Tätigkeiten zu berücksichtigen. Besonders letztere

40 werden durch ein Bildungszeitgesetz gestärkt und damit aufgewertet.

Anlagen:

45

Bildungszeitgesetz Baden-Württemberg: <http://tinyurl.com/lnzxejg>

Gutachten von Prof. Dr. Reingard Zimmer: <http://tinyurl.com/lnzxejg>

50 Hintergrund zum ILO-Beschluss von 1974: <http://tinyurl.com/m87kdav>

ILO-Beschluss von 1974: <http://tinyurl.com/m8zm4ar>

Antragsbereich B / Antrag 6

Antragsteller: Bezirk Mittelfranken

Empfänger: Bundesparteitag, Landesparteitag

B6: Weitere finanzielle Unterstützung der sozialen Kinder- und Jugendhilfe zur Verbesserung der Situation an unseren Schulen

Weitere finanzielle Unterstützung der sozialen Kinder- und Jugendhilfe zur Verbesserung der Situation an unseren Schulen

Begründung

5 Die Wirtschaft wächst, der Arbeitsmarkt boomt und die Bevölkerung in Deutschland scheint finanziell immer reicher zu werden. Das Ganze hat einen entscheidenden Nachteil: beim genaueren Betrachten wird ersichtlich, dass sich die Gesellschaft immer weiter spaltet und immer mehr Menschen auf der Verliererseite landen. Verlierer sind diejenigen, die mit dem starken

10 Wachstum und dem damit einhergehenden Herausforderungen und Anfor-

derungen nicht mithalten können.

Auch im Schulsystem ist diese Spaltung erkennbar. Zum einen gibt es immer mehr Abiturienten und der Notenschnitt verbessert sich kontinuierlich,
15 zum anderen gibt es jedoch weiterhin eine sehr beunruhigende Anzahl an Schülerinnen und Schülern, denen es zunehmend schwer fällt, den Anforderungen gerecht zu werden und letztendlich nicht in der Lage sind, einen Schulabschluss abzulegen. Dies liegt nicht nur an den steigenden Anforderungen des Systems, sondern ebenfalls an den steigenden Zukunfts-
20 ängsten und den Erwartungen der Eltern an die Kinder. Der Druck auf die Kinder wächst!

In einigen Regionen Mittelfrankens ist die Anzahl an Schulabgänger ohne Schulabschluss gravierend hoch. Während Bayern im Schnitt unter al-
25 len Bundesländern am besten abschneidet, liegt die Stadt Nürnberg und das Nürnberger Land deutlich über den Gesamtdurchschnitt in Deutschland.

Doch es gibt Hoffnung. Denn die Anzahl an Schuler ohne Schulabschluss in Nürnberg hat sich in den letzten Jahren um einige Prozentpunkte verringert
30 – und das, obwohl die Anzahl der Übergangsklassen zunahm. Grund dafür waren gezielte Maßnahmen, die sich bereits in ganz Bayern bewährt haben.

Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung fordert deswegen die zuständigen Stellen auf, verstärkt finanzielle Mittel und Personal zur Verfügung zu
35 stellen, damit gezielte Fördermaßnahmen weiter bestehen und aufgebaut werden können. Wir brauchen mehr Lehrer und Lehrerinnen sowie weitaus mehr Schulsozialarbeiter und Schulsozialarbeiterinnen. Nur so können wir sozial Benachteiligte und andere Schüler und Schülerinnen, die aus den verschiedensten Gründen Probleme in der Schule haben, unterstützen.

40
Denn: Geld, das heute für die Unterstützung von Kinder- und Jugendlichen zur Erreichung eines Schulabschlusses ausgegeben wird, kann später bei der Integration in den Arbeitsmarkt eingespart werden! Einführung einer Gleichstellungsbeauftragten innerhalb der Partei zuständig für alle Mitglie-
45 der

Antragsbereich B / Antrag 7*Antragsteller: Bezirk Schwaben**Empfänger: Landesparteitag, Landtagsfraktion***B7: Mehr individuelle Förderung in der Schule – weniger Nachhilfe daheim**

Wir fordern, dass sich die Bayern SPD und die SPD Landtagsfraktion, um mehr individuelle Förderung von guten und schlechten SchülerInnen zu erreichen, dafür einsetzt, dass

ERLEDIGT

- 5 – mehr Personal für die individuelle Förderung in den Schulen eingestellt wird.
- die Klassenstärken weiter runtergesetzt werden.
- 10 – das Tutorensystem durch SchülerInnen höherer Jahrgangsstufen (Stichwort: Lernen durch Lehren) zeitlich und personell auszubauen und entsprechend zu entlohnen.
- als TutorInnen auch Lehrkräfte und SozialarbeiterInnen eingesetzt
- 15 werden bzw. dies weiter ausgebaut wird.
- SchulsozialarbeiterInnen für jede/n SchülerIn erreichbar sind. Dies bedeutet, dass weiterführende Schulen ab einer bestimmten Größe einen eigenen staatlich finanzierten Schulsozialarbeiter brauchen. Bei kleinen
- 20 Schulen können auch Zusammenfassungen (z.B. ein Sozialarbeiter für eine Mittelschule und eine Realschule oder für den Mittelschulverbund) stattfinden. Auch die Grundschulen müssen Sozialarbeiterstellen bekommen.
- das Kooperationsverhalten der SchülerInnen speziell im musisch-künstlerischen Bereich und den Mannschaftssportarten durch Ausbau
- 25 entsprechender Angebote gefördert wird.
- der sinnvolle Einsatz neuer Medien durch Investitionen in diesem Bereich mit staatlicher Förderung ausgebaut wird, so dass die Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler gefördert wird.
- 30

Diese Forderungen sind ins Landeswahlprogramm für die Landtagswahl 2018 aufzunehmen.

35 **Begründung**

Die Nachhilfeeinstitute sprießen wie Pilze aus dem Boden. Die Nachhilfe ist mittlerweile zu einem umsatzstarken Geschäft geworden. Interessanterweise belegt eine Untersuchung der Bertelsmannstiftung, dass ein Drittel der Nachhilfe nehmenden SchülerInnen in Mathematik und Fremdsprachen und sogar 45 Prozent in Deutsch die Notenstufen sehr gut bis befriedigend (1-3) hat.

Der Bildungsauftrag liegt aber bei den Schulen, die aber die individuelle Förderung oftmals aus Personalmangel und zu großen Klassenstärken nicht leisten können.

Abhilfe können hierbei Tutorensysteme schaffen. Als Nebeneffekt wird hierbei die Sozialkompetenz der SchülerInnen ausgebaut und Erfolgserlebnisse geschaffen, da der Tutor/ die Tutorin anderen etwas beibringen kann.

50

Ein weiterer Baustein hierzu sind SchulsozialarbeiterInnen, die die Lehrkräfte unterstützen können und SchülerInnen außerhalb des Unterrichts auch bei Problemen betreuen können. Die neuen Medien sind in manchen Bereichen nicht gut ausgebaut. Dies hängt vom Träger und seinem finanziellen Leistungsvermögen und seinem Willen ab. Hier muss investiert werden.

55

Antragsbereich B / Antrag 8

Antragsteller: Bezirk Schwaben

Empfänger: Landesparteitag, Landesvorstand, Landtagsfraktion

B8: Verbesserung der Einstellungssituation in allen bayerischen Schulen

Wir fordern, dass sich die BayernSPD und die SPD-Landtagsfraktion für eine Verbesserung der Einstellungssituation für Absolventen des Zweiten Staatsexamens für das Lehramt in allen bayerischen Schulen einsetzen.

ANNAHME

- 5 Zudem stellt sich die BayernSPD und die SPD-Landtagsfraktion gegen die Zulassungsbeschränkung zum Referendariat und spricht sich für eine Zulassungsbeschränkung der verschiedenen Lehramtsstudiengänge sowie für eine interne Optimierung der Berechnung der Lehrerbedarfsprognosen seitens des Kultusministeriums aus.

10

Diese Forderungen sind in das Wahlprogramm für die Landtagswahl 2018 aufzunehmen.

Begründung

15 Seit mehreren Jahren unterbreitet das Kultusministerium Tausenden von fertigen Lehrerinnen und Lehrern kein Einstellungsangebot trotz Personalbedarfs. Die aktuellen Einstellungszahlen vom September 2016 für das Gymnasium (Quelle: BLLV) sind in der Tabelle unten ersichtlich. Durch den Lehrermangel Anfang der 2000er-Jahre warb die Staatsregierung
20 massiv für ein Lehramtsstudium, besonders auch für die modernen Fremdsprachen Spanisch und Italienisch, die damals an vielen Gymnasien neu eingeführt wurden. Diese Studierende/n sind seit Beginn der 2010er-Jahre mit Studium und Referendariat fertig und werden nun nicht eingestellt, obwohl regelmäßig nach Schuljahresbeginn viele Schulen in allen Fächern
25 Aushilfen suchen. Die Personallücken werden statt mit verbeamteten oder angestellten Vollzeitlehrkräften mit Referendaren, Pensionären oder dauerangestellten Seiteneinsteigern besetzt. In Pension gehende Lehrkräfte werden teilweise nicht ersetzt. Die Intensivierungsstunden finden statt in Kleingruppen im Klassenverband statt um Lehrerstunden einzusparen.

30

Die von der Staatsregierung beschlossene Zulassungsbeschränkung zum Referendariat stellt keine akzeptable Lösung dar. So drängen zwar weniger fertig ausgebildete Lehrkräfte auf den Arbeitsmarkt, viele Uniabsolventen werden jedoch ohne Zukunftsperspektive bleiben, denn ohne das Referendariat als zweite Phase der Lehrerbildung ist auch das 1. Staatsexamen
35 wertlos.

40

Sinnvoller wäre hier eine Zulassungsbeschränkung der verschiedenen Lehramtsstudiengänge sowie eine interne Optimierung der Berechnung der Lehrerbedarfsprognosen seitens des Kultusministeriums.

Schon seit Jahrzehnten fällt das Bayrische Kultusministerium durch mangelhafte bis ungenügende Personalplanung auf.

V Verkehr und Infrastruktur

Antragsbereich V / Antrag 1

Antragsteller: Bezirk Oberpfalz

Empfänger: Bundesparteitag, Landesparteitag

V1: Keine weitere Privatisierung unserer Gesellschaft – Wehret den Anfängen!

- Keine Privatisierung der Autobahnen in Deutschland und keine private Bundesfernstraßengesellschaft
- Keine staatliche Infrastrukturgesellschaft des Bundes nach privatem Recht

5

ANNAHME

Begründung

Im Zuge der Änderung der Finanzierung der Bundesautobahnen und der Neuorganisation des deutschen Straßenbaus ist geplant, dass sich in Zukunft private Geldgeber am Bau und Erhalt von Straßen beteiligen können. Dazu soll ein Gesetz zur Gründung einer Infrastrukturgesellschaft nach privatem Recht in Form einer Bundesverkehrsgesellschaft beschlossen werden. Durch die Beteiligung privater Geldgeber ist aber zu befürchten, dass deren finanzielle Beteiligung von den Straßen- und Autobahnnutzern über ein Entgelt refinanziert wird. Als Folge davon ist mit Sicherheit zu erwarten, dass dann eine allgemeine PKW-Maut für alle Autofahrer eingeführt wird.

Mit der Schaffung einer privaten Infrastrukturgesellschaft besteht auch die Gefahr der Ausweitung auf alle Infrastrukturbereiche, so dass am Ende die gesamte Infrastruktur der Privatisierung und dem alleinigen Streben nach höchstmöglicher Rendite geopfert wird. Auch jene, die zur allgemeinen staatlichen Daseinsvorsorge und – versorgung gehört. Gerade jetzt mit Blick auf die beschlossene CETA, ist zu befürchten, dass der Druck zu solch umfangreicher Privatisierung erhöht wird. Damit ist der schleichenden kompletten Privatisierung und Kommerzialisierung unserer Gesellschaft Tür und Tor geöffnet, wo immer mehr das Profitstreben, die Renditeerwartungen und der kommerzielle Nutzen die Zielsetzung unseres Lebens bestimmen. Gerade aber wir Ältere sind weiterhin und in besonderem Maße auf den Erhalt der staatlich gesicherten öffentlichen Leistungen angewiesen.

30

Wir fordern daher unsere Partei auf, weitere Privatisierung unserer Gesellschaft zu verhindern und gesamtgesellschaftliches Denken und gemeinnütziges Handeln politisch mehr zu fördern und zu stärken. Wehret den Anfängen!

Antragsbereich V / Antrag 2

Antragsteller: UB Weiden-Neustadt-Tirschenreuth

Empfänger: Landesparteitag

V2: Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern

Der SPD- Landesverband unterstützt die folgenden Forderungen der Mitglieder der Enquete Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“, um Chancengerechtigkeit, Generationengerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit und Verfahrensgerechtigkeit im Bereich Wirtschaft und

5 Infrastruktur in allen bayerischen Landesteilen herzustellen, um so zu verhindern, dass ein Riss durch die Gesellschaft des bayerischen Freistaats geht.

ANNAHME

Im Einzelnen umfassen die Forderungen im Bereich Wirtschaft:

- 10 • Die Staatsregierung leistet dem Verfassungsauftrag der Bayerischen Verfassung und der Forderung des Grundgesetzes nach Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse aktiv Folge. Daher zielgerichteter Einsatz der zur Verfügung stehenden gestalterischen Instrumente (LEP, Regionalmanagement u.a.).
- 15 • Proaktive Unterstützung von Städten, Gemeinden und Kommunen bei der Förderung bereits bestehender Industriebranchen und deren Entfaltungsmöglichkeiten (z. B. Erweiterungsflächen; Fachkräftesicherung) unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit (kontra Zersiedelung und Missachtung des Anbindegebots). Dies sichert Arbeitsplätze in der Region.
- 20 • Baurecht nachhaltig ausarbeiten und gestalten, sodass z. B. Bürogebäude, die nicht mehr genutzt werden, umgewidmet werden und z. B. als (inklusive) Wohnraum genutzt werden können. (Vermeidung von Leerstand, weniger Flächenverbrauch, bezahlbarer Wohnraum).
- 25 • Entwicklung von Industriebranchen in Zusammenarbeit zwischen Kommune, Landkreis und Eigentümern. Geklärte Besitzverhältnisse für eine schnellere, kostengenaue, nachhaltigere Projektentwicklung.
- Einsatz eines gezielten Regionalmanagements in Zusammenarbeit mit

- 30 „Invest in Bavaria“, um die Ansiedlung eines Branchenmixes vor Ort zu gewährleisten bzw. monostrukturierte Industriebranchen zu verhindern. (Sicherstellung, dass Menschen mit unterschiedlicher Ausbildung einen Arbeitsplatz bekommen und Bindung von Fachkräften vor Ort. Außerdem ist ein wegbrechender Industriezweig oftmals Grund für ökonomische Verelendung ganzer Regionen. Ein Industriebranchenmix verhindert dies.)
- 35 • Bearbeitung des Aufgabenkataloges des ZO-Systems zur Erfüllung der Daseinsvorsorge durch den Freistaat Bayern. Dadurch Sicherstellung der qualitativen und quantitativen wohnortnahen Versorgung auf hohem Niveau und Schaffung eines leistungsfähigen Netzes aus Unter-, Mittel- und Oberzentren. (Schaffung von weichen Standortfaktoren, welche die Region attraktiv machen und Abwanderung verhindern).
- 40 • Verbindliche Ausstattung der Ober-, Mittel-, und Unterzentren mit finanziellen Mitteln zur Erfüllung ihrer jeweiligen Aufgaben durch den Freistaat.
- 45 • Zur Verfügung Stellung von zusätzlichen finanziellen Mitteln für Ober-, Mittel-, und Unterzentren, wenn diese weitere Aufgaben übernehmen sollten, die über ihre festgelegten Pflichtaufgaben hinaus entstehen, aber zur aktiven Daseinsvorsorge beitragen.
- 50 • Beseitigung entsprechender Hürden zur Schaffung von KiGa´s /KiTa´s, die in Kooperation zwischen Gemeinden, Kommunen und Betrieben entstehen. (Dies ist als „weicher Standortfaktor“ ein wichtiger Beitrag zur Bindung von Fachkräften).
- 55 • Überarbeitung der Ausbildungsabschlüsse für den Bereich Tourismus/Hotellerie und Anhebung auf ein entsprechendes Niveau, um das Ansehen hierfür zu steigern.
- Weitere Ausgründung von TH´s und Unis in die regionale Fläche, um verschiedene Angebote der Fortbildungen anbieten zu können. So können Studenten vor Ort „gehalten“ werden.
- Keine wirtschaftliche Benachteiligung von Firmen in der Fläche durch sanierungsbedürftige Straßen. (Export, Zulieferung, Neuansiedlung möglich, wenn Infrastruktur gegeben)
- 60 • Konzentration von Wirtschaftsförderung auf die benachteiligten Regionen.
- Erhebung des ÖPNV zur Pflichtaufgabe für die Kommunen durch den Freistaat und Ausstattung mit den entsprechenden finanziellen Mitteln
- 65 • Verpflichtung der Landkreise bei Ausschreibungen für ÖPNV-Projekte, eine Überprüfung der Verknüpfung von ÖPNV und Werksverkehr zu fordern.

- Verpflichtung von Gemeinden, Kommunen, Städte und Landkreisen sozialversicherungspflichtige Stellen auszuschreiben.
- 70 • Bessere finanzielle und personelle Ausstattung des jeweiligen Regionalmanagements durch die Staatsregierung, damit diese weitere Aufgaben zur regionalen Potentialbergung (Bereich: Digitalisierung, Förderprogramme, Ansiedlungsstrategien usw.) übernehmen können.
- Bessere Unterstützung des Ehrenamtes.
- 75 • Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung, 15% statt 12,75% Anteil im kommunalen Finanzausgleich.
- Bürgerbeteiligung über Regionalkonferenzen an landkreisweiten Strategieplanungen.
- Aufwertung des Landesplanungsbeirats

80

Im Einzelnen umfassen die Forderungen im Bereich Infrastruktur:

- Landkreisen sollte bei der Ausschreibung für ÖPNV-Projekte, damit eine abgestimmte Taktung zwischen den verschiedenen Verkehrsverbänden zum Ausschreibungskriterium gemacht werden kann, die Verpflichtung zur regionalen Zusammenarbeit auferlegt werden. Bessere Taktung zwischen den Verkehrsverbänden macht die Fläche mobil. (Hiervon profitieren u.a. Auszubildende unter 18, Senioren, Menschen ohne Führerschein).
- 85
- 90 • Tarifsysteme dahingehend überprüfen, ob Verkehrsverbände ausgebaut werden können
- TH'S und Unis bei Verhandlungen mit Verkehrsverbänden in Bezug auf Semestertickets unterstützen. (Evtl. Übernahme der Wirtschaftlichkeitslücke)
- 95 • Verpflichtung für den Aufgabenträger zur Aufstellung von Nahverkehrsplänen.
- die Höhe der ÖPNV-Zuweisung sollte die Anstrengung des Trägers zur erstmaligen Umsetzung einer Empfehlung, dessen finanzielle Leistungsfähigkeit sowie die Qualität der Maßnahmen berücksichtigen.
- 100 • Aufstockung der aktuellen ÖPNV-Zuweisungen von 50 Mio.€ auf 75 Mio.€ (Stand 2003) und die Einführung eines demographischen Faktors bei den ÖPNV-Zuweisungen.
- Flexiblere Kriterien für eine Reaktivierung von Schienenstrecken bzw. nochmalige Überprüfung einer Schienenstrecke auf notwendige Stilllegung, um den Rückzug der Bahn aus der Fläche zu vermeiden.
- 105 • Schaffung einer eigenen Kategorie Öffentlicher Personen-Regionalverkehr (ÖPRV) als Verbundsystem im Bereich zwischen

dem ÖPNV und dem SPNV. Damit könnten z.B. die Randgebiete der Metropolregion Nürnberg in den Genuss eines attraktiven Angebotes kommen. Der ÖPRV ist nicht als Aufgabe der Kommunen und als Aufgabenträger für den ÖPRV zu sehen, sondern durch Landesmittel sicherzustellen. Leitgedanke darf dabei nicht nur die im Verkehrsmittel zurückgelegte Entfernung, sondern müssen zusätzlich die mit den Fahrten erreichbaren Einwohner und Einrichtungen sein, um dem Gebot der Schaffung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen durch entsprechende öffentliche Mobilität im ländlichen Raum gerecht zu werden.

- Förderprogramm für den Erhalt von Staatsstraßen oder vorhandenes Förderprogramm dahingehend ändern, dass nicht nur der Ausbau, sondern auch der Erhalt gefördert wird.
- Förderprogramm „Brückensanierung“ ins Leben rufen.
- Beschreiten neuer Wege im Bereich der E-Mobilität und des autonomen Fahrens gegangen. Dafür Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Landkreisen und Forschungseinrichtungen/Unis/FHs vor Ort verstärken. (Förderung des Verzichts auf den PKW in der Stadt, zumal immer mehr Menschen auf sogenannte SUV`s umsteigen und Entlastung des Ballungsraums sowie Mobilmachung des den ländlichen Raums.
- Im Rahmen der Plattform Mobilität des Zentrum Digitalisierung.Bayern (ZD.B) soll das Thema „Mobilität im ländlichen Raum“ im Besonderen – in Zusammenarbeit mit den Regionen – erforscht und entsprechende Handlungsempfehlungen erteilt werden.
- Erweiterung des ZD.B um die Plattform „Smart City.“
- staatliche Bezuschussung der Erprobung dezentraler Energiekonzepte im Bereich Photovoltaik im Rahmen von Bürgerprojekten (finanziert von regionalen Banken) vor Ort soweit nötig. Bei Bewährung dieser Projekte Übergang in dauerhafte Konzepte mit entsprechender staatlicher finanzieller Unterstützung im Rahmen der Amortisationszeit. Flächen, die sich nicht für die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte eignen, sollen hier bevorzugt genutzt werden.
- Überprüfung, ob Energieeffizienz künftig zum Aufgabenbereich des Regionalmanagements gerechnet werden soll.
- Zugang zu Förderprogrammen so gestalten, dass ausnahmslos jeder, seien es Unternehmen, Betriebe, Gemeinden oder Kommunen, diese unkompliziert in Anspruch nehmen kann.
- Gezielte Förderung von Existenzgründern und die Digitalisierung der KMU vor Ort.
- Schaffung von De-minimis- Beihilfen für kommunale Einrichtungen im

- Sinne von kleineren – nicht zweckgebundener Förderung für Versorgungsinfrastruktur vor Ort.
- 150 • Ermittlung des Breitbandbedarfs für Bayern an Hand von „Warenkörben“ (Einteilung in drei Kategorien: Private Konsumenten, KMU, Großbetriebe).
- Massive Forcierung des Mobilfunkausbaus.
 - frühzeitige Beteiligung der Bürger an der Planung großer Infrastrukturprojekte bei gleichzeitiger Straffung der Entscheidungsprozesse
- 155

Begründung

- 160 Auf Initiative der SPD hin hat die Bevölkerung Bayerns am 15. September 2013 im Rahmen eines Volksentscheides sich mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen, das Ziel der „gleichwertigen Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen“ in die bayerische Verfassung aufzunehmen. Die BayernSPD-Landtagsfraktion hat sich lange dafür stark gemacht, eine
- 165 Enquete-Kommission für „Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern“ zu etablieren. Durch die oben genannten Forderungen für den Bereich Wirtschaft und Infrastruktur, welche einen Teil der Arbeitsergebnisse der Enquete-Kommission darstellen, möchte die BayernSPD-Landtagsfraktion dem gesetzten Verfassungsziel Leben einhauchen.

Antragsbereich V / Antrag 3

Antragsteller: UB Mühldorf am Inn

Empfänger: Landesparteitag

V3: Gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern

- Die Enquête-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ des Bayerischen Landtags erarbeitet Handlungsempfehlungen, wie gleichwertige
- 5 Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen im Flächenstaat Bayern hergestellt werden
- erledigt durch V3

können – in ländlichen Regionen und in städtischen Ballungsgebieten. Die BayernSPD soll sich beim nächsten Landesparteitag mit den Erkenntnissen der Kommission beschäftigen und das Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse in ganz Bayern in das Wahlprogramm zur Landtagswahl 2018 aufnehmen.

15

Begründung

Mit großer Mehrheit wurde am 15.09.2013 von der Bayerischen Bevölkerung ein Volksentscheid zur Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern hinsichtlich der Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen angenommen, in Art. 3, Abs. 2, Satz 2 heißt es seither: „Er [der Freistaat] fördert und sichert gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern, in Stadt und Land.“

Auf Anregung der SPD-Landtagsfraktion wurde am 01.07.2014 vom Bayerischen Landtag einstimmig die Einsetzung einer Enquête-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ beschlossen. Diese Kommission hat sich mit Themen und Fragen aus nachfolgenden Bereichen zu beschäftigen und dem Landtag zu berichten:

35

I. Allgemeine und fachübergreifende Fragen

1. Was ist unter dem Begriff „Gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen“ für Bayern zu verstehen?

40

2. Sind in Bayern als dem größten deutschen Flächenland Raumordnung und Landesentwicklung, insbesondere das Zentrale-Orte-System, wesentliche Instrumente zur

45

Verwirklichung des Staatsziels der Förderung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen?

50

II. Wirtschaft

55 1. Wie kann eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in allen Landesteilen sichergestellt werden?

60 2. Wie können speziell in strukturschwachen Regionen Anreize für nachhaltiges Wirtschaftswachstum geschaffen werden?

65 3. Welche Strategien sind notwendig, damit Unternehmen in Bayern ihren Fachkräftebedarf decken?

70 4. Wie kann die Energiewende als Programm für die Strukturentwicklung ländlicher Räume genutzt werden?

75 5. Wie kann die Tourismusförderung in Bayern zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse beitragen?

III. Kommunale Finanzausstattung

80 1. Wie sollte eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen gestaltet sein, damit diese gleichwertige Lebensverhältnisse gewährleisten kann?

85 2. Wie können die Finanzprobleme stark verschuldeter Kommunen auf Dauer gelöst werden, so dass sie in Zukunft wieder aus

eigener Kraft die erforderlichen Investitionen in Infrastruktur und Daseinsvorsorge leisten können?

90

IV. Infrastruktur

95 1. Wie kann die Verkehrserschließung in strukturschwachen Teilräumen nachhaltig gestärkt werden?

100 2. Wie kann die bayerische Verkehrsinfrastruktur durch verstärkte Vernetzung eine flächendeckende Verkehrserschließung gewährleisten?

105 3. Welche Instrumente lassen sich sinnvoll einsetzen, um Ballungsräume durch eine verstärkte Nutzung umweltfreundlicher Verkehrsträger zu entlasten?

110 4. Inwieweit können Städte, Gemeinden oder Kommunen mit dem Breitbandausbau ihren Standort aufwerten und somit für Gewerbetreibende und auch Privatpersonen attraktiver machen?

115

V. Bildung

120 1. Wie kann ein ausgewogenes Schul- und Betreuungsangebot mit kurzen und vor allem sicheren Wegen auch im Hinblick auf den demografischen Wandel in allen Landesteilen sichergestellt werden?

125 2. Welche Maßnahmen können ergriffen werden, damit Schulabgänger künftig in

ihrem Heimatort einen Ausbildungsberuf ergreifen können?

130 3. Wie kann ein ausgewogenes Hochschulangebot in allen Landesteilen sichergestellt werden?

135

VI. Medizinische Versorgung und Pflege

140 1. Wie kann eine bedarfsgerechte Versorgung aller Landesteile mit medizinischen Versorgungseinrichtungen sichergestellt werden?

145 2. Welche zusätzlichen Maßnahmen und Anreize müssen getroffen bzw. geschaffen werden, um Ärzte und Fachärzte zu einer Niederlassung vor allem in ländlichen Gebieten zu bewegen?

150 3. Wie kann eine bedarfsgerechte Versorgung mit Präventions- und Pflegeeinrichtungen auch in strukturschwächeren Räumen gewährleistet werden?

155 4. Wie kann die optimale Versorgung mit rettungsdienstlichen Leistungen, einschließlich der notärztlichen Leistungen, insbesondere in ländlichen Regionen auch in der Zukunft gewährleistet werden?

160

VII. Lebens-, Arbeits- und Wohnbedingungen

165 1. Wie können in allen Landesteilen attraktive Lebens-, Arbeits- und Wohnbedingungen geschaffen werden?

2. Wie sollte den regional sehr unterschiedlichen Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt begegnet werden?
- 170
3. Welche Möglichkeiten gibt es, in allen Landesteilen eine ausreichende Nahversorgung sicherzustellen?
- 175
4. Wie kann ein vielfältiges kulturelles Angebot in allen Regionen erhalten und ausgebaut werden?
- 180
- Die Mitglieder der Enquête-Kommission aus der SPD-Landtagsfraktion sind die Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein als Stellvertretender Vorsitzender der Kommission sowie Annette Karl und Günther Knoblauch. Stellvertretende Mitglieder sind
- 185
- Klaus Adelt, Ruth Müller und Florian von Brunn.
- 190
- Als Experten hat die SPD-Landtagsfraktion Professor Dr. Manfred Miosga, Professor für Stadt- und Regionalentwicklung am Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie der Universität Bayreuth sowie Dr. Detlev Sträter
- 195
- von der Münchner Projektgruppe für Sozialforschung e.V. benannt. Der zuständige Fraktionsreferent ist Bastian Sauer.
- 200
- Die Kommission und insbesondere auch die obigen Mitglieder der Kommission haben sich seit der Einrichtung der Kommission in über 20 Sitzungen und knapp 20 Ortsterminen in allen Regierungsbezirken Bayerns intensiv mit den aufgeworfenen Fragen beschäftigt.
- 205
- Geplant ist, dass die Kommission bis Mitte

2017 dem Landtag berichten und Handlungsempfehlungen aussprechen soll.

- 210 Die Bereisungen der SPD-Abgeordneten erbrachten neue und bestätigende Erkenntnisse über den Handlungsbedarf im Sinne gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern – dem ländlichen Raum
215 und den städtischen Ballungsgebieten. Diese reichen von der besseren Erreichbarkeit im ländlichen Bereich, über Maßnahmen zur ärztlichen und pflegerischen Versorgung, von Schulen vor Ort über Vorschläge für
220 bezahlbares Wohnen in den zentralen Orten des ländlichen Raumes und in den Metropolregionen, aber auch von der Qualität und Geschwindigkeit des Breitbandausbaues bis hin zur Stärkung der Wirtschaft und der
225 Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

- Großen Raum in den Untersuchungen nehmen auch die Landesentwicklung mit den vielstrukturierten Aufgaben der Kommunen ein: das Zentrale-Orte-System im
230 ländlichen Raum, Anerkennung und Umwandlung von freiwilligen Aufgaben in vom Bürger erwartete oder gar Pflichtaufgaben oder die Finanzausstattung der Kommunen
235 in den unterschiedlichen Ebenen und Größen.

- Ein Jahr nach dem 70-jährigen Jubiläum zur Bayerischen Verfassung zeigt sich auch, dass die sich abzeichnenden Handlungsempfehlungen der Kommission stark einhergehen
240 mit den Artikeln der Bayerischen Verfassung („Hoegner-Verfassung“). Im Vorfeld der Landtagswahlen 2018 sollte sich deshalb die BayernSPD mit dem Thema beschäftigen und
245 auch das Ziel der Gleichwertigen Lebensverhältnisse in ganz Bayern im Wahlprogramm

der BayernSPD zur Landtagswahl 2018 berücksichtigen.

Antragsbereich V / Antrag 4

Antragsteller: UB Nürnberg

Empfänger: Landesparteitag, Landtagsfraktion

V4: Kostenfreier ÖPNV für SchülerInnen und Azubis

Alle Schülerinnen und Schüler und Azubis sollen den ÖPNV kostenlos nutzen können.

ANNAHME

Wir fordern vom Freistaat Bayern, dass

5

- die 2km-/3km-Grenze als Voraussetzung für die Kostenfreiheit entfallen und stattdessen alle SchülerInnen unabhängig von der Entfernung zur Schule in den Genuss der Kostenfreiheit kommen
- die Kostenfreiheit auch für alle SchülerInnen nach der 10. Klasse gelten

10

- die Kostenfreiheit auch für Azubis gelten

Begründung

- 15 Bildung muss für alle (gleich) zugänglich sein und es müssen gleiche Voraussetzungen für alle geschaffen werden. Dass das nicht der Fall ist klar, dies hängt oft mit der finanziellen/erzieherischen Situation in den Familien zusammen, aber dass man vermeidbare Ungleichheiten hinnimmt und nicht dagegen ankämpft, ist falsch. Dass strukturell/sozial schwache
- 20 Familien nochmal viel Geld aufwenden müssen nur damit die Schüler zur Schule kommen, stellt dabei ebenso eine vermeidbare Disparität dar und führt sogar dazu, dass die Unterschiede in der Grundvoraussetzung der Schüler verstärkt wird, da das Geld an anderen elementar notwendigen Stellen fehlt, wie für zusätzliche Schulmaterialien (z.B. Bücher) und im sozia-
- 25 len Bereich der Schüler, wo eine Teilnahme an der Gesellschaft erschwert wird. So kann man sich den Kinogang mit Freunden nicht mehr leisten, man kann sich die Ermäßigungskarte für Theatervorführungen nicht leisten, usw. Diese sozialen Ungleichheiten könnten damit einfach gelöst werden und damit eine Unterstützung für Schüler und deren Familien darstellen,

30 insbesondere für sozial Benachteiligte

Antragsbereich V / Antrag 5

Antragsteller: UB Nürnberg

Empfänger: Landesparteitag

V5: Stärkung der Schiene

Wir fordern:

1. Die Einführung eines Deutschlandtakts im Personenverkehr
2. Die Senkung der Trassenpreise im Schienenverkehr
- 5 3. Die Einführung einer Maut für Fernbusse

Begründung

10 Laut der Verkehrsprognose für den Bundesverkehrswegeplan wird der Güterverkehr bis 2030 deutlich wachsen. Gegenüber 2010 wird die Verkehrsleistung im Güterverkehr um 38 Prozent zunehmen und der Personenverkehr um 13 Prozent wachsen.

15 Unser Ziel muss sein, vom prognostizierten Verkehrswachstum einen deutlich größeren Anteil von der Straße auf die umweltfreundlichere Schiene zu verlagern. Dafür muss der Verkehrsträger Schiene gestärkt werden. Der Schienenverkehr steht vor großen Herausforderungen. Hier ist z.B. der Wettbewerb mit den Straßenlogistikunternehmen zu nennen, aber auch der

20 häufig bevorzugte Individualverkehr auf der Straße. Um den Verkehrsträger Schiene zu stärken, muss die Qualität und die Kapazität des Zugverkehrs verbessert werden. Außerdem sollen faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den Verkehrsträgern geschaffen werden. Das Verkehrswachstum wird nicht ohne Folgen für die Umwelt bleiben. Eine Stärkung der Schiene

25 leistet daher auch einen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz.

Einführung eines Deutschlandtaktes im Personenverkehr:

Um die Qualität und Kapazität der Bahn für Kunden zu erhöhen, muss

30 die Bahn häufig, zügig und pünktlich unterwegs sein. Deswegen soll im

ANNAHME

Schienenpersonenverkehr der Deutschlandtakt eingeführt werden: ein bundesweit verknüpfter und aufeinander abgestimmter Fahrplan.

35 Die Einführung eines Deutschlandtakts ist die Voraussetzung für die bestmögliche Verknüpfung des Schienenpersonennah- und Fernverkehrs über alle Zugsysteme (ICE, RE, RB, S-Bahn), so dass die Fahrgäste optimale Möglichkeiten zum Umsteigen haben. Umsteigemöglichkeiten aus und in alle Fahrtrichtungen sollen garantiert und lange Wartezeiten vermieden werden. Alle Strecken sollen mindestens im Stundentakt (Ballungszentren
40 auch im Halbstundentakt) bedient werden, damit für die Reisenden eine verlässliche Reisekette entsteht. Eine häufigere und abgestimmte Taktung wird die Attraktivität der Bahn als Verkehrsmittel steigern und zu einer gezielteren Auslastung der Infrastruktur Schiene führen.

45 Senkung der Trassenpreise im Schienenverkehr:

Die Belastung aus den Trassenpreisen ist ein wesentlicher Faktor, der über die Wettbewerbsfähigkeit der Schiene entscheidet. Die Höhe der Trassenpreise entscheidet u.a. darüber, ob mehr Verkehr auf die Schiene verlagert
50 werden kann. Beim Verwalten der Schieneninfrastruktur darf der Gewinn nicht im Vordergrund stehen. Ziele wie Bezahlbarkeit der Mobilität und Klimaschutz müssen neben der effizienten Bewirtschaftung entscheidend sein. Durch die Absenkung der Lkw-Maut pro Kilometer und der fehlenden Straßenmaut für Fernbusse hat sich die Kostenstruktur jedoch zu Ungun-
55 sten der Schiene entwickelt. Nach Maßgabe der EU muss sich die Höhe der Maut nach den Bau- und Betriebskosten für die Straßeninfrastruktur richten. Wegen des derzeit sehr niedrigen Zinsniveaus wurde die Lkw-Maut abgesenkt. Um die Schiene wettbewerbsfähig zu machen, müssen auch die Trassenpreise signifikant sinken. Die fehlenden Einnahmen der DB Netz AG
60 sollen durch Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt ausgeglichen werden.

Einführung einer Maut für Fernbusse:

Fernbusse befahren das Straßennetz bisher kostenfrei. Sie belasten nicht nur
65 die Umwelt, sie tragen ähnlich wie Lkws auch erheblich zur Abnutzung der Infrastruktur bei. Außerdem haben Fernbusse durch die geringere Kostenbelastung einen Vorteil gegenüber der Schiene. Jeder Zug zahlt jedoch Trassengebühren. Dieser Wettbewerbsvorteil ist nicht gerechtfertigt. Mit den Einnahmen aus einer Maut für Fernbusse, könnten Busbahnhöfe, zum Beispiel
70 in Nürnberg, ausgebaut werden und die zusätzlichen Mittel könnten zudem

zu Sanierung der Straßen beitragen.



W Wirtschaft und Finanzen

Antragsbereich W / Antrag 1

Antragsteller: OV Olympiadorf

Empfänger: BayernSPD-Landesgruppe der BTF, Landesparteitag

W1: Abgabepflicht – als quasi Steuerzuschuss zum System der Sozialversicherung – für Roboter, vergleichbare Maschinen und digitale Techniken im Produktions und Dienstleistungssektor

In zunehmenden Maße werden Roboter, vergleichbare Maschinen und digitale Techniken im Produktions- und Dienstleistungssektor eingesetzt um menschliche Arbeitskraft zu ersetzen. Für die Betreiber dieser, die menschlichen Arbeitsplätze verdrängenden Maschinen und Techniken, soll

5 eine Abgabepflicht eingeführt werden, welche wie ein Steuerzuschuss dem System der Sozialversicherung zugute kommt. Diese Abgaben sollen an der mit diesen Robotern erzielten Wertschöpfung oder einem fiktiven „Stundenlohn“ bemessen werden.

10 **Begründung**

Seit vielen Jahren wird eine sog. Robotersteuer eingefordert. Diese, die menschlichen Arbeitsplätze verdrängenden Maschinen und Techniken vermindern aber vor allem die Beitragseinnahmen der Sozialversicherung. Deshalb sollten -zum Ausgleich- Abgaben erhoben werden, welche quasi

15 wie ein Steuerzuschuss in die Arbeitslosen- Renten- und Krankenversicherung fließt.

ANNAHME

Antragsbereich W / Antrag 2

Antragsteller: OV Olympiadorf

Empfänger: Bundesparteitag, Landesparteitag

W2: Erhöhung des Quellensteuerabzugs auf 30%

Dass die in Deutschland erhobene Quellensteuer bei Kapitaleinkünften als Abgeltungsteuer erhoben wird, empfinden gerade viele Arbeitnehmer als ungerecht. Da aber eine Abschaffung des Abgeltungsprinzips wieder zu Steuertricksereien und somit zu Mindereinnahmen führen würde, sollte

ABLEHNUNG

- 5 stattdessen umgehend eine Erhöhung des %-Satzes von 25 % auf 30 % vorgenommen werden.

Begründung

- Bei der Kritik an der als Abgeltungssteuer eingeführten Quellensteuer auf
- 10 Kapitalerträge wird oft übersehen, dass hierdurch erstmals tatsächlich nicht unerhebliche Mehreinnahmen an Steuern aus Kapitalerträgen zu verzeichnen sind. Früher wurden – und werden künftig wohl auch wieder bei einer Abschaffung der Abgeltungssteuer – diese der Besteuerung entzogen. Eine Anhebung auf 30 % führt zu einer höheren Gerechtigkeit,
- 15 da ein vergleichbarer Lohnsteuerabzug auch erst bei Spitzengehältern zum Tragen kommt.

Antragsbereich W / Antrag 3

Antragsteller: OV Olympiadorf

Empfänger: Bundesparteitag, Landesparteitag

W3: Erhöhung des Sparerfreibetrags

Der Sparerfreibetrag von derzeit 801 Euro p.P. soll auf 1.260 Euro erhöht werden. Dies erspart Arbeitnehmern, deren Steuersatz unter dem der Quellensteuer liegt, die zuviel einbehaltene Kapitalertragssteuer erst durch eine Steuererklärung/-ausgleich wieder zurück zu fordern.

5

Begründung

- Auch wenn die derzeitigen Verzinsungen kaum dazu führen, dass kleinere Kapitalersparnisse von der Quellensteuer erfasst werden, sollte für die Zeit steigender Zinsen Sicherheit geschaffen werden. Eine etwaige Erhöhung
- 10 der Quellensteuer soll sich auf größere Kapitalvermögen auswirken.

ANNAHME

Antragsbereich W / Antrag 4

Antragsteller: OV Olching

W4: Wiedereinführung der Grundsteuer C

Die BayernSPD setzt sich für die Wiedereinführung der Grundsteuer C als Instrument zur Mobilisierung von Bauland und Eindämmung der Bodenpreisspekulation ein.

- 5 Baugrund ist in den meisten Gegenden Deutschlands ein knappes und wertvolles Gut. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass gerade lukrative Grundstücke unbebaut bleiben und als Spekulationsobjekte dienen, die bei einer weiteren Verknappung der Baugrundstücke noch in ihrem Wert steigen werden. Die Bereitstellung dringend notwendigen
10 Wohnraums wird so verhindert.

- Die Grundsteuer C ist eine von der Kommune erhobene Steuer auf erschlossene, aber unbebaute Grundstücke. Sie dient dazu, innerstädtische Brachflächen in Städten und Gemeinden mit knappen Baulandressourcen
15 zu aktivieren und so den weiteren Flächenverbrauch einzudämmen. Dazu können mit der Grundsteuer C ungenutzte innerörtliche Brachflächen höher besteuert werden als bebaute Grundstücke, um so einen Anreiz zu schaffen, bereits bestehendes Baurecht auch zu realisieren. Die zusätzlichen Einnahmen für die Städte und Gemeinden können zudem gezielt für die
20 Schaffung bezahlbaren Wohnraums eingesetzt werden.

ERLEDIGT

Antragsbereich W / Antrag 5

Antragsteller: UB Erlangen

Empfänger: Landesparteitag

W5: Änderung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes

Das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) wird dahingehend geändert, dass in

ANNAHME

- § 2 Förderungsfähige Vorhaben Absatz 2. Bau oder Ausbau von Verkehrswegen der a) Straßenbahnen, Hoch- und Untergrundbahnen sowie Bahnen besonderer Bauart, b) nichtbundeseigenen Eisenbahnen, soweit sie dem öffentlichen Personennahverkehr dienen, und auf besonderem Bahnkörper geführt werden. der letzte unterstrichene Teilsatz gestrichen wird.

10 Begründung

Das GVFG bildet die Grundlage für die Bezuschussung wichtiger Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen durch den Bund. Es läuft in der jetzigen Form im Jahre 2019 aus. Im September 2015 kam es zu einer Einigung zwischen Bund und Ländern zur Fortsetzung des GVFG-Bundesprogramms über das Jahr 15 2019 hinaus. Bisher wurde aber noch kein Gesetzentwurf dazu vorgelegt.

Für das Projekt StUB war die Verlängerungszusage entscheidend, da die Investitionskosten in Höhe von ca. 258 Mio. Euro zu 60% durch dieses Bundesprogramm gefördert werden. Allerdings werden bei der Förderung bisher 20 nur solche Trassen berücksichtigt, die auf eigenem Gleiskörper verlaufen. Dies ist nicht mehr zeitgemäß, denn die Technik im Bereich der Signalisierung ermöglicht heutzutage, dass Straßenbahnen auf Trassen im Straßenkörper dank Vorrangschaltungen problemlos im Verkehr mitlaufen. Deshalb fordert auch der Deutsche Städtetag in seiner Resolution vom 22.06.2016 die 25 Streichung des o.g. Halbsatzes. Für die StUB hätte dies eine höhere Förder-summe zur Folge, da immerhin zurzeit geschätzte 15% des StUB-Netzes auf straßenbündigen Trassen verlaufen.

Antragsbereich W / Antrag 6

Antragsteller: UB Erlangen, AGS Bayern

Empfänger: Landesparteitag

W6: Gute Arbeit auch in der Selbständigkeit!

Wir fordern, auch für die „kleinen Selbständigen“ faire Arbeitsbedingungen zu schaffen. Dies bedeutet insbesondere

ANNAHME

- 5 • eine bezahlbare soziale Absicherung durch einkommensabhängigen Zugang zu den gesetzlichen Versicherungssystemen (Rentenversicherung, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung) und
- Schutz vor Ausbeutung und Unterdrückung von übermächtigen Vertragspartnern.

10

Begründung

Die Arbeitswelt ist im Wandel. Unter dem Schlagwort „Arbeit 4.0“ werden hierbei die Auswirkungen der Digitalisierung diskutiert. Dieser Wandel
15 betrifft auch und gerade die selbständige Tätigkeit:

Viele Soloselbstständige gehören zu den wirtschaftlich Schwachen

20 Während früher Selbständige in der Regel wirtschaftlich stark waren und selbst Arbeitnehmer beschäftigt haben, um an deren Wertschöpfung zu partizipieren, wird die „neue Selbständigkeit“ unter den Bedingungen der Arbeit 4.0 von Soloselbständigen, die nur ihre eigene Arbeitskraft verwerten, dominiert. Insbesondere in den Wachstumsbranchen IT, Design, Graphik, Programmierung und der Schaffung von Inhalten für das Internet nimmt
25 diese Form der Arbeitsorganisation rasant zu. Auch wenn der Begriff des „Dienstleistungspräkariats“ von den Betroffenen zu Recht als kränkend empfunden wird, trifft dieser das Phänomen doch im Kern.

30 Der Ausschluss aus der gesetzlichen Sozialversicherung schadet den wirtschaftlich Schwachen

Die Durchschnittseinkommen der Soloselbständigen liegen teils deutlich unterhalb derer von abhängig Beschäftigten. Darüber hinaus haben diese

keinen Zugang zur solidarischen und einkommensabhängigen Absicherung
35 durch das System der gesetzlichen Sozialversicherung. Die Beiträge zur
Krankenversicherung sind eine einkommenunabhängige Kopfpauschale,
die für den Spitzenverdiener ein Schnäppchen ist, ein kleines Einkommen
aber fast zur Gänze auffrisst. Dies ist vor allem für Familien dramatisch, da
ohne Familienmitversicherung für jeden die Kopfpauschale zu bezahlen ist.
40 Eine gesetzliche Arbeitslosenversicherung gibt es nicht. Altersvorsorge kann
bei einem unzureichenden freien Einkommen kaum betrieben werden. Die
Selbständigen (sowohl die Reichen wie die Armen!) sollen endlich an der
Solidarität teilhaben müssen und dürfen!

45 **Konzerne unterdrücken Soloselbständige**

Unser Rechtssystem unterscheidet nur zwischen Unternehmern und Ver-
brauchern. Während die Verbraucher berechtigt hohen Schutz genießen
und das Recht die Unternehmer hindert, diese über den Tisch zu ziehen,
50 werden alle Selbständigen, ob groß oder klein, über einen Kamm geschert.
Dies ist aber nicht fair, da der Uber-Fahrer und der Ebay-Händler eben nicht
das gleiche Kampfgewicht wie Uber und Ebay haben. Das gleiche gilt auch
oft zwischen dem als Franchise-Nehmer formal selbständigen Kioskbesitzer
und dem Immobilien-Fonds als Vermieter.

55

Das Machtgefälle ist hier viel mehr dem zwischen Arbeitgeber und Ar-
beitnehmer vergleichbar. Ein entsprechender Schutz fehlt aber völlig. In
der amerikanischen Diskussion beschreibt die Begriffe des „dependet
contractors“ (abhängigen Vertragspartners) diese Mittelstellung zwischen
60 einem Arbeitnehmer und einem Arbeitgeber. Die Macht liegt nicht bei
den Anbietern oder Käufern auf Ebay oder Uber, sondern eben bei den
Vermittlungsplattformen, die als Quasi-Monopolisten die Regeln und Preise
einseitig festsetzen können. Im Zusammenhang spricht man auch vom
„Plattformkapitalismus“ und bezeichnet den selbständigen Anbieter von
65 Dienstleistungen auch gerne als „prosumer“ (deutsch auch „Prosument“
genannt). Bei diesem starken Machtgefälle ist es geboten, das Verbrau-
cherschutzrecht, beispielsweise die gesetzliche Kontrolle allgemeiner
Geschäftsbedingungen oder vergleichbare Regelungen zum Schutz des
schwachen Vertragspartners, einzuführen. Hierbei ist auch ein Schutz vor
70 willkürlichem Vertragsentzug wichtig.

Die SPD setzt sich für die Schwachen ein – auch in der Selbständigkeit

75 Wer für seinen Lebensunterhalt arbeitet, hat Anspruch darauf, fair behan-
delt zu werden – unabhängig von Rechtsrahmen seiner Arbeit. Die SPD hat
mit Gewerkschaften und Arbeiterbewegung den Schutz und die soziale Ab-
sicherung der Arbeitnehmer durchgesetzt. Es war vor allem die SPD, die der
Aushebelung dieses Schutzes durch die Scheinselbständigkeit einen Riegel
vorgeschieben hat. Die SPD muss auch denen zur Seite stehen, die „echte“
80 Selbständige aber sozial Schwache sind!

Antragsbereich W / Antrag 7

Antragsteller: Jusos Bayern

Empfänger: Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Landesparteitag, S&D-Fraktion im EP

W7: Keine Doppelmoral bei Handelsabkommen – nicht nur TTIP sondern auch EPAs überdenken! Die EU darf nicht zu wirtschaftlichen Fluchtgründen beitragen!

Wir müssen die Fluchtursachen bekämpfen. Viele Menschen fliehen, weil
sie keine wirtschaftliche Grundlage mehr haben. Durch Handelsabkommen
und Wirtschaftspolitik der EU wird die Situation in den Herkunftsländern
zusätzlich verschlechtert. Daher fordern wir Jusos unsere Kritik an den Frei-
5 handelsabkommen nicht nur auf TTIP zu beschränken, sondern dieselben
Maßstäbe auch an Freihandelsabkommen der EU mit anderen Staaten an-
zulegen. Wir fordern eine gerechte und solidarische Wirtschaftspolitik, die
nicht auf der kapitalistischen Ausbeutung anderer Länder basiert. Konkret
fordern wir, ähnlich wie bei TTIP, auch für die zukünftigen EPA-Verträge
10 (Economic Partnership Agreement) „Rote Linien“. Diese sollen eine faire,
nachhaltige und sozialverträgliche Gestaltung der Handelsabkommen zum
Ziel setzen, die nicht zu Lasten der beteiligten Entwicklungsländer gehen. Im
Wesentlichen sollen diese „Roten Linien“ folgende Punkte berücksichtigen:

- 15 • Das Prinzip der Nicht-Reziprozität (Nicht-Gegenseitigkeit), sodass tarifäre
Hindernisse auch einseitig abgebaut werden können. Das Allgemeine
Präferenzsystem (APS) weiter ausdehnen, verknüpft mit positiven Anrei-
zen.
- Lokale Märkte schützen, um eine nachhaltige wirtschaftliche Entwick-
20 lung im Land zu ermöglichen.
- Kein Zwang zur Liberalisierung in Handel und Investition, sowie im Be-
reich der Dienstleistungen.
- Weitere Vertragsverhandlungen nur unter fairen Bedingungen: keine

ANNAHME

Drohung mit Sanktionen oder Entzug von Entwicklungshilfe.

- 25 • Berücksichtigung der von den Vereinten Nationen verabschiedeten Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs); Einhaltung der Kernarbeitsnormen der ILO (International Labour Organization); Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur; ökologisch-nachhaltige Vorgehensweise als Leitlinie

30

Ungleichheit kommt nicht von ungefähr! Nein, sie ist gemacht durch das kapitalistische, auf Ausbeutung beruhende System. So ist wirtschaftliche Ungleichheit oft auch ein Fluchtgrund der Menschen aus ihrer Heimat vertriebt. Diese Fluchtursache ist von uns beeinflussbar, denn wirtschaftliche

35 Fluchtgründe sind unter anderem politisch verursacht.

40

Unsere Antwort ist Fairhandel statt Freihandel Nicht der Handel zwischen Volkswirtschaften und Gesellschaften ist für uns der Ausgangspunkt von Kritik, sondern die Ausrichtung des derzeitigen Handelsregimes an den

40 Prämissen einer scheinbar alternativlosen Freihandelsdoktrin im Zeichen des Neoliberalismus. Einer pseudo-unpolitischen Lesart von Globalisierungsprozessen verweigern wir uns. Wir sind davon überzeugt, dass eine andere Welt- und Handelsordnung möglich ist, die sich an anderen als den derzeit dominanten Prämissen orientiert und politisch erkämpft werden

45 kann. Für uns gestaltet sich eine progressive Handelspolitik im Rahmen von Solidarität, Gerechtigkeit und Demokratie! Wir stehen für ein Konzept des Fairhandels, nicht des Freihandels.

45

Für eine solidarische Handelspolitik

50

Der Freihandelsdoktrin stellen wir eine faire und solidarische Handelspolitik gegenüber, die Gesellschaften und Volkswirtschaften dazu befähigen soll, gleichberechtigten und solidarischen Handel auf Augenhöhe zu betreiben. Hierbei liegt ein besonderer Fokus auf dem Verhältnis zwischen Nord und

55 Süd, entwickelten und der weniger entwickelten Ländern, zumal heute immer noch annähernd 80% des gesamten Handelsvolumens innerhalb des Dreiecks Europa, Nordamerika und der Asien-Pazifik-Region generiert wird. Fairhandel hat für uns auch eine außen- und entwicklungspolitische Dimension. Daher müssen wir die Handelsmechanismen grundsätzlich

60 ändern, weg von einer kapitalistisch-wirtschaftsorientierten Denkweise. Handel verstehen wir als Teil der Entwicklungszusammenarbeit, als einen Transfer von demokratischen Strukturen. Dabei sind Menschenrechte vor Unternehmensinteressen zu verorten. Diese kulturell-politische Dimension

von Handel ist zu stärken. Für einen fairen handelspolitischen Umgang
65 mit den Ländern des globalen Südens, beispielsweise der AKP-Staaten
(Afrika-Karibik-Pazifik), müssen wir bspw. Die von der Europäischen Union
verhandelten Economic Partnership Agreements (EPAs) auf den Prüfstand
stellen. Bei allen zukünftigen handelspolitischen Initiativen müssen zudem
70 die von den Vereinten Nationen verabschiedeten Nachhaltigen Entwick-
lungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) Berücksichtigung
finden. Sie bilden die Grundlage, um die Asymmetrien im internatio-
nalen Handel nachhaltig zu überwinden. Wir forcieren den Abbau des
asymmetrischen Handelsregimes und besonders die damit verbundene
75 Nord-Süd-Problematik. Wir wollen weg von einem Wettbewerb der Regio-
nen, stattdessen streben wir eine solidarische Verteilung des Wohlstandes
an. Wir müssen ungleiche Bedingungen abbauen, die das asymmetrische
Handelsregime weiter bedingen. So sind beispielsweise Subventionen oder
Schutzzölle in der europäischen Landwirtschaft zu nennen. Andererseits
80 müssen weniger entwickelte Länder die Möglichkeit bekommen, durch
Zollschutz von neuen Industrien oder Industriezweigen der Spezialisie-
rungsfalle zu entkommen. Der Abbau der Asymmetrien bedeutet auch,
dass Handel ausbeutungsfrei geschieht und soziale Belange von Arbeitneh-
mer*innen nicht nur im eigenen Land eine Rolle bei der Verhandlung von
ökonomischen Partnerschaften spielen müssen. Auch ökologische Belange
85 müssen in diese Gleichung mit aufgenommen werden und nachhaltige
Konzepte in ökologischer und ökonomischer Hinsicht entwickelt werden.
Auch hier können die SDGs herangezogen werden.

Für eine gerechte Handelspolitik

90 Die bisherige Handelspolitik reproduziert nicht nur zwischenstaatliche
Ungleichheit sondern ebenfalls gesellschaftliche Ungleichheiten im Inneren
der Handelspartner*innen. Eine gerechte Handelspolitik muss solche ge-
sellschaftlichen Auswirkungen berücksichtigen und der Reproduktion von
95 Ungleichheit entgegenwirken. Es bedarf eines umfassenden Handelskon-
zeptes, das sowohl ökologische als auch entwicklungspolitische Standards
festschreibt und klare Ziele formuliert. Denn eine faire und gerechte Han-
delspolitik, die ihren Namen verdient, muss in der Lage sein die Situation
einzelner gesellschaftlicher Gruppen mitzudenken. Dafür müssen folgende
100 Ansätze Kern eines handels- und entwicklungspolitischen Gesamtkonzeptes
darstellen:

a) Sozialverträgliche Handelspolitik

105 Eine gerechte Handelspolitik muss die Rechte der arbeitnehmenden Bevölkerung schützen und ausbauen. Dabei müssen die Kernarbeitsnormen der ILO (International Labour Organization) die Mindestgrundlage für internationale Zusammenarbeit darstellen. Die Handelspolitik kann an dieser Stelle dazu genutzt werden, breite Mitbestimmungsrechte der
110 Arbeitnehmer*innen sowohl in andere industrialisierte Staaten als auch in die kapitalistische Peripherie zu verbreiten. Aufgrund der internationalen Freihandelsdoktrin ist die innerstaatliche Spezialisierung und Liberalisierung in vielen Teilen der Welt befördert worden. Diese Entwicklungen führten zunehmend zu sozialpolitischen Einschränkungen, wie
115 der Privatisierung von öffentlicher Infrastruktur und der Einschränkung beziehungsweise der Aushebelung von Arbeitnehmer*innenrechten. Diese Entwicklung trifft dabei insbesondere diejenigen, die bereits in Armut leben oder von dieser akut bedroht sind. Das Profitmaximierungsvorhaben der globalen Weltwirtschaft darf nicht länger auf dem Rücken dieser
120 Bevölkerungsgruppen ausgetragen werden. Vielmehr sind Anreizmodelle (z. B. in Form von Einfuhrerleichterungen) zu implementieren, um internationale Arbeitnehmer*innenstandards zu verwirklichen. Dabei gilt es zu fragen, an welchen Stellen ein freier Warenaustausch bedeutsamen Wirtschaftszweigen innerhalb eines Landes schadet und welche Möglich-
125 keiten es gibt, notwendige Transformationsprozesse sozialverträglich zu gestalten. Solche Fragen müssen im Rahmen einer auf sozialpolitische Aspekte fokussierten Zusammenarbeit zwischen den Handel treibenden Ländern erörtert werden, denn der entwicklungspolitische Aspekt muss innerhalb dieses Konzepts zentraler Bestandteil fairer Handelspolitik sein.
130 Darüber hinaus müssen Güter wie Wasser, Strom, Telekom, Personennah- und Fernverkehr, Gesundheitsleistungen etc. für alle Menschen erschwinglich und zuverlässig bereitgestellt werden. Dies muss regional von der öffentlichen Hand im Rahmen einer umfassenden öffentlichen Daseinsvorsorge gewährleistet werden. Deshalb sehen wir es als nicht sinnvoll an,
135 diese Güter per globaler Ausschreibung an den/die günstigste/n private/n Anbieter*in zu vergeben. Gerechter Handel muss diese Grundannahme akzeptieren und die öffentliche Daseinsvorsorge mindestens unangetastet lassen. Das Ziel sollte aber auch hier die Einführung positiver Standards sein.

140

b) Feministische Handelspolitik

Es bedarf endlich einer Handels- und Entwicklungspolitik, die Aspekte
145 der Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigt. Die handelspolitischen Pro-
gramme müssen ihre Ignoranz gegenüber Gender Aspekten überwinden
und diese zum zentralen Prüfstein aller Entscheidungen machen. Der
neoliberale Kurs der vergangenen Jahre hat aufgrund von Spezialisie-
rungsprozessen Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeitssituationen befördert.
150 Dabei sind Frauen in besonderem Maße von diesem Entwicklungstrend
betroffen. Obwohl Frauen einen Großteil der weltweiten Arbeit, in erster
Linie in der Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion verrichten, sind
Armutsverhältnisse bei ihnen weltweit sehr viel verbreiteter als bei Män-
nern. Um dieser Situation entgegenzuwirken muss die Gleichstellung der
155 Geschlechter zentraler Bestandteil der handelspolitischen Ziele werden.
Darüber hinaus sind Privatisierungen ein wichtiger Bestandteil der bis-
herigen Handelspolitik. Die Liberalisierungs-Agenda, getrieben durch die
WTO, offerierte der internationalen Wirtschaft neue Absatzmärkte. Um
eine faire und gleichstellungspolitische Handels- und Entwicklungspolitik
160 zu gestalten, ist es essenziell die Privatisierung öffentlicher Infrastruktur,
insbesondere in den Entwicklungsländern, nicht zu befördern. Insbesondere
bei der Privatisierung medizinischer Versorgung wären vor allem Frauen
wesentlich betroffen

165 c) Ökologisch-nachhaltige Handelspolitik

Zu lange haben die weltweiten Handelsbeziehungen internationale
Nachhaltigkeits- und Umweltziele konterkariert. Der zunehmende Welt-
handel führte zu erheblichen Mehrbelastungen von Umwelt und Klima.
170 Bereits 1992 wurde auf der Klimakonferenz in Rio de Janeiro ökologische
Nachhaltigkeit als eine der bedeutsamsten Zukunftsaufgaben formuliert
und konkrete Ziele benannt. Die Geschichte nahm aber bekanntlich einen
anderen Verlauf. Noch heute finden Nachhaltigkeitsaspekte auf dem glo-
balen Markt kaum Beachtung. Bereits jetzt sieht man erste Auswirkungen
175 verfehlter Politik. Insbesondere die weniger industriell entwickelten Länder
leiden unter den Folgen einer weltweiten Ignoranz. Wetterextreme wie
Dürren bedrohen das Leben tausender Menschen. Handel kann nur als fair
gelten, wenn er die Auswirkungen auf Mensch und Umwelt berücksichtigt.
Wir wollen, dass eine ökologisch-nachhaltige Vorgehensweise Leitlinie
180 internationaler Politik wird. Nachhaltigkeits-, Umwelt- und Klimaziele
dürfen einem neoliberalen Handelsparadigma nicht zum Opfer fallen.
Dafür müssen konkretere Maßstäbe formuliert und konsequent umgesetzt
werden. Handelsvereinbarungen müssen auf ihre möglichen Auswirkungen

- auf Mensch und Umwelt überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.
- 185 Nur eine solche Politik kann sicherstellen, dass auch zukünftiger fairer Handel gesichert werden kann
- d) Friedensorientierte Handelspolitik
- 190 Wir wollen eine Handelspolitik, die nicht kriegerische Konflikte zur Befriedigung von Handelsinteressen in Kauf nimmt, sondern die Schaffung und Sicherung von Frieden als explizite Zielgröße aufnimmt, die Konkurrenzinteressen überzuordnen ist. Mit den sogenannten „Roten Linien“ hat die SPD versucht klare Spielregeln für die Weiterführung der TTIP-Verhandlung
- 195 festzulegen. Jene sollten eine faire und sozialverträgliche Gestaltung des transatlantischen Freihandels ermöglichen. Überlegungen solche Regeln auch auf andere Handelsabkommen auszudehnen, vor allem auf AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik), gab es bisher nicht. Aber durch genau diese Handelsabkommen trägt die EU massiv zu den Ursachen für Wirtschaftsflüchtlinge bei. Die SPD steht in einer langen Tradition zum Schutz
- 200 der Schwächeren und der Schwächsten. Wir dürfen nicht kommentarlos zuschauen während Länder, die in einer Phase der wirtschaftlichen Entwicklung sind, zu neoliberalen Wirtschaftsverträgen gezwungen werden nach den Bedingungen und Wünschen
- 205

Antragsbereich W / Antrag 8

Antragsteller: UB München-Stadt

Empfänger: Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Landesparteitag

W8: Bodenspekulation wirksam bekämpfen!

- „Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen.“ (Verfassung des Freistaates Bayern, Art. 161 Abs. 2)
- 5 Nicht nur in der bayerischen Verfassung, sondern auch in weiteren Landesverfassungen ist die Sozialpflichtigkeit des Eigentums an Grund und Boden festgehalten. Dennoch spielt sie aktuell keine Rolle. Im gegenwärtigen System wird, wie so häufig, versucht Verteilungsprobleme über den Markt, anstatt über staatliche Steuerung und Planung zu regeln. Angebot und

- 10 Nachfrage bestimmen den Preis von Gütern. Diesem Gedanken liegt aber die Annahme zu Grunde, dass Güter vermehrbar (oder ersetzbar) sind. Für Baugrundstücke, insbesondere im innerstädtischen Bereich, gilt das jedoch nicht. Gleichzeitig sind sie ein in höchstem Maße existentielles und
- 15 lebensbestimmendes Gut. Umso verwunderlicher ist es, dass Grundstücke heute gehandelt werden wie beliebige reproduzierbare Güter. In München (sowie vielen weiteren Großstädten) ist Baugrund die wertvollste Ressource, denn BesitzerInnen halten Baugrundstücke zurück, verknappen das Angebot, befeuern den Mangel an Wohnraum und treiben die Preise in die
- 20 Höhe. Gewinn macht, wer den längeren Atem hat, denn der Wert eines Grundstücks steigt allein mit der Zeit. Der/Die EigentümerIn trägt in diesem Falle nichts zur Wertsteigerung bei, sondern profitiert rein von dem aus Steuergeldern finanzierten infrastrukturellen Umfeld des Gebäudes.
- 25 Bereits Anfang/Mitte der 70er Jahre wurde das Problem bei den Jusos und in der SPD erkannt und diskutiert. Ziel war es die Spekulation mit Grundstücken durch Besteuerung wirksam zu bekämpfen. An diese Diskussion wollen wir anknüpfen, denn wir brauchen eine Bodenrechtsreform um Bodenspekulationen einzudämmen. Gewinne von Grundstückseigentü-
- 30 merInnen durch leistungslose Wertsteigerung des Bodens sollen künftig über eine Bodenwertzuwachssteuer abgeschöpft werden. Wir brauchen darüber hinaus eine grundsätzliche Debatte über mögliche Veränderungen der Eigentumsrechte an Grund und Boden, im Zuge derer auch alternative Konzepte wie bspw. das eines Bodenfonds diskutiert werden.
- 35

Antragsbereich W / Antrag 9

Antragsteller: Bezirk Mittelfranken

Empfänger: Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Landesparteitag, Landtagsfraktion

W9: Reform des Ehegattensplittings mit Einführung der Individualbesteuerung mit Freibeträgen

Die AsF fordert die Reform des Ehegattensplittings hin zur Einführung und Etablierung einer Individualbesteuerung. Selbstverständlich muss hierbei der Bestandsschutz berücksichtigt werden. Auch müssen Freibeträge für Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen oder zur Wahrnehmung beson-

ERLEDIGT

5 derer Fürsorgeaufgaben berücksichtigt werden. Die Individualbesteuerung
mit Freibeträgen fördert alle Familienformen gleichwertig. Gleichzeitig
beseitigt sie die Fehlanreize der ungleichen Aufgabenverteilung in Familien-
und Paarbeziehungen. Die ungleiche Verteilung der Aufgaben führt zu ex-
trem unterschiedlichem Einkommen im Lebensverlauf bis hin zu geringeren
10 armutsgefährdenden Rentenansprüchen.

Begründung

15 Das Ehegattensplitting wurde vor dem Hintergrund eingeführt Frauen
bewusst zu Hause für Haushalt, Kinder und Familie zu halten. Mit der
Einführung eines Familiensplittings würde zwar die Gleichwertigkeit aller
Familienmodelle angestrebt nicht aber auf den Splittingvorteil innerhalb
einer Paarbeziehung verzichtet werden, von dem vor allem Familien profi-
tieren wo ein extremes Ungleichgewicht der Einkommenssituation gegeben
20 ist – in der Regel durch ungleiche Aufgabenverteilung.

Inzwischen haben Frauen mehr Rechte – von Wahlrecht, über das Recht
auf ein eigenes Konto als auch auf Arbeit – ohne den Ehemann fragen zu
25 müssen. Mit der Unterhaltsreform werden Frauen nach Trennung in die
finanzielle Eigenständigkeit gezwungen. Obwohl es inzwischen die am
besten ausgebildete Frauengeneration gibt, mehr Frauen nach Geburt eines
Kindes auch schneller zurück in der Erwerbstätigkeit zu finden sind, steigt
das Arbeitsvolumen kaum merklich und gibt es noch immer eine unberei-
nigte Lohn- und Gehaltslücke von durchschnittlich knapp 21%, d.h. aufgrund
30 der Rahmenbedingungen. Diese Lohn- und Gehaltslücke vervielfacht sich
zu einer Rentenlücke zwischen den Geschlechtern bei eigen erworbenen
Ansprüchen von durchschnittlich knapp 60%.

35 Wir brauchen die Individualbesteuerung anstelle des Ehegatten- und
Familiensplittings. Frauen müssen innerhalb von Paarbeziehungen auf
Augenhöhe auch wirtschaftlich unabhängig agieren können. In heutiger
Zeit ist dies besonders wichtig, da Arbeitsplatzverlust auf der Tagesord-
nung sein kann, aber auch Unfall, Krankheit und Tod, sowie Trennung und
40 Scheidung ein Thema für Wegfall oder vermindertes Familiennetthaus-
haltseinkommen sind. Daher ist es notwendig Frauen zu stärken um vom
Hinzuverdienst zu einem soliden eigenständigen Verdienst zu gelangen.

Selbstverständlich muss bei der Einführung der Individualbesteuerung mit

- 45 Freibeträgen sowohl der sensible Umgang mit Bestandsschutz berücksichtigt werden als auch ein Konzept zur Übergangsphase – eventuell nach schwedischem Vorbild – erarbeitet werden.

Antragsbereich W / Antrag 10

Antragsteller: Bezirk Mittelfranken

Empfänger: Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Landesparteitag

W10: Steuerpolitik gegen die soziale Ungleichheit

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich für höhere Spitzensteuersätze, Einführung einer Millionärs- und Börsenumsatzsteuer, Reform der Erbschaftssteuer und steuerliche Gleichbehandlung der Kapitalerträge ein.

ERLEDIGT

5 Begründung

Diese Forderungen werden von vielen Verbänden unterstützt, u.a. VDK, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und Sozialorganisationen.

- 10 Wenn die SPD diese berechtigten Forderungen nicht jetzt unterstützt, wann dann?

Es muss eine Entlastung der einkommensschwachen Menschen erfolgen.

- 15 Die Schere zwischen ARM und REICH geht immer weiter auseinander, siehe 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Knapp 8 Millionen Menschen sind laut Statistischem Bundesamt auf Unterstützung für ihren Lebensunterhalt angewiesen. Die Reichen dieses Landes werden immer reicher und damit die soziale Ungleichheit immer größer. Dies ist eine Gefahr für unsere Demokratie.

Antragsbereich W / Antrag 11*Antragsteller: AG 60plus Bayern**Empfänger: Bundesparteitag, Landesparteitag***W11: Anhebung des Spitzensteuersatzes**

Wir fordern die Parteiführung auf, den Spitzensteuersatz deutlich anzuheben.

ERLEDIGT**Begründung**

5 Die unteren 50 % der deutschen Bevölkerung verfügen über lediglich 2,5 % des deutschen Gesamtvermögens. Die unteren 40 % (enthalten in den 50 %) verfügen über gar kein Vermögen mehr. Dagegen verfügen die oberen 10 % über 63,7 % des Gesamtvermögens in Deutschland. (Quelle: DIW, Berlin, ZDF heute vom 25.09.2016).

10

Prof. Dr. Robert Vehrkamp von der Bertelsmann-Stiftung: „Sozial Schwache wählen seltener, verzichten auf die Stimmabgabe“, so stand es in den Nürnberger Nachrichten am 7.9.2015

Antragsbereich W / Antrag 12*Antragsteller: ASF Bayern**Empfänger: Bundesparteikonvent***W12: Demokratisch entscheiden – Ceta nicht vorläufig in Kraft treten lassen**

Die EU-Kommission plant derzeit, das zwischen EU und Kanada geplante Freihandelsabkommen Ceta schon vor der Zustimmung der nationalen Parlamente vorläufig in Kraft treten zu lassen. – zumindest für die Teile, die im alleinigen Zuständigkeitsbereich der EU liegen.

ERLEDIGT

5

Das Abkommen würde in diesem Fall in Kraft treten, bevor der Bundestag darüber abgestimmt hat.

10 Eine Klausel in CETA würde es großen Teilen des Abkommens erlauben, ohne die Zustimmung irgendeines Parlaments in Kraft zu treten – inklusive der vieldiskutierten und unbeliebten Sonderrechte für Investoren!

15 Diese Klausel erlaubt, dass das CETA-Abkommen in Kraft tritt, sobald der Rat der Europäischen Union – d.h. die Regierungen der Mitgliedsstaaten –, aber keines der europäischen Parlamente, zugestimmt hat. Das EU-Parlament anzuhören, ist nur eine in den letzten Jahren geübte Praxis, aber kein Recht des EU-Parlaments.

20 Die AsF Bayern lehnt dieses Vorgehen als verfassungsrechtlich und demokratiepolitisch inakzeptabel ab.

Die AsF Bayern fordert Sigmar Gabriel auf, Wort zu halten, indem er Ceta keine vorläufige Zustimmung erteilt, bevor es im Bundestag behandelt wurde.
25

Antragsbereich W / Antrag 13

Antragsteller: UB Nürnberg

Empfänger: Bundesparteitag, Landesparteitag

W13: Reform des Ehegattensplittings mit Einführung der Individualbesteuerung mit Freibeträgen

Die SPD fordert die Reform des Ehegattensplittings hin zur Einführung und Etablierung einer Individualbesteuerung. Selbstverständlich muss hierbei der Bestandsschutz
5 berücksichtigt werden. Auch müssen Freibeträge für Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen oder zur Wahrnehmung besonderer Fürsorgeaufgaben berücksichtigt werden. Die Individualbesteuerung mit
10 Freibeträgen fördert alle Familienformen gleichwertig. Gleichzeitig beseitigt sie die Fehlanreize der ungleichen Aufgabenverteilung in Familien- und Paarbeziehungen. Die ungleiche Verteilung der Aufgaben führt zu

erledigt durch W9

15 extrem unterschiedlichem Einkommen im
Lebensverlauf bis hin zu geringeren armuts-
gefährdenden Rentenansprüchen.

Begründung

20 Das Ehegattensplitting wurde vor dem
Hintergrund eingeführt Frauen bewusst zu
Hause für Haushalt, Kinder und Familie zu
halten. Mit der Einführung eines Familien-
splittings würde zwar die Gleichwertigkeit
25 aller Familienmodelle angestrebt nicht aber
auf den Splittingvorteil innerhalb einer Paar-
beziehung verzichtet werden, von dem vor
allem Familien profitieren wo ein extremes
Ungleichgewicht der Einkommenssituation
30 gegeben ist – in der Regel durch ungleiche
Aufgabenverteilung.

Inzwischen haben Frauen mehr Rechte –
von Wahlrecht, über das Recht auf ein ei-
35 genes Konto als auch auf Arbeit – ohne
den Ehemann fragen zu müssen. Mit der
Unterhaltsreform werden Frauen nach Tren-
nung in die finanzielle Eigenständigkeit
gezwungen. Obwohl es inzwischen die am
40 besten ausgebildete Frauengeneration gibt,
mehr Frauen nach Geburt eines Kindes auch
schneller zurück in der Erwerbstätigkeit
zu finden sind, steigt das Arbeitsvolumen
kaum merklich und gibt es noch immer eine
45 unbereinigte Lohn- und Gehaltslücke von
durchschnittlich knapp 21%, d.h. aufgrund
der Rahmenbedingungen. Diese Lohn- und
Gehaltslücke vervielfacht sich zu einer Ren-
tenlücke zwischen den Geschlechtern bei
50 eigen erworbenen Ansprüchen von durch-
schnittlich knapp 60%.

Wir brauchen die Individualbesteuerung an-
stelle des Ehegatten- und Familiensplittings.

55 Frauen müssen innerhalb von Paarbeziehungen auf Augenhöhe auch wirtschaftlich unabhängig agieren können. In heutiger Zeit ist dies besonders wichtig, da Arbeitsplatzverlust auf der Tagesordnung sein kann, aber
 60 auch Unfall, Krankheit und Tod, sowie Trennung und Scheidung ein Thema für Wegfall oder vermindertes Familiennettohaushaltseinkommen sind. Daher ist es notwendig Frauen zu stärken um vom Hinzuverdienst zu
 65 einem soliden eigenständigen Verdienst zu gelangen.

Selbstverständlich muss bei der Einführung der Individualbesteuerung mit Freibeträgen
 70 sowohl der sensible Umgang mit Bestandschutz berücksichtigt werden als auch ein Konzept zur Übergangsphase – eventuell nach schwedischem Vorbild – erarbeitet werden.

Antragsbereich W / Antrag 14

Antragsteller: Bezirk Schwaben

Empfänger: Landesparteitag

W14: Für ein gerechtes Steuersystem und einen umfassenden Steuervollzug

Die SPD steht für eine solide und gerechte Finanzierung unseres Staates. Um unsere Politik auch in Bayern weiter an der „Sozialen Gerechtigkeit“ ausrichten zu können, brauchen wir auskömmliche und sichere Staatsfinanzen.

5

Ein gerechtes Steuersystem und sein umfassender Vollzug, national aber auch international, sind Grundvoraussetzungen sozialer Gerechtigkeit. Die BayernSPD sieht sowohl bei den gesetzlichen Regelungen, als auch bei der Bekämpfung von Steuerbetrug und den derzeit bestehenden steuerlichen
 10 „Schlupflöchern“ noch großen Handlungsbedarf. Unser Ziel ist die gerechte Besteuerung von Einkommen und Vermögen.

Die kleinen und mittleren Einkommen sind dabei spürbar zu entlasten. Steuersenkungen für die Mitte der Gesellschaft sind möglich und geboten.

- 15 Hinzukommen müssen für die kleinen Einkommen, deren Steuerbelastung schon heute gering ist, Entlastungen bei den Sozialabgaben sowie das Angebot einer guten sozialen Infrastruktur (Bildung, Wohnen etc.).

20 Soziale Gerechtigkeit kann nur in einem handlungs- und leistungsfähigen Staat auf demokratischer Grundlage erreicht werden. Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger muss der Staat Wert auf die Sicherung seiner Einnahmen legen. Mit uns gibt es keine pauschalen Steuererhöhungen. Änderungen am Steuersystem, dienen dazu, dieses gerechter zu gestalten und dabei den Staat wie bisher mit ausreichend Finanzmitteln auszustatten.

- 25 Die hohe Beschäftigung und das stabile Wachstum der letzten Jahre tragen dazu bei, dass der Staat weiter handlungsfähig bleibt.

Es ist zulässig und sinnvoll, langfristige Investitionen für soziale Gerechtigkeit z.B. in Kinderbetreuung, Bildung, Verkehr oder den Gesundheitsbereich sowie den Ausbau des schnellen Internets auch über Verschuldung zu finanzieren und die Kredite dann planvoll zu tilgen. Allerdings ist der Spielraum bei genauerem Hinsehen geringer als es die derzeit positiven Finanzzahlen vorgeben. In wirtschaftlich guten Zeiten müssen auch die Schulden kontinuierlich getilgt werden.

35

Erforderliche Ausgaben für soziale Gerechtigkeit sind in Zeiten guter Konjunktur – wie derzeit bei uns – aus den laufenden Haushalten zu finanzieren. Hier ist die zentrale Aufgabe, dass alle in der Gesellschaft nach ihrer Leistungsfähigkeit zur Finanzierung beitragen. Da Einkommen und Gewinn auch Leistungsanreize sind, ist unser Ziel auf keinen Fall die Gleichmacherei, sondern die Einhaltung und Schaffung sozial gerechter Maßstäbe, auch bei der Berechnung von Managergehältern.

45 Die soziale Ungleichheit in der Welt hat erschreckende Ausmaße angenommen und entwickelt sich negativ weiter. Wenn die acht reichsten Menschen der Welt ein ähnlich großes Vermögen haben wie die gesamte ärmere Hälfte der Menschheit und das reichste Prozent der Menschheit mehr besitzt als der gesamte Rest von 99% der Menschheit, dann muss dies auch für uns als BayernSPD Ansporn sein, diese Entwicklung zu stoppen und wieder in Richtung soziale Gerechtigkeit zurückzukommen.

50

Die BayernSPD fordert:

55

- Kleine und mittlere Einkommen entlasten

Der heutige Einkommensteuertarif ist zu überarbeiten:

60 Anhebung des Grundfreibetrags deutlich über 10.000 €, Abflachung bzw. Abschaffung der ersten Tarifzone bei Festsetzung eines Eingangsteuersatzes bei ca. 22%, Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei gleichzeitiger Erhöhung des Einkommensbetrags ab dem dieser zu bezahlen ist, parallel hierzu stufenweise Abschaffung des Soli. Zusätzlich zur steuerlichen

65 Entlastung der kleinen und mittleren Einkommensgruppen setzen wir uns beispielsweise für beitragsfreie Bildungseinrichtungen (von der Kita bis zur Universität), Wohnraum zu erschwinglichen Preisen und die Förderung von Eigentumsbildung ein.

- 70
- Steuervollzug stärken Um die Einhaltung bestehender steuerlicher Regelungen zu prüfen und Steuerbetrug konsequent zu bekämpfen, ist zuallererst endlich eine ausreichende personelle Ausstattung der Finanzverwaltung in Bayern nötig. Die Sonderkommission „Schwerer Steuerbetrug“, die Sondereinheit „Zentrale Steueraufsicht“ und das Internationale Steuerzentrum sind zu stärken und auszubauen.
- 75

Daneben sind gesetzliche Regelungen zum Schließen von Steuerschlupflöchern, deutschlandweite Mindeststandards bei Betriebsprüfungen sowie eine Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit notwendig. Eine

80 einheitliche Bundesverwaltung ist nicht erforderlich.

Der Ankauf und die Verwendung von sog. „Steuer-CDs“ ist richtig und weiterzuverfolgen.

- 85
- Erbschaftsteuer Wir wollen eine „bessere Erbschaftsteuer“; auch die Superreichen sind gerechter mit einzubeziehen. Die immer noch bestehende Überprivilegierung von Betriebsvermögen ist an die realen Notwendigkeiten anzupassen. Insgesamt sind für alle die Freibeträge deutlich zu erhöhen, bei gleichzeitiger Verbreiterung der Bemessungsgrundlage.

90

Eine Regionalisierung der Steuerhöhe auf Länderebene ist ungerecht und

wird es mit uns nicht geben.

- 95 • Millionärssteuer Gerade die Superreichen mit hohen Vermögen müssen sich an der Finanzierung wichtiger gesellschaftlicher Aufgaben stärker beteiligen, wie es auch im Grundgesetz und der Bayerischen Verfassung ausdrücklich vorgesehen ist! Für hohe Vermögen ist die Vermögensteuer wieder einzuführen bzw. eine Vermögensabgabe anzustreben.
- 100 • Kapital und Arbeit gleich besteuern Die Abgeltungsteuer ist abzuschaffen und stattdessen erfolgt die Versteuerung nach dem Einkommensteuertarif.
- Faire Unternehmensbesteuerung
- Steueroasen schließen

105 Wir fordern eine Vereinheitlichung der Regelungen für eine ermäßigte Besteuerung von Lizenzeinnahmen z. B. bei Apple in Irland und Starbucks in den Niederlanden. Der Gewinn muss auch national dort versteuert werden, wo er erwirtschaftet wird.

- 110 1. Es muss international eine gemeinsame Grundlage zur Bemessung der Körperschaftssteuer geben.
2. Steuertransparenz: durch Offenlegung der Steuerzahlungen von Konzernen und internationalen Firmen, aufgeschlüsselt und veröffentlicht nach Staaten und Höhe.
- 115 3. Managergehälter begrenzen

Die steuerliche Absetzbarkeit von Managergehältern für Unternehmen auch als Betriebsausgaben wird auf 500.000 € begrenzt. Der Aufsichtsrat muss uneingeschränkt für die Bemessung der Vorstandsvergütungen verantwortlich bleiben. Zur Stärkung der Verantwortung bedarf die Festlegung der Vergütungssysteme, einer Mehrheit von zwei Dritteln im Aufsichtsrat. Versorgungszuwendungen für den Ruhestand sind mit der fixen Grundvergütung abzugelten. Vorstände können aus ihren ausreichend hohen Bezügen ihre Vorsorge finanzieren. Die Nebenleistungen sind transparent zu machen und sollten weitgehend durch das Fixum abgegolten sein. Die gesetzlichen Regulierungen zur Ausgestaltung von Vorstandsvergütungen sowie die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex müssen gleichermaßen für alle Kapitalgesellschaften gelten um eine maximale Abdeckung der notwendigen Regulierungen und Transparenzanforderungen zu erreichen. Auf Personengesellschaften müssen diese Regelungen, ebenso wie andere Grundsätze der Unternehmensmitbestimmung, jeden-

falls perspektivisch übertragen werden.

- Keine Tricks bei der Grunderwerbsteuer

135

Raffinierten Umgehungsmodellen bei der Grunderwerbsteuer mit Hilfe von ausgeklügelten Firmenkonstrukten werden wir einen Riegel vorschieben, u. a. durch eine Absenkung der Beteiligungsschwelle für steuerfreie Übertragungen.

140

- Finanztransaktionsteuer Auf europäischer Ebene ist eine Finanztransaktionsteuer zu erheben. Damit werden unter anderem kurzfristige Spekulationsgewinne bekämpft. Ohne Einigung auf europäischer Ebene ist sie als Zwischenlösung national einzuführen.

145

- Finanzierung aller Ebenen sichern

Ein gerechtes Steuersystem muss die Finanzierung aller Ebenen sichern, dazu gehört auch, dass die Kommunen, Landkreise und Bezirke ausreichend finanzielle Mittel haben um ihre Aufgaben zu erledigen. Hierzu sind die

150 Regelungen zum kommunalen Finanzausgleich in Bayern zu überarbeiten.

Antragsbereich W / Antrag 15

Antragsteller: UB Nürnberg

Empfänger: Bundesparteitag, Landesparteitag

W15: Vermögensumverteilung als Ziel der sozialdemokratischen Politik

Die SPD möge auf dem Bundes- wie Landesparteitag beschließen, dem zunehmenden Auseinanderdriften von Einkommen und Vermögen in Deutschland durch Umverteilung entgegenzuwirken, um somit mehr soziale Gerechtigkeit zu ermöglichen.

5

Begründung

Die Vermögensentwicklung der letzten Jahre wird aus sozialdemokratischer Sicht mit großer Sorge betrachtet. Immer weniger Menschen werden immer reicher und immer mehr Menschen besitzen immer weniger. 1998 verfügten die reicheren 10 Prozent der Privathaushalte über ca. 45 Prozent des Vermögens aller Privathaushalte. Im Jahr 2013 stieg diese Zahl auf ca. 52

10

ERLEDIGT

Prozent an. Laut dem Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung ist diese Ungleichverteilung des Vermögens zwischen Reich und Arm die höchste in ganz Europa.

15

Viele der Maßnahmen, die die SPD bundespolitisch vorschlägt oder bereits umgesetzt hat, sind sinnvoll, jedoch wird die Entwicklung der Vermögensungleichheit davon kaum berührt. Wir als SPD entscheiden uns, gegen diese Vermögensungleichheit vorzugehen. Was wir dringend brauchen, sind

20

Reformen, die darauf abzielen, die Vermögensverteilung in Deutschland gerechter zu gestalten.

Für die Gestaltung einer stabilen, zufriedenen und demokratischen Gesellschaft (soziale Gerechtigkeit) reicht es nicht aus, die vorhandenen Ressourcen durch progressives Steuerrecht, das auch bei Spitzeneinkommen und Unternehmensgewinnen durchgesetzt wird, gleichmäßiger zu verteilen. Vielmehr müssen darüber hinaus weitere Maßnahmen getroffen werden. Das Bewusstsein, dass der Beitrag jedes Einzelnen zur Gesellschaft wichtig und notwendig ist, muss gestärkt werden. Es soll nicht primär darum

25

gehen, den Reichen etwas wegzunehmen und es den Armen zu geben, sondern vordringlich muss das Ungleichgewicht beseitigt werden zwischen völlig überzogenen Gehältern (z.B. Managergehälter) und Gehältern, die trotz einer 40 Stundenwoche nicht ausreichen, einen Menschen oder gar eine Familie zu ernähren.

30

Notizen



Zeit für GERECHTIGKEIT.

BayernSPD  

Impressum:
LANDESGESCHÄFTSSTELLE MÜNCHEN
Landesgeschäftsführer: Olaf Schreglmann

Georg-von-Vollmar-Haus | Oberanger 38/II | 80331 München
T 089 - 23 17 11 0 | **E-Mail** info@bayernspd.de